

# APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

1–2/2009 · 29. Dezember 2008



## Politische Kultur im Kalten Krieg

*Nikolaus Katzer*

Ideologie und Pragmatismus in der sowjetischen Außenpolitik

*Wolfgang Mueller*

Kalter Krieg, Neutralität und politische Kultur in Österreich

*Eli Nathans*

Peter von Zahn über Rassismus in den USA

*Stefan Kreuzberger*

Das BMG in der frühen Bonner Republik

*Andreas Kötzing*

Zensur von DEFA-Filmen in der Bundesrepublik

*Roland Cerny-Werner · Rainer Gries*

Der Vatikan und der Ostblock im Kalten Krieg

## Editorial

Der Kalte Krieg begann mit dem Zerfall der Anti-Hitler-Koalition nach ihrem Sieg über die Achsenmächte. Er endete erst, als die Bevölkerungen der Ostblockländer gegen ihre Machthaber aufbegehrten und die Teilung Deutschlands und Europas überwandten. Die Hegemonialmacht Sowjetunion konnte den Preis für die Aufrechterhaltung ihres Imperiums nicht mehr zahlen. Das Wettrüsten im „Neuen Kalten Krieg“ ab 1979 nach einem Jahrzehnt der Entspannung hatte sie wirtschaftlich, die Abschottung moralisch ruiniert. Mit der Auflösung der Blöcke setzte eine neue Phase der Weltpolitik ein. Die Konturen einer neuen, vielleicht multipolaren Ordnung gewinnen erst heute allmählich an Schärfe.

Die Hochphase des Kalten Krieges lag in den 1950er Jahren. Das Menetekel der nuklearen Konfrontation vor Augen, war man in den USA wie in der Sowjetunion bestrebt, den eigenen Machtbereich abzusichern und auszubauen. Auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs herrschte die Überzeugung vor, im globalen Wettlauf der Systeme letztlich die Oberhand zu behalten.

Auch der Westen neigte zu ideologisch aufgeladenem Freund-Feind-Denken und innenpolitischer Illiberalität. Antikommunismus prägte die politische Kultur der jungen Bundesrepublik. Spätestens seit der blutigen Niederschlagung der Volksaufstände in der DDR im Sommer 1953 und in Ungarn 1956 durch sowjetische Truppen schien das Gefühl der Bedrohung aus dem Osten berechtigt. Es galt, der „kommunistischen Unterwanderung“ wirksam zu begegnen. Dabei war die Bundesrepublik des „Wirtschaftswunders“ für die meisten Deutschen unendlich attraktiver als der graue Ulbricht-Staat von sowjetischen Gnaden. Als im August 1961 der Mauerbau begann, hatten Millionen Menschen die DDR bereits gen Westen verlassen.

*Hans-Georg Golz*

Nikolaus Katzer

# Ideologie und Pragmatismus in der sowjetischen Außenpolitik

Nach dem militärischen Triumph über das Deutsche Reich verfolgte Stalin ein doppeltes Ziel. Einerseits sollte ein langfristig stabiles, eigenes Sicherheitssystem aufgebaut, andererseits die hinzugewonnene Rolle als zweite Weltmacht neben den USA unverzüglich ausgefüllt werden.

**Nikolaus Katzer**

Dr. phil., geb. 1952; Professor für Osteuropäische Geschichte an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg. katzer@hsu-hh.de

Beide Strategien bargen erhebliche Risiken und verursachten gewaltige Kosten, welche die begrenzten Ressourcen der Sowjetunion nach dem verheerenden Krieg extrem beanspruchten. Auf beiden Feldern der internationalen Politik genügte es nicht, die ideologischen Muster der Zwischenkriegszeit fortzuschreiben. Vielmehr betrieben die Sowjetführungen in wachsendem Maße eine pragmatische Interessenpolitik, die sich den Zeitumständen und den regionalen, nationalen und globalen Gegebenheiten anzupassen suchte. Bei der Ausweitung der Einflussphäre in bislang diplomatisch nicht frequentierte Weltgegenden vermischten sich ideologisch-revolutionäre Konstanten mit konventionell-traditionellen Zielen und neu definierten Ambitionen. Außenpolitische Erfolge außerhalb Europas und zuungunsten des gegnerischen Lagers im Kalten Krieg wurden als Gradmesser für Größe, Macht und Ansehen der Sowjetunion genommen.<sup>1</sup>

Jahrzehntelang stritten „orthodoxe“ und „revisionistische“ Forscher darüber, wann und wodurch der Kalte Krieg ausgelöst worden und wem letztlich die „Schuld“ für den Ost-West-Gegensatz und die Teilung Europas zuzuweisen sei. Erst das Ende der Sowjetunion und dadurch bedingte Veränderungen

in der historischen Wahrnehmung sowie nicht zuletzt die Öffnung russischer Archive haben dieser apodiktischen Debatte die Schärfe genommen. Neue Einsichten in die sowjetischen Entscheidungsprozesse legen nahe, das Kausalitätsprinzip im Kalten Krieg nicht über Gebühr zu strapazieren. Im Lichte der neuen Quellen erscheint der Kurswechsel nach 1945 weniger radikal und stärker auf Kontinuität angelegt gewesen zu sein.

## „Antiimperialismus“ und Hegemonialpolitik

Das Auseinanderbrechen der Kriegscoalition beendete aus Stalins Sicht ein Zweckbündnis auf Zeit.<sup>2</sup> In einer Rede am 9. Februar 1946 rechtfertigte der Diktator zunächst seine widersprüchliche und umstrittene Diplomatie am Vorabend und während des Krieges, um dann zu betonen, dass der Sozialismus nach wie vor einer tödlichen äußeren Bedrohung ausgesetzt sei. Seine Verteidigung erfordere außerordentliche Anstrengungen.<sup>3</sup>

In historischer Perspektive erschien es vordringlich, die Gunst der Stunde zu nutzen, um den gegen die Sowjetunion gerichteten *cordon sanitaire* der Zwischenkriegszeit umzukehren.<sup>4</sup> Ostmitteleuropa sollte zum sowjetischen Sicherheitsgürtel werden. In den Ländern dieses Hegemonialbereiches, der die baltischen Staaten, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien umfasste, duldeten Moskau nur für wenige Jahre den Fortbestand der im Krieg erschütterten politischen Strukturen. Die Mehrparteiensysteme mit relativ freien Wahlen gehörten einer vergangenen Zeit an. Bereits Ende der

<sup>1</sup> Zur Frage der historischen Kontinuität interventionistischer Politik vom späten Zarenreich bis in die 1960er Jahre vgl. Odd Arne Westad, *The Global Cold War*, Cambridge 2007, S. 39–72.

<sup>2</sup> Zur Neuausrichtung der sowjetischen Außenpolitik vgl. V. S. Lel'čuk/E. I. Pivovarov (Hrsg.), *SSSR i chodnaja vojna* [Die UdSSR und der kalte Krieg], Moskau 1995, S. 39–75. Zur sowjetischen Politik im Kalten Krieg Vladislav M. Zubok, *A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev*, Chapel Hill 2007.

<sup>3</sup> Rede Stalins vom 9. 2. 1946, in: Iosif V. Stalin, *Sočinenija* [Werke], Bd. 3 (XVI), Stanford 1967, S. 1–22. Dt. Übersetzung in: *Neue Welt*, (1946) 1, S. 3–12.

<sup>4</sup> Vgl. Donal O'Sullivan, *Stalins „Cordon sanitaire“*. Die sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939–1949, Paderborn 2003.

1940er Jahre waren überall mit Hilfe der Besatzungstruppen und der kommunistischen Parteien mehr oder weniger homogene, sowjetfreundliche Regime eingerichtet worden.<sup>15</sup> Die östlichen Teile Deutschlands wurden ins sowjetische Staatsgebiet inkorporiert bzw. durch eine Westverschiebung der Grenzen Bestandteil Polens. Das Territorium der Sowjetischen Besatzungszone reihte sich mit Verzögerungen und mit dem Ostteil Berlins als Hauptstadt in die Front der Satellitenstaaten ein, obwohl ursprünglich die Teilung Kerndeutschlands von den Sowjets nicht favorisiert worden war.<sup>16</sup> Mit der Gründung der DDR 1949 hatte der „Ostblock“ seine endgültige äußere Gestalt angenommen. Spätestens nach der sowjetischen Intervention 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn war der Aufbau der Hegemonialsphäre abgeschlossen. Der Bau der Berliner Mauer 1961 und die Intervention in Prag 1968 bestätigten noch einmal diesen Status quo. Innerhalb eines Jahrzehnts war es der Sowjetunion gelungen, zwischen Ostsee und Schwarzem Meer eine breite Pufferzone einzurichten, die äußere Einflüsse abschirmen und zugleich offensive außenpolitische Ambitionen stützen konnte.<sup>17</sup>

Obwohl die Gründung der NATO 1949 und die Sicherheitsgarantien der USA für Westeuropa dem sowjetischen Ausgreifen Grenzen setzten, war die Sowjetunion nicht zuletzt wegen der Überwindung des amerikanischen Atomwaffenmonopols zum Zeitpunkt von Stalins Tod 1953 mächtiger als jeder andere russische Staat in der Geschichte. Der antiimperialistische Impetus der frühen sowjetischen Nachkriegspolitik spiegelt sich exemplarisch wider in einem Memorandum des Sowjetbotschafters in Washington, Nikolai W. Nowikow, vom September 1946.<sup>18</sup> An-

<sup>15</sup> Vgl. Stefan Creuzberger/Manfred Görtemaker (Hrsg.), Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949, Paderborn 2002.

<sup>16</sup> Vgl. Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals (Hrsg.), Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955, Göttingen 2006.

<sup>17</sup> Vgl. Vojtech Mastny/Malcolm Byrne (eds.), A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact 1955–1991, Budapest 2005; Frank Umbach, Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1955–1991, Berlin 2005.

<sup>18</sup> Siehe die Zusammenfassung bei David Holloway, Stalin and the Bomb. The Soviet Union and Atomic

geleitet durch Außenminister Wjatscheslaw Molotow kam der Diplomat zu dem Schluss, dass die USA stärker als jemals zuvor aus dem Krieg hervorgegangen seien. Er unterstellte, dass sie nicht zum Isolationismus zurückkehren würden und nach Weltherrschaft strebten. Zwei der imperialistischen Haupttrivalen, Deutschland und Japan, seien besiegt; Großbritannien sei im Niedergang begriffen. Allein die erstarkte Sowjetunion stehe der amerikanischen Expansion noch im Weg.

Stalin folgerte aus der neuen Weltlage gleichwohl nicht, dass ein Krieg unmittelbar bevorstand. Er traute Amerikanern und Briten aufgrund divergierender Interessen keine konsequente Einkreisungspolitik gegen die Sowjetunion zu. Selbst die Atombombe, die offenbar die sowjetische Führung tief beeindruckte, spielte er in ihrer strategischen Bedeutung zunächst herunter. Sie diene nach seiner Ansicht einzig dem Zweck, Politiker „mit schwachen Nerven“ einzuschüchtern. Die Atombombe war demnach nicht geeignet, Kriege endgültig zu entscheiden. Im Übrigen trachtete Stalin jedoch energisch danach, im Bereich der Kernwaffen mit den Amerikanern gleichzuziehen.<sup>19</sup>

## Entkolonialisierung und Weltpolitik

Aus der Verbindung von ideologischem Geltungsanspruch und erneuerten russischen Traditionen erwuchs ein imperiales Bewusstsein, das die bisherigen Grenzen zu überschreiten, in neue Räume vorzustoßen und dafür die eigenen Ressourcen ebenso wie die der neuen „Brudervölker“ rücksichtslos auszubeten bereit war. Die Offensive der Kommunisten in Asien bestärkte die Westmächte in der Ansicht, dass Moskau sich nicht mit der Vorherrschaft in Europa begnügen würde.

Drei Jahrzehnte, nachdem die Kommunistische Internationale (Komintern) im Jahr 1920 Thesen zur nationalen und kolonialen Frage verkündet und ihre Solidarität mit den

Energy, 1939–1956, New Haven–London 1994, S. 169 ff. Das Memorandum erschien in englischer Übersetzung in der Zeitschrift *International Affairs*, (1990) 12, S. 123–129.

<sup>19</sup> So Stalin am 17. 9. 1946 im Gespräch mit Alexander Werth, dem Korrespondenten der „Sunday Times“ in Moskau; I. V. Stalin (Anm. 3), S. 56.

Befreiungsbewegungen im Nahen, Mittleren und Fernen Osten erklärt hatte, fühlte sich Moskau mehr denn je als antikolonialer Fürsprecher. Getragen von der Euphorie des Sieges im Weltkrieg, knüpfte der Sekretär des Zentralkomitees Andrei Schdanow auf der Gründungskonferenz des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) im September 1947 an die Strategie der Komintern an. Als neue Weltmacht war die Sowjetunion demnach berufen, an der Spitze des „demokratischen Lagers“ den Kampf gegen die „imperialistische Expansion“ anzuführen und „neue Kriege“ zu verhindern.<sup>10</sup>

Während in Ostmitteleuropa die Einrichtung von Satellitenstaaten noch andauerte, brachten die chinesischen Kommunisten unter Mao Zedong der nationalistischen Guomintang 1949 im Bürgerkrieg die entscheidende Niederlage bei. Der Norden der koreanischen Halbinsel fiel in die Hände von Kommunisten. Auch in Süd- und Südostasien befanden sich die europäischen Kolonialimperien in der Defensive. Der Kalte Krieg begann, eine „Dritte Welt“ aus Entwicklungsländern von der „Ersten“ aus kapitalistischen Industriestaaten und der „Zweiten“ aus den Ländern des sowjetischen Hegemonialbereichs abzusondern, auf die sich fortan die rivalisierenden Interessen konzentrierten.<sup>11</sup> Für die umworbenen ehemaligen Kolonien und die aufstrebenden Entwicklungsländer eröffneten sich Freiräume zwischen den Blöcken. Als „Peripherie“ des Kalten Krieges nutzten sie diese in vielen Fällen zur Herausbildung nationalstaatlicher Strukturen, aber auch zur Entwicklung technologischer Autonomie und nichtkommunistischer antikapitalistischer Alternativen.<sup>12</sup>

Obleich die nationalen Revolutionen meist ohne sowjetische Unterstützung auskamen, beanspruchte Moskau die alleinige Führung im Unabhängigkeitskampf. Dies belastete das ambivalente Verhältnis zur Kommu-

nistischen Partei Chinas nach deren Sieg zusätzlich.<sup>13</sup> Zwar waren die bedeutendsten radikalen Bewegungen wie schon in den 1920er Jahren überwiegend nationalistisch und nicht sozialistisch ausgerichtet. Doch lehrte das chinesische Beispiel, dass der Antikolonialismus erfolgreicher Bestandteil einer antikapitalistischen Strategie sein konnte. Gestützt auf indigene kommunistische Kräfte in Indochina, Indonesien, Indien, Burma, Malaysia und auf den Philippinen schienen sich der Sowjetunion zahlreiche Möglichkeiten zum Aufbau eines strategischen Vorfeldes in Asien zu eröffnen.<sup>14</sup> Allerdings war es dafür unabdingbar, die Urheberschaft am erfolgreichen chinesischen Weg gleichsam zu enteignen und für sich zu verbuchen. Unverblümt wurde der Sieg Mao Zedongs den Lehren Lenins und Stalins bzw. der russischen revolutionären Tradition gutgeschrieben. Peking durfte nicht zum Mutterland des antikolonialen Kampfes in Asien aufsteigen. Der sowjetisch-chinesische Gegensatz vertiefte sich im Koreakrieg. Dieser drohte Peking nicht zuletzt wegen taktischer Manöver Stalins in einen anhaltenden, blutigen Konflikt mit den USA zu stürzen.<sup>15</sup>

Unter Stalins Nachfolgern wurde das Engagement in der „Dritten Welt“ erheblich ausgeweitet. Nikita Chruschtschow erklärte die „strategische Reserve des Imperialismus“ zum bevorzugten Schauplatz, auf dem man dem Westen erfolgreicher und weniger riskant als an den Brennpunkten der bipolaren Rivalität in Korea, Berlin oder auf Kuba entgegenzutreten könne.<sup>16</sup> Kennzeichnend für die

<sup>10</sup> Giuliano Procacci (ed.), *The Cominform. Minutes of the Three Conferences 1947/1948/1949*, Mailand 1994.

<sup>11</sup> Zur Konstruktion der „Dritten Welt“ aus sowjetischer und aus amerikanischer Perspektive O. A. Westad (Anm. 1), S. 49–57, S. 110–157.

<sup>12</sup> Vgl. John Krige/Kai-Henrik Barth, Introduction: Science, Technology, and International Affairs: New Perspectives, in: dies. (Hrsg.), *Global Power Knowledge* (Osiris, 21/2006), S. 13.

<sup>13</sup> Maos Besuch in Moskau anlässlich Stalins 70. Geburtstag offenbarte die unterschiedliche Interessenlage der beiden „Bruderstaaten“. Siehe die ins Englische übertragenen Protokolle der Gespräche Stalins mit Mao am 16. 12. 1949 und 22. 1. 1950, in: *Cold War International History Project (CWIHP), Bulletin*, Nr. 6–7 (1995–1996), S. 5–9.

<sup>14</sup> Vgl. exemplarisch Ragna Boden, *Die Grenzen der Weltmacht. Sowjetische Indonesienpolitik von Stalin bis Brežnev*, Stuttgart 2006, S. 92–97.

<sup>15</sup> Neue Erkenntnisse über die komplexe Vorgeschichte des Koreakriegs bieten die Dokumentationen der *Bulletins des CWIHP*, insbesondere Nr. 3 bis 7 (1993 bis 1997). Zum Aspekt der Militarisierung des Ost-West-Konflikts nach dem Koreakrieg Vojtech Mastny/Gustav Schmidt, *Konfrontationsmuster des Kalten Krieges 1946 bis 1956*, München 2003, S. 175–188.

<sup>16</sup> Vgl. Aleksandr Fursenko/Timothy Naftali, *Khrushchev's Cold War*, New York 2006.

neuen Prioritäten waren im Jahr 1955 nicht nur Waffenlieferungen an Ägypten, sondern auch die demonstrative Anwendung des Protokolls der Spitzendiplomatie beim Empfang des indischen Premierministers Jawaharlal Nehru in Moskau oder bei Chruschtschows und Nikolai Bulganins Gegenbesuch in Neu-Delhi. Überdies kündigte die Sowjetführung Wirtschaftshilfe für Entwicklungsländer an, die zwar nicht unbedingt auf dem Weg zum Sozialismus waren, aber geostrategische Vorteile boten.

Die ideologische Nachsicht gegenüber der praktischen Experimentierfreude vor Ort veranlasste die Volksrepublik China in den 1960er Jahren, den Alleinvertretungsanspruch Moskaus bei der Auslegung des Marxismus für die Länder der „Dritten Welt“ offen in Frage zu stellen. Das Schisma äußerte sich nun auch in zahlreichen bewaffneten Zwischenfällen an der chinesisch-russischen Grenze. Sie widerlegten den Mythos von der internationalen Solidarität des „Proletariats“.<sup>17</sup> „Völkerfreundschaft“ und „Internationalismus“ gerieten in den Ruch, Verschleierungen für die realpolitische Ausweitung der sowjetischen Einflussosphäre zu sein. Doch dazu genügte kein Export politischer Ideologie. Die Werbung um Verbündete bedurfte eines materiellen Kerns. Offiziellen Kontakten auf diplomatischer Ebene mussten Wirtschaftsverträge folgen. Darüber hinaus festigte der Austausch von Beratern, Arbeitskräften und Fachleuten die Bindungskraft. Da die Wirtschaftshilfe kontinuierlich aufgestockt werden musste, sah sich Moskau gezwungen, eine Rangfolge der Adressaten festzulegen. Es war zudem bezeichnend, dass die Ausgaben für Militärhilfe durchgängig den größten Posten ausmachten.<sup>18</sup>

Insgesamt zeitigte das sowjetische Engagement in der „Dritten Welt“ eher prekäre Folgen. Zum einen belastete die Unterstützung von Rebellen die Entspannungspolitik gegen-

über dem Westen. Zum anderen durchkreuzten der Nationalismus der postkolonialen Staaten und die wachsenden Konflikte untereinander die Stabilität der regionalen Stützpunkte. Aus der Unterstützung von „Befreiungsbewegungen“ entwickelten sich nicht selten „Stellvertreterkriege“ im globalen Konflikt der Supermächte.<sup>19</sup> Einzelne Partner wie Somalia oder Ägypten wechselten auf die Seite des Westens. Andere wie Chile unter Salvador Allende oder Äthiopien unter Haile Mariam Mengistu wurden gestürzt.<sup>20</sup> In den 1970er Jahren verzeichnete Moskau mit der Errichtung prosowjetischer Regime in Angola, Äthiopien, Nicaragua und Afghanistan und mit dem Sieg der Kommunisten in Laos und Kambodscha seine größten Erfolge in der postkolonialen Welt.<sup>21</sup> Auf dem 25. Parteitag im März 1976 verkündete Leonid Breschnew nicht ohne Stolz, dass die Stellung der Sowjetunion in der Welt niemals fester gewesen sei.

Doch der Schein trog. Der ägyptische Präsident Anwar al-Sadat kündigte einseitig das Vertragsverhältnis mit der Sowjetunion. Sudan und Somalia folgten 1977 diesem Beispiel. Nichts trübte allerdings den Nimbus als „Friedensmacht“ mehr als die Intervention in Afghanistan im Dezember 1979.<sup>22</sup> Sie setzte dem scheinbar unaufhaltsamen Machtzuwachs der Sowjetunion ein definitives Ende. Die UN-Vollversammlung verurteilte im Januar 1980 mit großer Mehrheit den Einmarsch. Eine Konferenz von 36 islamischen Staaten wiederholte wenig später das Verdikt. Erst unter Michail Gorbatschow, dem (abgesehen von Boris Jelzin) letzten sowjetischen Herrscher, wurde die Rechnung für die Überdehnung der sowjetischen Ressourcen aufgemacht. Das Fiasko von Afghanistan stand dabei stellvertretend für allzu ambitionierte weltpolitische Ziele.

<sup>17</sup> Vgl. Debora Kejpl [Deborah Caple], *Razvenčanie mifa o sovjetsko-kitajskom monolitu 1949–1960* [Die Entzauberung des Mythos vom sowjetisch-chinesischen Monolith, 1949–1960], in: M. M. Narinskij (Hrsg.), *Cholodnaja vojna. Noveje podchody, novye dokumenty* [Kalter Krieg. Neue Ansätze, neue Dokumente], Moskau 1995, S. 334–346.

<sup>18</sup> Vgl. R. Boden (Anm. 14), S. 197–231, die am indonesischen Fall die Folgen dieser „Waffenbrüderschaft“ nachzeichnet.

<sup>19</sup> Siehe die vergleichende Erörterung von Einzelbeispielen in Bernd Greiner/Christian Müller/Dierk Walter (Hrsg.), *Heiße Kriege im Kalten Krieg*, Hamburg 2006.

<sup>20</sup> Robert H. Donaldson (Hrsg.), *The Soviet Union in the Third World. Successes and Failures*, Boulder 1981.

<sup>21</sup> Vgl. Mark Webber, „Out of Area“ Operations: The Third World, in: Edwin Bacon/Mark Sandle (eds.), *Brezhnev Reconsidered*, Basingstoke 2002, S. 110–134.

<sup>22</sup> Vgl. Paul Bucherer-Dietschi/Albert Alexander Stahel (Hrsg.), *Strategischer Überfall – das Beispiel Afghanistan. Vorgeschichte, Durchführung, Reaktionen*. Bd. 1–2, Liestal 1991/1993.

## Entspannungspolitik und Konfrontationsideologie

Mit der massiven Aufrüstung der strategischen Streitkräfte nach der Kubakrise erreichte Moskau innerhalb eines Jahrzehnts eine Pattsituation mit den USA.<sup>23</sup> Allerdings war dieser militärpolitische Kraftakt nur um den Preis eines rapide sinkenden Wirtschaftswachstums möglich. Um die Konsumerwartungen der Bevölkerung dennoch befriedigen zu können, entschieden sich Parteichef Breschnew und Ministerpräsident Alexei Kossygin für einen doppelten Kurswechsel. Wirtschaftspolitisch sollte die Einfuhr westlicher Technologien die Produktivität der Industrie kurzfristig erheblich steigern. Außenpolitisch wurde das bereits von Chruschtschow wiederbelebte Lenin'sche Konzept der „Friedlichen Koexistenz“ um Elemente konstruktiver Zusammenarbeit erweitert. Grundsätzlich ging es darum, Kriege mit dem ideologischen Gegner zu vermeiden und Konfliktursachen zu reduzieren. Nicht zuletzt signalisierte die sowjetische Führung die Bereitschaft, über Rüstungskontrolle, Krisenmanagement und Handelsabkommen zu verhandeln.

Die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in der Bundesrepublik nach 1969, die Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa, die Verträge mit den osteuropäischen Nachbarn, das Viermächteabkommen über Berlin, die deutsch-deutschen Vereinbarungen über einen geregelten diplomatischen Verkehr, die Aufnahme der Bundesrepublik und der DDR in die Vereinten Nationen und schließlich die Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki am 1. August 1975 waren Ausdruck eines ost-westlichen Normalisierungsprozesses. Die Sowjetunion erreichte eines ihrer Hauptziele, die Anerkennung des politischen und territorialen Status quo nach dem Zweiten Weltkrieg. Ausdruck dieser Akzeptanz war es, dass die internationalen Proteste gegen die Intervention von Truppen des Warschauer Paktes 1968 in der Tschechoslowakei rasch

<sup>23</sup> Vgl. Dimitrij N. Filippovych/Matthias Uhl (Hrsg.), Vor dem Abgrund. Die Streitkräfte der USA und der UdSSR sowie ihrer deutschen Bündnispartner in der Kubakrise, München 2005.

abebbten.<sup>24</sup> Dagegen nahmen studentische Demonstrationen gegen das Engagement der USA in Vietnam erheblich zu. Moskau wusste die antiamerikanischen Stimmungen zu fördern und zu nutzen.<sup>25</sup>

Für die Entspannungspolitik wie für die „Dritte-Welt“-Politik markierte „Moskaus Vietnam“, die Besetzung Afghanistans, den Wendepunkt. Die vom amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter Anfang 1980 verkündete Boykottpolitik tangierte nahezu alles, was die Ost-West-Beziehungen für etwa zehn Jahre in Schwung gebracht hatte. Die Getreidelieferungen wurden gekürzt, die Ausfuhr von Hochtechnologie eingefroren, der Kulturaustausch eingeschränkt und die prestigeträchtigen Olympischen Spiele von Moskau boykottiert. Für den Fall einer Unterbrechung der Ölpipelines in den Persischen Golf drohte Washington sogar mit militärischen Operationen. Carters Amtsnachfolger Ronald Reagan verschärfte den antisowjetischen Kurs. Doch auch Moskaus unmittelbares Vorfeld geriet in Bewegung. Streiks und Unruhen in Polen führten 1981 an den Rand einer Invasion. Am Ende von Breschnews Amtszeit bestand die sowjetische Außenpolitik in defensiver Bestandswahrung. Die sowjetische Weltpolitik war an ihre Grenzen gestoßen. Für ein erneutes Wettrüsten im Bereich der Mittelstreckenraketen fehlten ebenso die Ressourcen wie für ein Gegenstück zum angekündigten amerikanischen weltraumgestützten Raketenabwehrsystem (SDI).

Eine Wirtschaftskrise, die Überalterung des Partei- und Staatsapparates und das Machtvakuum unter den Übergangsführern Juri Andropow und Konstantin Tschernenko schwächten das Imperium weiter. Dennoch zögerte Gorbatschow, der dritte Parteichef

<sup>24</sup> Mark Kramer erörtert das sowjetische Kalkül während der Interventionskrisen seit dem Zweiten Weltkrieg und die Abwägung der außenpolitischen „Kosten“: Mark Krejmer [Kramer], *Krizisy v otnošenijach SSSR so stranami vostočnoj Evropy, 1948–1981: ispol'zovanie novych dannych* [Die Krisen in den Beziehungen der UdSSR mit den Ländern Osteuropas, 1948–1981: Die Anwendung neuer Daten], in: M. M. Narinskij (Anm. 17), S. 127–150.

<sup>25</sup> Vgl. Ilya V. Gaiduk, *Confronting Vietnam. Soviet policy toward the Indochina conflict, 1954–1963*, Washington, DC 2003; Mari Olsen, *Soviet-Vietnam Relations and the Role of China, 1949–64. Changing alliances*, New York 2006.

innerhalb von drei Jahren, mit einer Wende in der Außenpolitik. Erst nach 1987 kam es aufgrund der bedrohlichen inneren Krise sowie unter dem Eindruck der verheerenden Folgen des Atomunglücks von Tschernobyl ein Jahr zuvor und der anhaltenden internationalen Spannungen zu bedeutsamen Erfolgen in der Abrüstungspolitik und bei der Lösung regionaler Konflikte in Afrika, Asien und Lateinamerika.<sup>126</sup> Moskau unterstützte 1987 eine UN-Resolution, um einen Waffenstillstand im Iran-Irak-Krieg zu erreichen. Zudem setzte es sich für Friedensgespräche zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ein. 1988 wurde das Engagement in Angola beendet. 1989 kündigte Moskau an, die Militärhilfe für Nicaragua einzustellen.

Von besonderem Gewicht war der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan 1988/89. Er brachte den traumatischen Krieg gegen die antikommunistische Guerilla zum Abschluss. Im Mai 1989 reiste Gorbatschow zum ersten Gipfeltreffen seit zwanzig Jahren nach Peking. Es leitete mit der Entmilitarisierung an der sowjetisch-chinesischen Grenze und mit Wirtschafts- und Wissenschaftsabkommen eine Phase der Deeskalation und Kooperation ein. Eines der letzten Anzeichen für das nahe Ende des Kalten Krieges war, dass sich die Sowjetführung gegen erhebliche innere Widerstände dazu bereit fand, in der Golfkrise von 1990 mit den USA zusammenzuarbeiten.

Das „Neue Denken“ in der sowjetischen Außenpolitik kehrte eine jahrzehntelange Entwicklung imperialer Expansion und steigenden globalen Einflusses um.<sup>127</sup> Das gewaltige Militärbündnis Warschauer Pakt wurde aufgelöst. Die sowjetischen Stützpunkte in aller Welt wurden geräumt.

## „Internationalismus“ und Kulturtransfer

Die beachtlichen Erfolge in der Europapolitik waren durch die Anerkennung der „bür-

<sup>126</sup> Zur ideologischen Begründung und pragmatischen Konzeption der sowjetischen Afrikapolitik vgl. Dieter Lösch, *Sozialismus in Afrika*, Hamburg 1990, S. 35–49.

<sup>127</sup> Vgl. Robert H. Donaldson/Joseph L. Noguee, *The Foreign Policy of Russia. Changing Systems, Enduring Interests*, New York–London 1998, S. 93–103.

gerlichen“ Freiheitsrechte auf der Konferenz von Helsinki nur scheinbar günstig erkaufte worden. Schon bald zeigte sich, dass die Verpflichtung auf die Freiheit des Denkens, des Gewissens und der Religionsausübung und das Bekenntnis zu ungehindertem Informationsfluss, Freihandel und menschlichen Kontakten die weltanschauliche Deutungshoheit der Sowjetunion erodieren ließ. Im Innern war es Breschnew in den 1960er Jahren noch gelungen, die kulturelle Liberalisierung des „Tauwetters“ nach Stalins Tod teilweise zurückzunehmen. Nach außen, so hoffte er, werde es ebenfalls gelingen, durch das Prinzip der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ unliebsame Einflüsse aus dem Westen von der sowjetischen Bevölkerung fernzuhalten.

Die Anerkennung der Menschenrechte bedeutete jedoch ganz im Gegenteil den Eintritt in eine neue Dimension der internationalen Beziehungen, in der das Paradigma des Sowjetmarxismus seine allumfassende Gültigkeit verlor. Zudem wirkten sich nun auch die Folgen der mit dem Supermachtstatus verbundenen Öffnung des Landes gegenüber der Außenwelt aus. Internationale Großereignisse wie Jugendfestivals oder Olympische Spiele wurden zu öffentlichen Räumen eines schwer reglementierbaren Kulturtransfers zwischen Ost und West. Das offizielle Selbstbild vom „sowjetischen Lebensstil“, aber auch die von Moskau allein beanspruchte normative Auslegung des Sozialismus kontrastierten mit der Vielfalt möglicher Alternativen.

Die Geschichte des Kalten Krieges ist meist als eine der Abschottung und Konfrontation zweier gegensätzlicher gesellschaftlicher Systeme geschrieben worden. Diese dichotome Sicht setzte voraus, die Propaganda der gegnerischen Lager für einen verlässlichen Spiegel der tatsächlichen Kulturbeziehungen zu nehmen.<sup>128</sup> Alltag und persönliche Erfahrungswelt verschwanden hinter der offiziellen Fassade der internationalen Kontakte.

<sup>128</sup> Siehe etwa Frederick Barghoorn, *The Soviet Cultural Offensive. The Role of Cultural Diplomacy in Soviet Foreign Policy*, Princeton 1960. Zu Genese, Funktion und Wandel der Bilder vom Fremden und Anderen Silke Satjukow/Rainer Gries, *Feindbilder im Sozialismus. Eine theoretische Einführung*, in: dies. (Hrsg.), *Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus*, Leipzig 2004, S. 13–70.

Entsprechend dem Primat der Großen Politik bewegten sich sowjetische Diplomaten, Schriftsteller, Ingenieure oder Athleten wie Schachfiguren. Sie galten als manipulierte Instrumente staatlichen Willens und standen an der symbolhaften kulturellen „Front“ des Kalten Krieges bzw. im Kampf gegen den äußeren „Klassenfeind“.<sup>129</sup>

Nicht minder politisch erschienen Wissenschaftsbeziehungen und technologische Kooperationen, die in den Jahren der Entspannungspolitik in beträchtlichem Umfang zunahmen, jedoch in der Orientierung auf amerikanische Vorbilder und internationale Modernekonzepte eine lange Tradition hatten.<sup>130</sup> In der Tat wurde die Forschung in zahlreichen wissenschaftlichen Disziplinen in die vorderste nationale „Verteidigungslinie“ eingereiht und zum Bestandteil des „Militär-Industriell-Akademischen Komplexes“.<sup>131</sup> Darüber hinaus aber vermittelte der internationale Austausch zahlreichen Wissenschaftlern und Studenten Einblicke in neue Denkhorizonte und Forschungskonzepte.<sup>132</sup> Noch sehr wenig ist über die Erfahrungsräume von Fachleuten und Arbeitsmigranten bekannt, die aus der Sowjetunion in die „Dritte Welt“ oder von dort in die Sowjetunion zogen.

Die chauvinistischen Kampagnen der frühen Nachkriegsjahre bzw. der späten Stalinzeit widersprachen dem Selbstbild der Sowjetunion als Hüterin einer universalen „Völkerfreundschaft“. Sie bestätigten, ganz im Gegenteil, mit ihrer militant fremdenfeindlichen und antisemitischen Rhetorik eher den

<sup>129</sup> Michail Ju. Prozumenščikov, *Bol'soj sport i bol'saja politika* [Großer Sport und Große Politik], Moskau 2004, S. 65; Henry W. Morton, *Soviet Sport. Mirror of Soviet Society*, New York 1963, S. 22.

<sup>130</sup> Vgl. Jean-Jacques Salomon, *The Internationale of Science*, in: *Science Studies*, 1 (1971), S. 23–42; Volker R. Berghahn, *America and the Intellectual Cold Wars in Europe*, Princeton 2001; Angelika Linke/Jakob Tanner, *Attraktion und Abwehr. Die Amerikanisierung der Alltagskultur in Europa*, Köln–Weimar–Wien 2006; Corinna R. Unger, *Cold War Science: Wissenschaft, Politik und Ideologie im Kalten Krieg*, in: *Neue Politische Literatur*, 51 (2006), S. 49–68.

<sup>131</sup> J. Krige/K.-H. Barth (Anm. 12), S. 13 f. Zum Aufbau des Militär-Industriellen Komplexes in der Sowjetunion siehe auch V. S. Lel'čuk/E. I. Pivovarov (Anm. 2), S. 160–202.

<sup>132</sup> Vgl. Jens Niederhut, *Wissenschaftsaustausch im Kalten Krieg. Die ostdeutschen Naturwissenschaftler und der Westen*, Köln–Weimar–Wien 2007, S. 148–163.

Eindruck eines radikalen kulturellen Isolatismus. Umso erstaunlicher war, dass die groben Gleichschaltungstendenzen in Kunst, Musik, Literatur und Wissenschaft durch eine Entscheidung der Parteiführung unmittelbar nach Kriegsende konterkariert wurden, die in ihren Folgewirkungen offenbar unterschätzt wurde. Sowjetische Leistungssportler sollten durch Siege bei internationalen Wettkämpfen, insbesondere bei Olympischen Spielen, maßgeblich zur Mehrung des Ansehens der Sowjetunion beitragen.<sup>133</sup> Die Entsendung von „Diplomaten im Trainingsanzug“ (G. Holzweißig) widersprach nicht nur der bisherigen Verdammung des Wettkampfprinzips im „bourgeois Sport“. Sie bedeutete zugleich eine Anerkennung „nationaler“ Rekordjagden.

In kurzer Folge fanden im Zuge des kulturpolitischen „Tauwetters“ nach Stalins Tod in Moskau zwei Großveranstaltungen mit reger internationaler Beteiligung statt. Im August 1956 wurde die Spartakiade der Völker der Sowjetunion und im Jahr 1957 das 6. Studentenfestival der Jugend und Freundschaft (auch: 3. Freundschaftsspiele der Jugend) auf dem Gelände des gerade fertig gestellten Sportparks Luschniki ausgerichtet. Für die Initiatoren ging es vor allem darum, der Weltöffentlichkeit das multifunktionale Gelände als Beispiel moderner Stadt- und Landschaftsarchitektur zu präsentieren.<sup>134</sup> Unterhalb der offiziellen Diplomatie und Politik bahnte sich seither ein substantieller Kulturtransfer zwischen dem Westen und der Sowjetunion an. Der Hochleistungssport und seine mediale Breitenwirkung wurden zum Katalysator der intersystemischen Beeinflussung. Auf der Schnittfläche des amerikanisch-westlichen und des russisch-sowjetischen Kulturimperialismus<sup>135</sup> entfalteten sich dynamische Räume des „Eigen-Sinns“ und subkultureller Identitäten. Gerade der moderne Sport bot sowohl innerhalb der Sowjetunion

<sup>133</sup> Vgl. Jennifer Parks, *Verbal gymnastics. Sports, bureaucracy, and the Soviet Union's entrance into the Olympic Games, 1946–1952*, in: Stephen Wagg/David L. Andrews (eds.), *East plays West. Sport and the Cold War*, London–New York 2007, S. 27–44.

<sup>134</sup> Vgl. Kristin Roth-Ey, „Loose Girls“ on the loose? Sex, Propaganda, and the 1957 Youth Festival, in: Melanie Ilic/Susan Reid/Lynne Atwood, *Women in the Khrushchev Era*, Basingstoke 2004, S. 75–95.

<sup>135</sup> Vgl. Allen Guttman, *Games and Empires. Modern Sports and Cultural Imperialism*, New York 1994.

als auch im so genannten Ostblock und ebenso im weltweiten Wettbewerb Möglichkeiten, nationale Bekenntnisse und symbolischen Widerstand gegen ideologische Homogenisierung wirkungsvoll zu artikulieren. Insofern traten die männlichen und die weiblichen Athleten nicht nur als „Botschafter“ eines Landes oder als „Missionare“ einer verordneten Weltanschauung auf. Sie wurden zu Helden einer transnationalen Moderne und repräsentierten nicht zuletzt sich selbst. Siege von Sportlern kleiner Nationen ließen sich daher auch als kollektiver emanzipatorischer Akt, als späte ausgleichende Gerechtigkeit deuten.<sup>136</sup>

Vor diesem Hintergrund erwies sich der intensivierte internationale Kulturaustausch als ambivalentes Feld kompensatorischer Konfliktaustragung. Einerseits gelang es der Sowjetunion, westliche Gesellschaften kulturell zu „infiltrieren“. Andererseits erhielten Sowjetbürger aber auch direkten oder aus der offiziellen Kritik erschließbaren indirekten Zugang zu Attributen des „Westens“ in Mode, Konsumverhalten, Musik, Film und Theater.<sup>137</sup> Sportveranstaltungen boten aufgrund ihrer Popularität nicht die einzige, aber eine besonders dichte Sphäre des Kulturkontakts.<sup>138</sup> Spitzenleistungen wurden als Nachweis der Überlegenheit des sozialistischen Systems ausgegeben. Daneben vermittelte die direkte Teilnahme an Wettkämpfen oder das mediale „Dabeisein“ Eindrücke von anderen Lebensstilen und Alltagswelten. Im Umfeld von Sportgemeinschaften entwickelten sich

Subkulturen, in denen sich lokale Besonderheiten mit globalen Verhaltensmustern vermischten.

Besser erforscht sind inzwischen die offiziellen Freundschaftsgesellschaften, Solidaritätskomitees und sonstigen Kulturorganisationen.<sup>139</sup> Hier lernten Mitglieder transnationale Gewohnheiten und Standards kennen. Hier konnte man sich mit Lesegewohnheiten und kulturellen Vorlieben in einzelnen Ländern befassen und wurde mit eigenen und fremden Stereotypen konfrontiert. Auf diese Weise reflektierte die Wahrnehmung des Auslands auch die des eigenen Landes.

Die individuellen und kollektiven Bilder von „Europa“ und dem „Westen“ bzw. von der „Sowjetunion“ und dem „Osten“ setzten sich unter dem Dach des Kalten Krieges und in Konkurrenz zu den offiziell verbreiteten Mustern neu zusammen.<sup>140</sup> Die Sowjetunion verlor schrittweise und unspektakulär den Charakter einer geschlossenen Welt, in der alle Bereiche der (politischen) Kultur einem Kanon verbindlicher Normen unterworfen waren.

<sup>136</sup> Vgl. Robert E. Rinehart, *Cold War expatriot sport. Symbolic resistance and international response in Hungarian water polo at the Melbourne Olympics, 1956*, in: S. Wagg/D. L. Andrews (Anm. 33), S. 45–63; Markku Jokisipilä, *Revenge in 1969, Miracle in 1980. The Two Most Politically Charged Moments of Cold War Ice Hockey*, in: Arié Malz/Stefan Rohdewald/Stefan Wiederkehr (Hrsg.), *Sport zwischen Ost und West. Beiträge zur Sportgeschichte Osteuropas im 19. und 20. Jahrhundert*, Osnabrück 2007, S. 93–111; Jörg Ganzenmüller, *Bruderzwist im Kalten Krieg. Sowjetisch-tschechoslowakische Länderspiele im Umfeld des „Prager Frühlings“*, in: ebd., S. 113–130.

<sup>137</sup> Vgl. Walter L. Hixson, *Parting the Curtain. Propaganda, Culture, and the Cold War, 1945–1961*, New York 1997; David Cauter, *The Dancer Defects. The Struggle for Cultural Supremacy during the Cold War*, Oxford 2003.

<sup>138</sup> Vgl. Barbara Keys, *The Soviet Union, Cultural Exchange and the 1956 Melbourne Olympic Games*, in: A. Malz u. a. (Anm. 36), S. 131 f.

<sup>139</sup> Vgl. Jan C. Behrends, *Die erfundene Freundschaft. Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR*, Köln–Weimar–Wien 2006.

<sup>140</sup> Von einer Erosion offizieller Feindbilder durch massenhafte Visualisierung und populärkulturelle Medialisierung spricht Elena Müller, *Tragische Helden, würdige Gegner und unwiderstehliche Verführer*, in: S. Satjukow/R. Gries (Anm. 28), S. 447 f.

Wolfgang Mueller

# Kalter Krieg, Neutralität und politische Kultur in Österreich

Für Österreich endete der Kalte Krieg 1955. Auf der internationalen Ebene war die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags<sup>1</sup> am 15. Mai zweifellos eines der bedeutendsten Resultate des internationalen „Tauwetters“ nach Stalins Tod. Für Österreich

## Wolfgang Mueller

Dr. phil, geb. 1970; wissenschaftlicher Mitarbeiter der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), Historische Kommission; Lehrbeauftragter an der Universität Wien; derzeit Visiting Fellow an der Stanford University/USA; Strohgasse 45/2/4, 1030 Wien/Österreich. wolfgang.mueller@oeaw.ac.at

beendete der Abzug der Alliierten vor allem ein Kapitel der aus dem Kalten Krieg resultierenden Spannungen, der kommunistisch inspirierten Unruhen, der Teilungs- und der Putschängste. Die bis dahin anhaltenden Belastungen zwischen Österreich und der am meisten gefürchteten Besatzungs- und Kontrollmacht Sowjetunion machten schlagartig einer geradezu atemberaubenden atmosphärischen Verbesserung Platz und sollten in den folgenden Jahren nur mehr fallweise, und auch dann in deutlich gemäßigter Intensität, zurückkehren. Österreich wurde – je nach politischer Präferenz – zu einem „Musterbeispiel friedlicher Koexistenz“, wie es Nikita Chruschtschow formulierte, oder, in den Worten von Papst Paul VI. anlässlich seines Pastoralbesuches 1971, zu einer „Insel der Seligen“, die sich friedlich über den unruhigen Fluten des Ost-West-Konfliktes erhob.<sup>2</sup> Im Lande selbst wurde der Kalte Krieg nur noch punktuell, etwa anhand der unmittelbar hinter Österreichs Grenzen ablaufenden und sie fallweise sogar überschreitenden sowjetischen Militärinterventionen in Ungarn 1956 und der Tschechoslowakei 1968, ins Bewusstsein der Bevölkerung gerufen.

Das „Ausklinken“ Österreichs aus dem Kalten Krieg 1955 ist umso bemerkenswerter, als das Land bis dahin ein Brennpunkt, Spielball und Opfer des Ost-West-Konfliktes gewesen war. Die *leverage of the weak*, die Fähigkeit eines „schwachen“ Partners, die Politik seines übermächtigen Verbündeten zu beeinflussen, machte österreichische Gruppen sporadisch sogar zu Akteuren des globalen Konfliktes. Kommunisten wie Antikommunisten wandten sich mit Hilfeansuchen an ihre Schutzherren in Moskau und Washington und heizten den verbissenen Kampf zwischen Ost und West um die politische Zukunft des Landes an. Mit einiger Berechtigung kann man von Österreich als einem der ersten Krisenherde des Kalten Krieges überhaupt sprechen.<sup>3</sup> Damit ist weniger das berühmte Klischee vom Treiben östlicher und westlicher Geheimdienste im Wien des „Dritten Mannes“ gemeint als vielmehr die sich sowohl zwischen den alliierten Offizieren vor Ort als auch ihren Staatshäuptern vertiefenden Meinungsverschiedenheiten, mehrenden Misstrauensbekundungen und schließlich offen aufbrechenden Verbalattacken über das Vorgehen in Österreich. Hinzu kam die zunehmende Verknüpfung der österreichischen mit der deutschen Frage und anderen internationalen Konfliktthemen.<sup>4</sup>

Beide Hauptphasen der österreichischen Nachkriegsgeschichte, jene des Kalten Krieges bis 1955 und die der Neutralität danach, gingen an den Einstellungen und Verhaltensformen der politischen Kräfte des Landes und dem politischen Bewusstsein seiner Bevölkerungsgruppen nicht spurlos vorüber. Einige dieser Spuren im Bereich der politischen Kultur sind wohlbekannt: die einseitige Opferthese, die unter Berufung auf den gewaltsamen Anschluss durch Hitlerdeutschland 1938 die Mitverantwortung tausender Österreicher

<sup>1</sup> Das Standardwerk zur Geschichte des Staatsvertrags ist: Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955, Wien–Köln–Weimar 2005<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Vgl. Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik: von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Innsbruck 2005, S. 1002.

<sup>3</sup> Vgl. Günter Bischof, Austria in the First Cold War. The Leverage of the Weak, Basingstoke 1999.

<sup>4</sup> Vgl. Rolf Steininger, Der Staatsvertrag. Österreich im Schatten von deutscher Frage und Kaltem Krieg 1938–1955, Innsbruck 2005.

rinnen und Österreicher für die NS-Verbrechen jahrzehntelang ausblendete; die „große Koalition“ und „Sozialpartnerschaft“, aber auch die deutliche Einschränkung des internationalen Handlungsspielraumes nach 1955 mitsamt der Tendenz, Sicherheitsinteressen außenpolitischem Aktivismus und innenpolitischer Opportunität unterzuordnen. Auch die verteidigungspolitische Resignation Österreichs und seine oft kritisierte „Trittbrettfahrermentalität“, unter dem imaginären Schutzschirm der NATO auf eigene ernstzunehmende Verteidigungsanstrengungen zu verzichten, sind ohne den alles überschattenden Kalten Krieg und die übermächtigen Militärblöcke nicht vorstellbar.

## Kalter Krieg um Österreich

Begonnen hatte der Kalte Krieg nicht zuletzt in Österreich. Zweifellos gab es bedeutendere Krisen, die das Ende der „unnatürlichen“, durch die Kriegspolitik Hitlers herbeigeführten Allianz zwischen dem Westen und Stalin andeuteten. Der Konflikt um Österreich war jedoch – neben den Spannungen über die vom Kreml eingesetzten Regierungen in Osteuropa – einer der ersten, der zwischen den bisherigen Alliierten über die Frage der Nachkriegsordnung Europas aufflammte. In der Moskauer Deklaration von 1943 hatten Großbritannien, die UdSSR und die USA vereinbart, das Land als unabhängigen und demokratischen Staat wiederherzustellen. Das entsprach dem gemeinsamen Interesse, Deutschland durch die Abtrennung von Gebieten nach dem Krieg niederzuhalten. Als aber Stalin wenig später durch kommunistische Machtübernahmen in Osteuropa einen Sowjetblock zu etablieren begann, erschien auch Österreich in Gefahr, hinter den Eisernen Vorhang gezogen zu werden. Nun zeigte sich, dass der Kleinstaat aufgrund seiner Lage zwischen den entstehenden Machtblöcken zu wichtig war, um ihn dem jeweils anderen zu überlassen. Beide Seiten gingen in Stellung – wenn auch nur politisch. Anfang 1946 bezeichnete ein sowjetischer Bericht das Land als „Laboratorium, wo man den Prozess des Kampfes zweier Systeme beobachten kann: des sowjetischen und des kapitalistischen“.<sup>15</sup>

<sup>15</sup> Zit. nach: Wolfgang Mueller, Die sowjetische Besetzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission, Wien–Köln–Weimar 2005, S. 27.

Bereits im April 1945 hatte Stalins Versuch, ohne Konsultation mit den Westmächten in Wien eine sowjetfreundliche Volksfrontregierung unter dem sozialdemokratischen Politveteranen Karl Renner einzusetzen, zu einer veritablen internationalen Verstimmung samt misstrauischen Telegrammen zwischen Winston Churchill und dem Sowjetdiktator geführt. Erst jüngst in russischen Archiven aufgetauchte Dokumente legen nahe, dass die sowjetische Regierung plante, den kommunistischen Einfluss mittels aus Moskau entsandter „Initiativgruppen“ österreichischer Exilkommunisten zu stärken, während die Betätigung anderer politischer Kräfte unterbunden werden sollte.<sup>16</sup> Im Zuge der Regierungsbildung unter sowjetischer Ägide wurden die Kommunisten, bis 1934 eine radikale Splittergruppe, als gleichrangige politische Kraft mit einem Drittel aller Regierungsstellen etabliert. Die wohl durch sowjetischen Druck erreichte<sup>17</sup> kommunistische Übernahme des Innenministeriums und der Polizei ließ in London und Washington abermals die Alarmglocken schrillen. Wenig später wurden sowjetische Versuche, die provisorische Regierung mittels „gemischter Gesellschaften“ wirtschaftlich fester an Moskau zu binden, bekannt.<sup>18</sup> All diese sowjetischen Schritte, aber auch die Plünderungen und Gewaltverbrechen der Roten Armee gegen die Zivilbevölkerung und die westlichen Medienberichte darüber entfachten bereits 1945/46 Spannungen und heftige Propagandaattacken zwischen den Alliierten.<sup>19</sup>

Die westliche Sorge, Renner könnte in den Orbit des Kremls abgleiten, erwies sich als verfrüht, denn einerseits hatte der Politfuchs in seine Regierung mehrere Hindernisse gegen eine schleichende kommunistische Machtübernahme eingebaut. Andererseits

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 71–82.

<sup>17</sup> Vgl. Ernst Fischer, Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955, Wien 1973, S. 67.

<sup>18</sup> Vgl. Wilfried Aichinger, Sowjetische Österreichpolitik 1943–1945, Wien 1977, S. 308–315.

<sup>19</sup> Vgl. Oliver Rathkolb, Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht 1945 bis 1950, Diss. Wien 1981, S. 120–140; Bericht des stv. Leiters des Sowinformbüros Losowski an das ZK der KPdSU über die „Kampagne der Alliierten zur Diskreditierung der Roten Armee“, 5. 10. 1945, in: Wolfgang Mueller/Arnold Suppan/Norman M. Naimark/Gennadij Bordjugov (Hrsg.), Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven, Wien 2005, S. 209 ff.

blieben die Sozialdemokraten in der Sowjetzone ihrer Westorientierung treu und lehnten, nicht zuletzt auf Rat der britischen Labour Party, kommunistische Avancen zur Schaffung einer Einheitsfront ab. Inzwischen gelang es im Unterschied zu Deutschland sehr rasch, nämlich bis Herbst 1945, die staatliche Einheit herzustellen und abzusichern. Der Westen erklärte sich bereit, die provisorische Regierung auch in den Westzonen anzuerkennen; im Gegenzug gewährte die Sowjetunion die Abhaltung von gesamtstaatlichen Wahlen noch vor Jahresende.

Die Parlamentswahlen vom 24. November 1945 brachten eine vernichtende Niederlage der Kommunisten, die von der Bevölkerung für die Übergriffe der Roten Armee abgestraft wurden und nur wenig mehr als fünf Prozent der Stimmen erhielten. Die Sowjetunion reagierte mit einer Verstärkung der politischen Kontrolle, einer Verschärfung der antiwestlichen Propaganda und einer Aufstockung der bisher recht vorsichtigen Unterstützung für die KPÖ. Im Mai 1945 hatte der stellvertretende sowjetische Oberkommandierende Alexei Scheltow die Kommunisten noch vertröstet, sie müssten zuerst die „Unterstützung der Massen gewinnen“ und erst dann eine „Lage schaffen, wie sie für sie [die Kommunisten, W. M.] nötig ist“.<sup>10</sup> Nach den Wahlen hieß es in einem sowjetischen Bericht: „Unter diesen Umständen fordert das Sowjetische Element der Alliierten Kommission in Österreich von den Alliierten die tadellose Erfüllung des festgelegten Besatzungsregimes (. . .), verfolgt die Linie zur Diskreditierung des reaktionären Charakters der Regierung Figl und fördert die Entfesselung der Initiative der demokratischen Kräfte des Volkes, indem es den Kommunisten und dem linken Flügel der Sozialistischen Partei Hilfe leistet.“<sup>11</sup>

Dies und die sowjetische Beschlagnahme „deutschen Eigentums“ in Ostösterreich, etwa dreißig Prozent der Industriekapazität der Sowjetzone, auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse wurden im Westen als Unterminierung Österreichs interpretiert und

<sup>10</sup> Protokoll der Besprechung von Vertretern des Militärates der III. Ukrainischen Front mit Führern der KPÖ, 16. 5. 1945, in: ebd., S. 145–155, hier: S. 153.

<sup>11</sup> Bericht des Leiters der 7. Verwaltung der Politischen Hauptverwaltung der sowjetischen Streitkräfte Burzew an das ZK der KPdSU, 23. 5. 1946, in: ebd., S. 251–255, hier: S. 255.

steigerten die Bereitschaft der USA, das Land politisch und wirtschaftlich zu unterstützen. Der Marshallplan brachte Österreich eine der höchsten Pro-Kopf-Raten an Hilfslieferungen von allen europäischen Ländern.<sup>12</sup> Die Sowjetunion attackierte die Teilnahme Wiens mit politischem Druck und Propaganda, konnte sie aber aufgrund der im Zweiten Kontrollabkommen gewährten Zugeständnisse an die Souveränität des Landes nicht verhindern.

Angesichts der kommunistischen Machtübernahmen in Budapest und Prag sowie der Berlin-Blockade verstärkten die USA auch ihre Bemühungen zur Schaffung einer österreichischen Armee, was wiederum sowjetische Vorwürfe einer Remilitarisierung nach sich zog. Die Staatsvertragsverhandlungen wurden ein Nebenschauplatz von Stalins Deutschlandpolitik: Wollte man die Westmächte von weiteren Schritten zur Weststaatsgründung und Westintegration der Bundesrepublik abhalten, liefen die Gespräche über Österreich plötzlich wie geschmiert und wurden sogar durch spektakuläre Konzessionen des Kremls beflügelt. Schaltete Stalin jedoch auf eine harte Linie in Deutschland, ging auch in der Österreichfrage nichts mehr.<sup>13</sup> Den Kleinstaat herauszugeben, solange die deutsche Frage nicht geklärt war, schien Außenminister Wjatscheslaw Molotow noch 1954 undenkbar.

Auch Stalins Sorge um sein eben errichtetes Vorfeld in Osteuropa trug zur Blockade der Österreichfrage bei. Laut den Friedensverträgen von 1947 waren Sowjettruppen so lange berechtigt, zur Sicherung der Versorgungswege in Ungarn und Rumänien zu bleiben, bis der Staatsvertrag mit Österreich unterzeichnet sei. Als dieser 1949 unterschriftsreif vorlag, schrieb Andrej Gromyko an Stalin, das Streben der Westmächte, den Staatsvertrag abzuschließen, sei „vor allem mit ihren Plänen verbunden, die Grundlagen für den weiteren Verbleib sowjetischer Truppen in Österreich, aber auch in Ungarn und Rumänien, zu beseitigen“.<sup>14</sup> Das liege nicht im sowjetischen In-

<sup>12</sup> Vgl. Günter Bischof, 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948–1998, Innsbruck 1999.

<sup>13</sup> Vgl. R. Steininger (Anm. 4).

<sup>14</sup> Zit. nach: Wolfgang Mueller, Gab es eine „verpasste Chance“? Die sowjetische Haltung zum Staatsvertrag 1946–1952, in: Arnold Suppan/Gerald Stourzh/ders. (Hrsg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Inter-

teresse. Wenig später wies das Politbüro Chefverhandler Andrei Wyschinski an, „die Vorbereitung des Vertrages nicht abzuschließen“.<sup>15</sup>

Dass angesichts der anhaltenden Besetzung und des Kalten Krieges eine Teilung des Landes samt Sowjetisierung Ostösterreichs vermieden werden konnte, ist mehreren Faktoren zu verdanken: Erstens waren die Einheit des Landes und die Kompetenz seiner Zentralregierung 1945/46 recht weit gediehen. Zweitens verfügten die Kommunisten in Wien weder über den sowjetischen Rückhalt noch den politischen „Killerinstinkt“, der sie in der SBZ und den osteuropäischen Ländern auszeichnete. Im Unterschied zu ihrem Verhalten in Deutschland überschritten weder Stalin noch die sowjetische Besatzung in ihrer Unterstützung für die Kommunisten die Grenze zu massiver Einmischung, Wahlfälschung und systematischer Gewalt, sondern beschränkten sich auf Finanzspritzen und Propagandahilfe für die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) sowie konspirative Versuche, die nichtkommunistischen Parteien zu spalten. Noch bedeutender war, dass eine Teilung Österreichs nach deutschem Vorbild vom Kreml abgelehnt wurde: Als die KPÖ-Führung 1947/48 einen derartigen Plan vorschlug, erteilte Stalins rechte Hand Andrei Schdanow in einer dramatischen Geheimbesprechung eine scharfe Absage.<sup>16</sup> Die Begründung dafür ist wohl in der tief sitzenden sowjetischen Befürchtung zu sehen, im Fall einer Spaltung des Landes werde sich Westösterreich an Westdeutschland anschließen, woran der Kreml nicht interessiert sein konnte.

## Innere Auswirkungen

Der Kalte Krieg erfasste auch die österreichische Innenpolitik. Tiefes Misstrauen und erbitterte Propagandakämpfe zeichneten das Verhältnis zwischen den beiden Parteien der prowestlichen „großen Koalition“ einerseits, die zwischen 85 und 95 Prozent der Wähler repräsentierten, und der prosowjetischen

ationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, Wien 2005, S. 89–120, hier: S. 113 f.

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Das Protokoll ist veröffentlicht in: Die Teilung Österreichs als politische Option für KPÖ und UdSSR 1948, in: Zeitgeschichte, 32 (2005) 1, S. 47–54. Vgl. W. Mueller et al. (Anm. 9), S. 453–465.

KPÖ, welche die Regierung wiederholt durch putschartige Unruhen zu stürzen versuchte, andererseits aus. In einer Zeit, in der die Parteien primär für einen der beiden globalen Machtblöcke standen, wurden Wahlen zu Abstimmungen über Parlamentarismus gegen Kommunismus, über Freiheit versus Diktatur, über USA gegen Sowjetunion. Die übermächtige Stellung der beiden antikommunistischen Parteien und die bis in die 1980er Jahre weitgehend stabilen Bindungen<sup>17</sup> der Bürgerinnen und Bürger an sie waren somit nicht nur auf ihre historische Verankerung zurückzuführen, sondern auch auf den durch den Kalten Krieg simulierten permanenten Ausnahmezustand, auf das externe Feindbild Sowjetunion sowie auf die (Selbst-)Assoziation der KPÖ mit ihm. Nur die vom Kalten Krieg aufgeheizte Stimmung vermag auch die Radikalität kommunistischer Propaganda und die bei Massenprotesten und Umsturzversuchen geäußerte beiderseitige Gewaltbereitschaft zu erklären, wie sie sich anlässlich der kommunistischen Besetzung des Kanzleramtes 1947 und des Generalstreiks 1950 mit seinen tagelangen Straßenschlachten manifestierten.<sup>18</sup>

Trotz des für Österreich insgesamt recht glimpflichen Ausganges des Konfliktes hinterließ der Kalte Krieg deutliche Spuren in der politischen Kultur. Die Autostalinisierung und Marginalisierung der KPÖ, die sowohl von der Anti-Tito-Hysterie des von Moskau gesteuerten Kominform (Kommunistisches Informationsbüro, Nachfolgeeinrichtung der Komintern) als auch vom Stalinkult erfasst wurde, sind ebenso zu bedenken wie der Antikommunismus des übrigen politischen Spektrums. Der Trend zur Zusammenarbeit der christdemokratischen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Sozialdemokraten (SPÖ), die primär auf eine gemeinsame Restauration des Status quo vor 1933 (unter Abkehr vom erbitterten Parteienkampf der Zwischenkriegszeit) abzielte, hatte sich bereits 1945 abgezeichnet. Sie richtete sich gegen die Kommunisten, die eine Beteiligung an der Macht forderten und mit ihren

<sup>17</sup> Vgl. Peter Ulram, Politische Kultur der Bevölkerung, in: Herbert Dachs et al. (Hrsg.), Politik in Österreich, Wien 2006, S. 512–524.

<sup>18</sup> Vgl. Reinhard Meier-Walser, Der Streikputsch der KP Österreichs und seine internationalen Hintergründe, München 1986.

Plänen in Richtung „Volksdemokratie“ gingen.<sup>19</sup> Der linke Flügel der SPÖ wurde schrittweise zurückgedrängt und schließlich durch den Ausschluss des „Linksverbinders“ Erwin Scharf amputiert. Die „große Koalition“ und die „Sozialpartnerschaft“ zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaft entstanden somit nicht nur aus dem Willen, den Parteienhader der Zwischenkriegszeit zu überwinden, sondern auch aus dem Defensivbündnis der traditionellen, restaurativen und nunmehr antikommunistischen Kräfte gegen die kommunistischen Newcomer. Das weitgehend geschlossene System lebte von Konkordanz, internen Absprachen und Kompromissen. Dass diese stets erst nach dem „Theaterdonner vordergründiger Auseinandersetzungen“ präsentiert wurden, setzte in weiterer Folge das Ansehen von Innenpolitik in der Bevölkerung bedeutend herab und führte zum bis heute verbreiteten Klischee, Politik sei doch nur „Kasperltheater“.<sup>20</sup> Gleichzeitig behinderte dies die Entwicklung basisdemokratischer Partizipation und festigte den nicht zuletzt aufgrund der traditionell starken Stellung des Staates<sup>21</sup> tief verwurzelten Etatismus.

Wie im ganzen demokratischen Westeuropa sollte der Kompromiss zwischen demokratischer Rechter, die den Sozialstaat anerkannte, und demokratischer Linker, die dafür den Kapitalismus und die Westbindung akzeptierte, nicht nur zur Sicherung des sozialen Fortschritts, sondern auch zur Eindämmung der kommunistischen Gefahr dienen.<sup>22</sup> Auch der bis in die 1980er Jahre hohe Staatsanteil an der Wirtschaft, der mit der Verstaatlichung großer Industriebetriebe und Banken 1945, der Treuhanderschaft über das ehemals „deutsche Eigentum“ in der US-Zone 1946 und dem Kauf desselben in der Sowjetzone 1955 begründet wurde, war ein Resultat die-

ser Eindämmungsbemühungen und des damit verbundenen Kompromisses.<sup>23</sup>

Auch der Abbruch der Entnazifizierung zugunsten einer Integration ehemaliger Nationalsozialisten ist ohne den Kalten Krieg schwer vorstellbar.<sup>24</sup> Die einseitige Betonung der Eigenschaft Österreichs als Opfer des Nationalsozialismus, ohne dabei die Rolle zahlloser Österreicherinnen und Österreicher als Täter einzugestehen, diese zu bestrafen und das von ihnen geraubte Gut zurückzugeben, wäre in dieser Form von der internationalen Gemeinschaft wohl nicht akzeptiert worden, hätte nicht der neue Konflikt die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in den Hintergrund gedrängt. Während das offizielle Österreich die Opferthese benutzte, um die infolge des Kalten Krieges verzögerte Wiedererlangung der Souveränität zu beschleunigen,<sup>25</sup> kommunistische Entnazifizierungsforderungen zur puren Propaganda verkamen und die USA aufgrund des Ost-West-Konfliktes von ihrer strengen Haltung in der Frage abgingen, machten sich ausnahmslos alle Kräfte auf die Suche nach neuen Verbündeten unter den ehemaligen Nazis.

ÖVP, SPÖ und Alliierte stimmten 1949 der Zulassung einer neuen Partei für ehemalige Parteigenossen zu; die KPÖ finanzierte mit sowjetischem Geld eine Splittergruppe nach NDPD-Vorbild.<sup>26</sup> Von den 1946 registrierten 536 000 ehemaligen Nationalsozialisten wurden bis 1948 knapp 500 000 amnestiert; von den über 13 000 durch Volksgerichte verurteilten Kriegs- und Naziverbrechern saßen 1955 noch 14 in Haft.<sup>27</sup> Vor dem Hinter-

<sup>19</sup> Vgl. Manfred Mugrauer, Die Politik der Kommunistischen Partei Österreichs in der Provisorischen Regierung Renner 1945, Innsbruck 2006.

<sup>20</sup> Peter Gerlich/Roman Pfefferle, Tradition und Wandel, in: H. Dachs et al. (Anm. 17), S. 501–511; Peter Gerlich, Politische Kultur der Subsysteme, in: Herbert Dachs et al. (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, Wien 1997, S. 506–513.

<sup>21</sup> Vgl. Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 1994.

<sup>22</sup> Vgl. Tony Judt, Postwar. A History of Europe since 1945, New York 2005, S. 63–163.

<sup>23</sup> Vgl. Felix Butschek, Vom Staatsvertrag zur Europäischen Union: österreichische Wirtschaftsgeschichte von 1955 bis zur Gegenwart, Wien 2004.

<sup>24</sup> Vgl. Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981.

<sup>25</sup> Vgl. Gerechtigkeit für Österreich. Das Rot-Weiß-Rot-Buch, Wien 1946. Zur Erinnerungskultur siehe vor allem die Arbeiten von Heidemarie Uhl, u. a. in Eleonore Lappin (Hrsg.), Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-)Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus, St. Ingbert 2001.

<sup>26</sup> Die Verbindungen zwischen KPÖ und Nationaler Liga waren seit Langem vermutet worden: Vgl. Fritz Keller, Stalinistischer Populismus. Die Nationale Liga, in: Anton Pelinka (Hrsg.), Populismus in Österreich, Wien 1987, S. 110–122. Der Nachweis dafür in: W. Mueller (Anm. 5), S. 212–218.

<sup>27</sup> Vgl. Walter Manoschek/Thomas Geldmacher, Vergangenheitspolitik, in: H. Dachs et al. (Anm. 17), S. 577–593.

grund des Kalten Krieges wurde die NS-Vergangenheit weiterhin verdrängt und tauchte nur sporadisch in der Öffentlichkeit auf, etwa anhand der skandalösen Freisprüche für NS-Kriegsverbrecher durch österreichische Geschworenengerichte in den 1960er Jahren, des Skandals um den antisemitischen Historiker Taras Borodajkewycz und der Affäre um die Enthüllungen Simon Wiesenthals über etwaige Kriegsverbrechen des damaligen FPÖ-Obmannes Friedrich Peter und die darauf folgenden Attacken Kreiskys gegen Wiesenthal in den 1970er Jahren.<sup>128</sup> Erst die Waldheim-Debatte 1986 und die infolge der internationalen Entspannung verstärkte Aufmerksamkeit aus den USA führten zu einer breiten öffentlichen und politischen Auseinandersetzung.

Als der Kalte Krieg 1947 auf die Hochkultur überzugreifen begann, rief die sowjetische Besatzung in Zusammenarbeit mit der KPÖ prokommunistische Kultur- und Propagandaprojekte ins Leben; darunter das Neue Theater in der Scala in Wien, das aber bald in den Ruch einer Agitpropbühne geriet, von der nichtkommunistischen Presse verfeimt und nach Ende der Besatzungszeit geschlossen wurde. Künstlerinnen und Künstler, die sich – aus Überzeugung oder Naivität – vor den Karren der Sowjet- und KPÖ-Propaganda hatten spannen lassen, wurden auf „schwarzen Listen“ erfasst und ausgegrenzt.<sup>129</sup> Der vom Feuilletonisten Hans Weigel inszenierte, bis in die 1960er Jahre wirksame Brecht-Boykott österreichischer Bühnen bildete die wohl prominenteste Erscheinung dieses kulturellen Antikommunismus.<sup>130</sup>

Von Kommunisten und Antikommunisten unbestritten blieb hingegen die Zielvorstellung einer Restauration der österreichischen „Kulturgroßmacht“.<sup>131</sup> Dabei zeichnete sich eine Gegenbewegung zur sowjetischen und zur amerikanischen Kulturpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg ab: Waren die USA 1945 mit dem Anspruch einer grundlegenden Entnazifizierung und Demokratisierung von Kultur und Medien angetreten, der nicht zu-

letzt durch die sowjetische Vorgangsweise, den Kultur- und Medienbetrieb ohne lange Prüfung in Gang zu setzen, konterkariert worden war, so lagen die Verhältnisse zwei Jahre später genau umgekehrt. Ein fundamentaler Elitenwechsel war angesichts dieser Gegensätze nicht möglich, und das 1945 restaurierte kulturelle Establishment der Zwischenkriegs- und (was Musiker, Schauspieler, Dirigenten betraf) der NS-Zeit konnte sich im Kalten Krieg behaupten.

Von der jungen österreichischen Literatur wurde der Kalte Krieg aufgegriffen. Nicht nur die populären, heute vergessenen Zeitromane Milo Dors und Reinhard Federmanns, sondern auch die Gedichte Ingeborg Bachmanns aus der Sammlung „Die gestundete Zeit“ (1953) belegen diese bislang wenig beachtete Facette österreichischer Literaturgeschichte.<sup>132</sup> Die von der Dichterin in „Alle Tage“ gebotene Darstellung des Konfliktes ist geradezu beispielhaft: „Der Krieg wird nicht mehr erklärt, / sondern fortgesetzt. Das Un-erhörte / ist alltäglich geworden. Der Held / bleibt den Kämpfen fern. Der Schwache / ist in die Feuerzonen gerückt.“ Auch Marlen Haushofers „Die Wand“ (1963) – die Geschichte einer Frau, die, auf einer Alm lebend, plötzlich durch eine unsichtbare Mauer von der Außenwelt, in der alles Leben schlagartig erloschen ist, getrennt wird – lässt sich vor dem Hintergrund des Berliner Mauerbaues und nuklearer Kriegsvisionen durchaus zeitnah interpretieren. Dennoch sollte die Auseinandersetzung mit der Gegenwart in der Literatur bald vom Kampf gegen die Verdrängung der NS-Vergangenheit überlagert werden.

In der Unterhaltungskultur und den Medien war der Siegeszug des Antikommunismus und der Westintegration unübersehbar. In Kino und Radio waren sowjetische Propagandastreifen und Stalinhymnen kein Gegner für Hollywood und den Jitterbug, und die antiamerikanischen Pamphlete der Kommunisten wirkten sehr viel weniger modern als die nach amerikanischem Vorbild aufgemachten prowestlichen Boulevardblätter. 1955 be-

<sup>128</sup> Vgl. Hellmut Butterweck, *Verurteilt und begnadigt. Österreich und seine NS-Straftäter*, Wien 2003.

<sup>129</sup> Vgl. O. Rathkolb (Anm. 9), S. 510–513.

<sup>130</sup> Vgl. Kurt Palm, *Vom Boykott zur Anerkennung. Brecht und Österreich*, Wien–München 1983.

<sup>131</sup> Oliver Rathkolb, *Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005*, Wien 2005, S. 299–313.

<sup>132</sup> Vgl. Günter Stocker, *Austrian Literature and the Cold War*, in: Arnold Suppan/Wolfgang Mueller (eds.), *Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality, and Eastern Europe 1955–1989*, Wien 2009 (i. E.).

legten Umfragen die ideologische Westintegration der österreichischen Bevölkerung.<sup>133</sup>

## Zwischen Neutralität, Neutralismus und „Verschweizerung“

Dass die Sowjetunion unter der Führung Chruschtschows 1955 plötzlich eine Initiative zur Unterzeichnung des Staatsvertrags unternahm, hat mit innerösterreichischen Verhältnissen wenig zu tun. Vor allem war der Kreml bemüht, den bevorstehenden NATO-Beitritt der Bundesrepublik zu stören, jedenfalls aber eine infolge dessen aus Moskauer Sicht drohende zukünftige Integration Westösterreichs in die nordatlantischen Planungen ein für alle Mal zu verhindern. Das Mittel dafür und der Preis für die sowjetische Zustimmung zum Staatsvertrag war die Neutralität, die bereits vor der Vertragsunterzeichnung von einer österreichischen Regierungsdelegation zugesagt und nach der Räumung des Landes durch die Alliierten im Oktober feierlich erklärt wurde. Sie hatte für den Kreml nicht nur den Vorteil, den Sperrriegel zwischen den NATO-Staaten Westdeutschland und Italien zu verlängern, sondern sie ließ sich in Zukunft als treffliches Vorbild benutzen, um westeuropäische Staaten aus dem Nordatlantikpakt zu locken.

Offenkundig unterschieden sich zu diesem Zeitpunkt das sowjetische und das österreichische Neutralitätskonzept gravierend voneinander. Nach sowjetischer Auffassung hatte Neutralität „total“ zu sein; sie umfasste nicht nur alle Bereiche des öffentlichen Lebens, sondern überdies die Verpflichtung zu einer „aktiven Friedenspolitik“, zum „Kampf gegen Blockbildung“, für internationale Entspannung und „friedliche Koexistenz“ zwischen Staaten mit unterschiedlichen politischen Systemen. Gemäß sowjetischer Doktrin war Neutralität „fortschrittlicher“ als eine nicht neutrale westliche Demokratie; sie bot sich daher nur westlichen Staaten als Op-

<sup>133</sup> Vgl. Karin Moser (Hrsg.), *Besetzte Bilder. Film, Kultur und Propaganda in Österreich 1945–1955*, Wien 2005; Jan C. Behrends et al. (Hrsg.), *Anti-amerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa*, Bonn 2005; O. Rathkolb (Anm. 9); Wolfgang Mueller, *Österreichische Zeitung und Russische Stunde. Die Informationspolitik der sowjetischen Besatzung in Österreich 1945–1955*, Wien 1998.

tion an. Dass ein Übergang von der „Volksdemokratie“ zur Neutralität nicht zulässig war und sich der „Kampf gegen die Blockbildung“ auch ausschließlich gegen westliche Blöcke richten sollte, zeigte sich, als die Sowjetunion 1956 die ungarische Neutralitätserklärung samt Austritt aus dem Warschauer Pakt mit einer blutigen Militärintervention beantwortete. Auch in Bezug auf die „friedliche Koexistenz“ gab es zwischen Ost und West Auffassungsunterschiede, sollte sie doch dem sowjetischen Verständnis nach primär dazu dienen, den Klassenkampf in den westlichen Demokratien und den Unabhängigkeitskampf der Kolonien zu fördern und damit die Verbreitung des Kommunismus auf friedlichem Weg zu erleichtern.<sup>134</sup>

Österreich dagegen betonte 1955 im Einklang mit den Westmächten das schweizerische Vorbild einer „bewaffneten“ Neutralität. Die Neutralitätsverpflichtung sollte ferner nur den Staat, nicht den einzelnen Bürger binden und auch nicht auf Wirtschaft, Kultur und Medien anwendbar sein. Bundeskanzler Julius Raab, der vor dem Staatsvertrag empfohlen hatte, den „russischen Bären“ nicht durch laute Sonntagsreden „in den Schwanz zu zwicken“, wies nun jegliche Verpflichtung zu einem weltanschaulichen Neutralismus strikt zurück.<sup>135</sup> Sein sozialdemokratischer Koalitionspartner unterstrich noch stärker die Verbundenheit Österreichs mit den westlichen Demokratien und wollte die Neutralität auf rein militärische Angelegenheiten reduziert sehen.

Es sollte sich bald zeigen, dass die österreichische Vorstellung nicht so leicht umzusetzen war. Während man innenpolitisch streng antikommunistisch blieb, musste Wien daran interessiert sein, die Beziehungen zur Supermacht des Ostens zu verbessern. Moskau hingegen war nur allzu gerne bereit, Österreich als „Musterknaben“ der „friedlichen Koexistenz“ zu umarmen und vor seinen Karren zu spannen. Das kleine Alpenland erfuhr vom Kreml zweifellos eine bevorzugte Behand-

<sup>134</sup> Vgl. Margot Light, *The Soviet Theory of International Relations*, New York 1988, S. 47–53, S. 229–236.

<sup>135</sup> Zum Spannungsfeld zwischen Neutralität und Neutralismus am Beispiel Österreichs vgl. John Schlesinger, *Austrian Neutrality in Postwar Europe: The Domestic Roots of a Foreign Policy*, Wien 1972, S. 117–138.

lung, wenn auch nicht ohne Gegenleistung. Bundeskanzler Raab, Außenminister Bruno Kreisky und Bundeskanzler Josef Klaus begaben sich in den 1950er und 1960er Jahren auf weite Reisen durch die „Volksdemokratien“ – in manche von ihnen als erste westliche Spitzenpolitiker. „Kulturaustausch“ und „Osthandel“ wurden propagiert. Dagegen erschienen die österreichischen Beziehungen zur traditionellen Schutzmacht, den USA, nicht zuletzt infolge der Schwerpunktverlagerung der amerikanischen Außenpolitik an Intensität zu verlieren und manchmal Belastungen ausgesetzt zu werden, etwa, wenn Chruschtschow seinen Österreich-Besuch zu heftigen Attacken auf die NATO nutzte oder Raab auf Moskauvisite erklärte, man wisse in Österreich, dass „der Staatsvertrag hauptsächlich dank der Sowjetunion abgeschlossen“ worden sei.<sup>136</sup>

Die intensiven Kontakte zwischen Wien und Moskau und auch die regelmäßigen, nicht immer diplomatisch vorgebrachten sowjetischen Hinweise darauf, was ein Neutraler zu tun und was er zu lassen habe, blieben ebenso wenig ohne Folgen wie die andauernde Nachbarschaft Österreichs zum Warschauer Pakt: Hatte Wien in der Ungarn-Krise noch sein Bundesheer an die Grenze geschickt und die Sowjetunion mutig zur Einstellung des Blutvergießens aufgefordert, blieben 1968 ähnliche Reaktionen aus.<sup>137</sup> Angesichts beharrlicher sowjetischer Kritik und italienisch-französischen Widerstandes stellte der Ballhausplatz (Sitz des österreichischen Bundeskanzleramts) auch die langjährigen Versuche, eine Assoziierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu erreichen, ein.<sup>138</sup> Stattdessen gab Österreich dem Drängen des Kremls nach und unterstützte das sowjetische Projekt einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz – allerdings erst, nachdem Finnland eine offizielle Einladung ausgesprochen hatte.<sup>139</sup>

<sup>136</sup> M. Gehler (Anm. 2), S. 185.

<sup>137</sup> Vgl. Rainer Eger, *Krisen an Österreichs Grenzen*, Wien 1986.

<sup>138</sup> Vgl. M. Gehler (Anm. 2), S. 334. Vgl. ders., *Der lange Weg nach Europa. Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU*, Innsbruck 2002.

<sup>139</sup> Vgl. Thomas Fischer, *Die Sowjetunion, Österreich, und die finnische KSZE-Initiative vom 5. Mai 1969*, in: Wolfgang Mueller/Michael Portmann (Hrsg.), *Osteuropa vom Weltkrieg zur Wende*, Wien 2007, S. 313–340.

Aber nicht nur die sowjetischen Vereinnahmungen, die Aufforderungen zur „aktiven Friedenspolitik“ und der wohl dosierte, stete Druck, sondern auch die Übermacht der jenseits der Grenzen stehenden Heere des Warschauer Paktes zeitigten Wirkung. In Anbetracht der Blockkonfrontation verließ die österreichischen Regierungen der Mut, eine ernstzunehmende Landesverteidigung zu schaffen. Hatte man sich ursprünglich zu einer *bewaffneten* Neutralität entschlossen, suchten Außenminister Kurt Waldheim und nach ihm Bundeskanzler Kreisky mit östlichem Zuspruch nun stattdessen Zuflucht zu einer „aktiven Neutralitätspolitik als bester Sicherheitspolitik“.<sup>140</sup> Der Völkerrechtsexperte Konrad Ginther stellte 1975 fest, dass sich die österreichische Neutralitätspraxis der sowjetischen Koexistenzdoktrin angenähert habe, was von Fachkollegen und Politikern nicht ohne Protest hingenommen wurde.

In der Tat hatte es Österreich versäumt, seinem Bekenntnis zur bewaffneten Neutralität Taten folgen zu lassen. Während die Bilanz auf dem Gebiet der „aktiven Neutralitätspolitik“ vor allem in den 1960er und 1970er Jahren durchaus beeindruckend und die internationale Reputation der Neutralität generell und der Rolle Österreichs im Besonderen damit heben konnte, verfehlte das Land völlig, eine zweite Voraussetzung der Erhaltung von permanenter bewaffneter Neutralität zu gewährleisten, nämlich die Sicherstellung der Landesverteidigung.<sup>141</sup> Dies war zweifelsohne nicht nur auf die genannten externen Faktoren zurückzuführen, bestand doch im österreichischen politischen Diskurs bereits seit 1918 eine starke pazifistische Komponente. Dennoch erscheint die These plausibel, dass die Koexistenzpolitik in Kombination mit der Resignation gegenüber einer übermächtigen äußeren Bedrohung den Selbstverteidigungswillen schwächte.<sup>142</sup>

<sup>140</sup> Konrad Ginther, *Neutralität und Neutralitätspolitik. Die österreichische Neutralität zwischen Schweizer Muster und sowjetischer Koexistenzdoktrin*, Wien–New York 1975, S. 46–64.

<sup>141</sup> Vgl. Hanspeter Neuhold, *The Permanent Neutrality of Austria*, in: Karl E. Birnbaum/Hanspeter Neuhold (eds.), *Neutrality and Non-Alignment in Europe*, Wien 1981, S. 44–61.

<sup>142</sup> Vgl. Mario Ducic, *Das Erbe von Kriegs- und Nachkriegszeit*, in: Manfred Rauchensteiner/Wolfgang Etschmann (Hrsg.), *Schild ohne Schwert. Das österreichische Bundesheer 1955–1970*, Graz 1991, S. 89–128.

Das berühmte Diktum des österreichischen Armeekommandanten Emil Spannocchi, „ohne uns, weil's eh nichts nützt“,<sup>143</sup> scheint dieses Ohnmachtgefühl samt Absentierungswünschen wiederzugeben. Auch aus 1938 wurde nicht die Lehre gezogen, dass ein militärischer Einsatz gegen den „Anschluss“ eventuell größeres Unheil hätte vermeiden helfen können. Das österreichische Bundesheer war und blieb in den 1960er und 1970er Jahren mit etwa einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes chronisch unterfinanziert und mit einer Mobilisierungsstärke von knapp zwei Prozent der Bevölkerung personell rudimentär. Pro Kopf gab Österreich weniger als zwanzig Dollar für seine Verteidigung aus und lag damit deutlich hinter der Schweiz mit 68 und Schweden mit 128 Dollar.<sup>144</sup> Selbst die Staatsoper erhielt eine höhere Subvention.

Dass der Widerspruch zwischen dem im Neutralitätsgesetz verlautbarten Willen, die „Neutralität mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen“, und der Realität nicht zu stärkeren Dissonanzen führte, mag nicht zuletzt auf die beharrlich wiederholte These, Staatsvertrag und immerwährende Neutralität seien „die Gewähr für die Sicherheit Österreichs“,<sup>145</sup> es bedürfe somit keiner Verteidigung, zurückzuführen sein. Hinzu kamen die in der Öffentlichkeit weit verbreitete Sicht des Kalten Krieges als eines Konfliktes, „mit dem wir nichts zu tun haben“<sup>146</sup> und aus dem man sich still verabschieden könne, sowie ein geradezu irrationales Sicherheitsgefühl. Die „im öffentlichen Bewusstsein dominante Stimmung, dass Österreich trotz seiner extrem schlechten Rüstung und seiner fehlenden Bereitschaft, das Verteidigungsbudget auch nur ins europäische Mittelfeld zu heben, trotzdem gesichert war, hing zweifellos mit dem Gefühl

<sup>143</sup> Zit. nach: Heinrich Neisser (Hrsg.), *Wie sicher ist Österreich?*, Wien 1982, S. 301.

<sup>144</sup> Vgl. Andrew E. Harrod, *Felix Austria? Cold War Security Policy between NATO, Neutrality, and the Warsaw Pact, 1945–1989*, Ph. D. Thesis Fletcher School of Law, Medford 2007, S. 290–298.

<sup>145</sup> So Bundeskanzler Kreisky in seiner Regierungserklärung am 20.4.1970. Zit. nach: K. Ginther (Anm. 40), S. 113. Umfragen aus den 1970er Jahren bestätigen die Übernahme dieser These durch die Bevölkerung: Otto Schulmeister, *Die Einstellung der Österreicher zu Staatsvertrag und Neutralität*, in: 25 Jahre Staatsvertrag. Die Protokolle des Staats- und Festaktes, Wien 1981, S. 229–236.

<sup>146</sup> Manfred Rotter, *Unter Wahrung der Neutralität*, in: *Zukunft*, 1 (1990), S. 5–11.

zusammen, im Falle eines Angriffes aus dem Bereich des Warschauer Paktes durch die USA geschützt zu werden“.<sup>147</sup> Von der Bevölkerungsmehrheit wurde und wird diese Politik goutiert. Umfragen und die öffentliche Reaktion auf die allerbescheidensten Rüstungsankäufe zeigen, dass selbst Defensivwaffen mehrheitlich als gefährlich und/oder überflüssig angesehen werden.<sup>148</sup>

Erst mit Ende des Kalten Krieges brach eine breitere Debatte über die Neutralität auf, in der von kritischen Sicherheitsexperten argumentiert wurde, die Neutralität habe „ihre Funktion verloren“.<sup>149</sup> Allerdings ist diese Diskussion wieder eingeschlafen. Die Bevölkerungsmehrheit befindet sich dabei in der paradoxen Situation, gleichzeitig für die Neutralität, aber gegen eine effiziente Landesverteidigung einzutreten.<sup>150</sup> Die Tendenz, sich aus dem internationalen Umfeld ausklinken zu wollen, eine Art „Verschweigerung“ (O. Rathkolb), hat sich verstärkt. Laut einer Umfrage wollten im Jahr 2004 nur 14 Prozent der befragten Österreicherinnen und Österreicher einem anderen EU-Staat zu Hilfe kommen, sollte dieser angegriffen werden.<sup>151</sup> Über achtzig Prozent gaben an, sich emotional an die Neutralität gebunden zu fühlen, die dem Land hilft, sich weiterhin als „Sonderfall“<sup>152</sup> zu fühlen, und deren Bedeutung für die Entwicklung des – durchaus starken – österreichischen Nationalstolzes nach 1955 unbestritten ist.<sup>153</sup>

<sup>147</sup> Dieter A. Binder, *Trittbrettfahrer des Kalten Krieges*, in: Johann Starlinger (Hrsg.), *Armee, Zeitgeist und Gesellschaft 1955–2005*, Wien o.J. [2006], S. 57–65, hier: S. 63.

<sup>148</sup> Vgl. A. E. Harrod (Anm. 44), S. 290.

<sup>149</sup> Paul Luif, *Der Wandel der österreichischen Neutralität: Ist Österreich ein sicherheitspolitischer „Trittbrettfahrer“?*, Wien 1998, S. 6 f.

<sup>150</sup> Vgl. Erich Reiter, *Die Neutralität ist kein sicherheitspolitisches Konzept der Zukunft*, in: Herbert Krejci/ders./Heinrich Schneider (Hrsg.), *Neutralität: Mythos und Wirklichkeit*, Wien 1992, S. 11–36.

<sup>151</sup> Vgl. O. Rathkolb (Anm. 31), S. 42–46, S. 288 f., S. 423.

<sup>152</sup> Manfred Rauchensteiner, *Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955*, Graz 1979.

<sup>153</sup> Vgl. Ernst Bruckmüller, *Staatsvertrag und Österreichbewusstsein*, in: A. Suppan et al. (Anm. 14), S. 923–947. Die Zustimmung auf die Frage „Sind die Österreicher eine Nation?“ stieg von 49 Prozent in den 1950er Jahren auf 80 Prozent in den 1990er Jahren. Vgl. Peter A. Ulram, *Politische Kultur der Bevölkerung*, in: H. Dachs et al. (Anm. 20), S. 514–525.

Eli Nathans

# Peter von Zahn über Rassismus in den USA

Die Radio- und Fernsehberichte des bekannten westdeutschen Journalisten Peter von Zahn aus den USA der 1950er Jahre zeichneten ein positives, aber nicht ganz unkritisches Bild der amerikanischen Gesellschaft. Neugier und Humor, gepaart mit pädagogischen Impulsen und ironischer Distanz, waren kennzeichnend für seinen Stil. Von Zahn war damit recht erfolgreich. Eine

**Eli Nathans**

PhD., geb. 1957; Assistant Professor, Department of History, The University of Western Ontario, Social Science Centre, London, Ontario N6A 5C2, Kanada.  
enathans@uwo.ca

typische Radiosendung für den Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR) im Jahr 1952 oder 1953 an einem Dienstagabend um 21 Uhr hatte bis zu drei Millionen Zuhörerinnen und Zuhörer, vielleicht sogar mehr. Seine monatlichen Dokumentarfilme, die erstmals 1955 ausgestrahlt wurden, waren bis Ende des Jahrzehnts ebenso populär. 1964 kehrte von Zahn nach Deutschland zurück, wo er bis in die 1990er Jahre hinein als renommierter Kommentator, Regisseur von Dokumentarfilmen und geschätzter USA-Experte arbeitete. Peter von Zahn starb 2001.

Als Hauptkorrespondent eines Rundfunksenders, der die Hälfte der Bevölkerung Westdeutschlands erreichte, und dann als Produzent von Dokumentarfilmen, die in der gesamten Bundesrepublik im Fernsehen zu sehen waren, besaß von Zahn die Macht, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Es ist unmöglich, den Einfluss einer einzelnen Stimme unter vielen genau zu messen, selbst wenn die Popularität dokumentiert sein kann und der Einfluss anekdotisch belegbar ist.<sup>1</sup> Aber allein die Tatsache, dass politische Parteien, Experten in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung, in den 1950er Jahren hart um den Einfluss auf die Berichterstattung in Hörfunk und Fernsehen kämpften, ist

ein Beleg für die politische Macht der Medien und deutet darauf hin, dass eine mehrjährige Sendereihe, oft von ganzen Familien gehört oder angeschaut, mit großer Wahrscheinlichkeit nicht ohne Wirkung bleiben konnte.<sup>2</sup>

Von Zahns Darstellung der USA förderte die Liberalisierung, die in den späten 1950er und in den 1960er Jahren in Westdeutschland einsetzte. Liberalisierung bedeutete zum Teil größere Loyalität gegenüber den parlamentarischen Einrichtungen wie auch eine größere Bereitschaft, politische Kritik als normale und auch wünschenswerte Qualität des politischen Systems zu betrachten. Von Zahns Berichte deuteten immer wieder an, dass parlamentarische Institutionen fähig sein konnten, einen hohen Grad an Kompetenz zu beweisen und internationale Verpflichtungen einzuhalten, selbst wenn den Bürgerinnen und Bürgern dabei einiges abverlangt wurde.

Besonders von Mitte der 1950er Jahre an hat von Zahn die Politik der amerikanischen Regierung wiederholt kritisiert, wobei er dies in einer Art und Weise tat, die das parlamentarische System nicht in Frage stellte. Liberalisierung in der Bundesrepublik bedeutete auch eine Entwicklung in Richtung egalitärer Sozialformen und Beziehungen, zum Beispiel die Relativierung der väterlichen Autorität in der Familie, obwohl die Praxis in diesem Bereich noch lange sehr traditionell

*Ich bedanke mich bei Urs Obrist, Ned Humphrey und Stefan Kreuzberger für ihre Hilfe bei diesem Artikel.*

<sup>1</sup> Vgl. Peter Ludes/Heidemarie Schumacher/Peter Zimmermann (Hrsg.), Informations- und Dokumentarsendungen. Bd. 3: Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland, München 1994, S. 223 f.; Peter Ellenbruch, Amerikabericht mit Augenzwinkern – Peter von Zahn und die „Bilder aus der Neuen Welt“, in: Frank Becker (Hrsg.), Mythos USA. „Amerikanisierung“ in Deutschland seit 1900, Frankfurt/M. 2006, S. 171. Die Zahl seiner Zuhörer reduzierte sich nach 1955, als der NWDR in zwei Sender aufgeteilt wurde. Von Zahn arbeitete beim nördlichen Sender, dem Norddeutschen Rundfunk, weiter. Auch war die Sendezeit um eine Dreiviertelstunde verschoben, auf 22 Uhr, was eine kleinere Zuhörerschaft bedeutete.

<sup>2</sup> Vgl. Rüdiger Steinmetz, Freies Fernsehen. Das erste privat-kommerzielle Fernsehprogramm in Deutschland, Konstanz 1996, S. 47–62; Christina von Hodenberg, Konsens und Krise, Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973, Göttingen 2006, S. 210–220.

blieb.<sup>13</sup> Immerhin kam körperliche Züchtigung in den Schulen immer weniger vor, obwohl sie nicht ganz abgeschafft wurde.<sup>14</sup> Von Zahn berichtete oft positiv über liberale und egalitäre Beziehungen in amerikanischen Familien und Schulen.

Rassismus in den USA, die Diskriminierung von schwarzen Amerikanern und die nur zögerliche Bereitschaft der weißen Mehrheitsgesellschaft, daran etwas zu ändern, war ein schwieriges Thema für jemanden, der darauf bedacht war, die Versöhnung zwischen den USA und Deutschland zu fördern. Den meisten Deutschen waren die Spannung zwischen amerikanischen Prinzipien und der täglichen Praxis in diesem Bereich wohl bewusst, da die nationalsozialistische und nach 1945 die sowjetische Propaganda oft darauf hingewiesen hatten, und weil die Tatsachen offenkundig waren.<sup>15</sup> Viele Deutsche konnten nach 1945 selbst beobachten, wie verbreitet die Rassentrennung in Wohnungen und Kneipen bei den in Deutschland stationierten amerikanischen Soldaten war.<sup>16</sup> Und viele zeigten sogar Verständnis für den amerikanischen Rassismus, wenn auch nicht immer für die Formen, in denen er sich äußerte.<sup>17</sup>

<sup>13</sup> Vgl. Till van Rahden, Demokratie und väterliche Autorität. Das Karlsruher „Stichentscheid“-Urteil von 1959 in der politischen Kultur der frühen Bundesrepublik, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, 2 (2005), S. 160–179; Julia Paulus, Familienrollen und Geschlechterverhältnisse im Wandel, in: Matthias Frese/dies./Karl Teppe von Schöningh (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendzeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S. 107–119.

<sup>14</sup> Vgl. Torsten Gass-Bolm, Das Ende der Schulzucht, in: Ulrich Herbert (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen, 2002, S. 436–466, bes. S. 445 ff., S. 457.

<sup>15</sup> Vgl. Philipp Gassert, Amerika im Dritten Reich: Ideologie, Propaganda und Volksmeinung 1933–1945, Stuttgart 1997, S. 244 ff.; Mary Dudziak, Cold War Civil Rights: Race and the Image of American Democracy, Princeton, NJ 2000, S. 38; Christoph Hendrik Müller, Anti-Americanism and Anti-Western Sentiment in the Federal Republic of Germany during the „Long 1950s“ (1949–1966), D. Phil. Thesis, University of Oxford 2003, S. 118–121.

<sup>16</sup> Vgl. Maria Höhn, GIs and Fräuleins: The German-American Encounter in 1950s West Germany, Chapel Hill, NC 2002, S. 99 f.

<sup>17</sup> Vgl. Heide Fehrenbach, Race After Hitler: Black Occupation Children in Postwar Germany and America, Princeton, NJ 2005, S. 169–186.

In der ersten Hälfte der 1950er Jahre reagierte von Zahn auf die Herausforderungen dieses Themas zum Teil durch Verschweigen, zum Teil mit Erklärungen, zum Teil mit Verteidigung der amerikanischen Praktiken. Ab 1956/57, unter dem Einfluss der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, löste sich von Zahn von seiner früheren Bereitschaft, den amerikanischen Rassismus verständnisvoll zu erklären. Abschätziges Bemerkungen gegenüber schwarzen Amerikanern verschwanden aus seinen Berichten und wurden oft durch Achtung für die Zivilcourage der schwarzen amerikanischen Gemeinschaft ersetzt. Eine ähnliche Änderung, wenn nicht ganz so sichtbar, fand in von Zahns Berichten bezüglich der Bedeutung von ethnischen Unterschieden innerhalb des weißen Teils der amerikanischen Gesellschaft statt. Mit der Zeit zeigte sich von Zahn immer weniger bereit, den weißen Teil der USA als ethnische Hierarchie zu beschreiben, in der angelsächsische und deutsche Alteinwanderer an der Spitze standen.

## Erfahrungen und Grundüberzeugungen

Von Zahns Reaktionen auf die USA sind nicht zu verstehen ohne Kenntnis seiner Grundüberzeugungen und ihrer Ursachen, die hier nur bruchstückhaft skizziert werden können. Von Zahn wurde 1913 in einer sächsischen Beamtenfamilie geboren. Der Vater war Offizier. Peter war das jüngste von fünf Kindern, hatte eine Schwester und drei Brüder. Der älteste Bruder kam im Ersten Weltkrieg ums Leben, der Zweitälteste starb als Soldat im Zweiten Weltkrieg.<sup>18</sup>

Von Zahns persönliche Erfahrungen und die der deutschen Gesellschaft förderten ein pessimistisches Verständnis der Welt. Dass die Welt von Grausamkeit geprägt wurde, war eine Ansicht, die von Zahn als Wahrheit seiner Jugend beschrieb und die er nie aufgab.<sup>19</sup> „Wir (sind) alle unseren Neigungen und Anlagen nach Räuber, Diebe, Mörder und Erpresser“, erzählte er seinem Radiopu-

<sup>18</sup> Zu von Zahns Biographie siehe seine autobiographischen Darstellungen: Peter von Zahn, Stimme der ersten Stunde, Erinnerungen 1913–1951, Stuttgart 1991; ders., Reporter der Windrose, Erinnerungen 1951–1964, Stuttgart 1994.

<sup>19</sup> Vgl. ebd., Stimme, S. 29 ff.

blikum in den frühen 1950er Jahren.<sup>10</sup> Von Zahns pessimistisches Urteil über die Menschheit war ein Grund für die ironische Distanz, die ein Merkmal seiner Berichterstattung aus den USA war. Die Amerikaner waren, wie die gläubigen Kommunisten in der UdSSR, „Weltverbesserer“. Während von Zahn Fortschrittsglauben in seiner amerikanischen Gestalt als attraktiv betrachtete, blieb er skeptisch gegenüber der Wahrscheinlichkeit eines Erfolgs des Unternehmens.

Von Zahns Memoiren, die 1991 und 1994 veröffentlicht wurden, geben keine klare Antwort auf die Frage nach seiner Haltung zum Nationalsozialismus. In den 1930er Jahren studierte er zunächst Jura, dann Geschichte. Eine Magisterarbeit aus dem Jahre 2000, die gründlichste Arbeit über von Zahn, die bis jetzt geschrieben wurde, kommt zu dem Schluss, dass „in von Zahns Lebenslauf keine öffentliche Opposition zum Naziregime festzustellen (ist). Die Selbstaussagen lassen auf eine liberale, tendenziell ablehnende aber passive Haltung schließen, aus der heraus ein Weg geringen Widerstands gewählt wurde.“<sup>11</sup> Die Tatsache, dass von Zahn, folgt man seinen Memoiren, Anfang der 1930er Jahre die rechtsorientierte Zeitschrift „Tat“ las und viele der Ideen, die dort Ausdruck fanden, „nicht als abträglich“ betrachtete, impliziert, dass wenigstens zu diesem Zeitpunkt seine Ideen nicht als „liberal“ einzustufen wären.<sup>12</sup> Von Zahn war aber nie Mitglied der NSDAP, und diese Tatsache ist bedeutsam. Sonst wäre seine prominente Stelle beim britischen Rundfunk in Hamburg nach 1945 undenkbar gewesen. Vielleicht spielte die Tatsache, dass seine Schwester und sein Schwager Kommunisten waren und dass der Schwager nach dem Januar 1933 politisch verfolgt wurde, eine Rolle bei Peter von Zahns Entscheidung, die Parteimitgliedschaft abzulehnen.

<sup>10</sup> Peter von Zahn, *Fremde Freunde*. Bericht aus der Neuen Welt, Hamburg 1953, S. 283. Dieses Buch enthält eine Auswahl von Radioberichten, die zwischen 1951 und 1953 gesendet wurden.

<sup>11</sup> Anke Hüsig, *Peter von Zahn als Rundfunkjournalist 1945–1951*, unveröff. Magisterarbeit, Universität Hamburg 2000, S. 15.

<sup>12</sup> Vgl. P. v. Zahn (Anm. 8), *Stimme*, S. 87f. Zu „Die Tat“, eine Zeitschrift, deren „Ideologie der nationalsozialistischen Bewegung am nächsten stand“, vgl. Kurt Sontheimer, *Der Tatkreis*, in: Gotthard Jasper (Hrsg.), *Von Weimar zu Hitler 1930–1933*, Köln 1968, S. 218.

Während des Zweiten Weltkriegs diente von Zahn bei der Wehrmacht, ab 1943 als Offizier. Zu Beginn des Kriegs wurde er in einer beim Oberkommando des Heeres angesiedelten Nachrichtenabteilung eingesetzt. Von diesem Blickpunkt konnte er den Krieg von einer hohen Warte aus betrachten, da er Befehle und Anweisungen an verschiedene Fronten übermittelte. Im Mai 1942 wurde er zu einer Propagandakompanie an die Ostfront versetzt. Der moralische Tiefpunkt seines Kriegsdienstes war ein Abschnitt von ungefähr sechs Monaten, in den letzten Phasen der Schlacht um Stalingrad bis zum Sommer 1943, als er als Wehrmachtssoldat einer SS-Einheit als Propagandist zugeteilt worden war. Von Zahn war selbst nie Mitglied der SS. Im Kapitel der Memoiren, das er „Mit den Wölfen heulen“ betitelte, beschreibt er, wie diese Einheit Hunderte von tatsächlichen oder bloß verdächtigten Partisanen erschoss. Falls er die Einzelheiten der NS-Mordprogramme gegen Juden und andere Gruppen Ende 1942 noch nicht kannte – und es ist sicher, dass er Ende 1942 zumindest etwas darüber wusste, obwohl die Memoiren in diesem Bereich nicht ausführlich sind –, erfuhr er davon von den SS-Mitgliedern. Er sah zu, schrieb Propagandabroschüren und hielt Reden, bei denen ihm seine Russischkenntnisse dienlich waren.<sup>13</sup>

Von Zahn sprach nicht nur Russisch, sondern auch Englisch. Seit 1939 war er mit Christa Ayscough verheiratet, einer Frau mit englisch-schottischer Abstammung. Sie hatten sich während seiner Studienzeit an der Universität Freiburg im Breisgau kennengelernt. Christa blieb während des Kriegs in Deutschland. Ende 1943 fand sie Zuflucht bei der Familie Stauffenberg, mit der sie und ihr Mann befreundet waren. Nach dem fehlgeschlagenen Attentat vom 20. Juli 1944 wurde auch sie verhaftet. Dank eines verständnisvollen Vorgesetzten konnte von Zahn kurzfristig von der Ostfront nach Deutschland zurückkehren. Dort setzte er alles in Bewegung, um seine Frau den Fängen der Gestapo zu entreißen. Er hatte von dem geplanten Attentat ebenso wenig gewusst wie sie. Die Bemühungen waren erfolgreich: Nach gut zwei Monaten Gestapo-Haft erlangte Christa von Zahn wieder die Freiheit.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Vgl. P. v. Zahn (Anm. 8), *Stimme*, S. 182, S. 195.

<sup>14</sup> Vgl. ebd., S. 209, S. 218–229.

Der Einfluss der Erfahrungen in der NS-Zeit auf von Zahns politische Einstellungen nach 1945 ist schwer messbar. Nach 1945 wurde vieles verschwiegen. Es ist nicht klar, ob von Zahn vor der Publikation seiner Memoiren, als er bereits fast 80 Jahre alt war, jemals öffentlich über seinen Dienst bei der SS gesprochen oder geschrieben hat. Die Memoiren geben nicht alle Einzelheiten preis, obwohl sie in mancher Hinsicht als mutig angesehen werden müssen. Die Erfahrungen aus der NS- und Kriegszeit haben ihn ganz sicher in der Auffassung bestärkt, nach der die Menschheit per se als böse zu betrachten sei. Die Tatsache, dass er die mörderische Politik des NS-Staates in der UdSSR aus unmittelbarer Nähe hatte beobachten können und als Propagandist dazu selbst einen Beitrag geleistet hatte, war wahrscheinlich eine Ursache für seine Bereitschaft, politischen Irrtümern anderer fortan mit einer gewissen Toleranz zu begegnen. Über die politische Elite des NS-Staats, zum Beispiel Baldur von Schirach, den Führer der Hitlerjugend, hat er beißend scharfe Radiosendungen verfasst. Aber gegenüber den zahlreichen kleineren Nazis, auch denjenigen, die verantwortliche Positionen innehatten, zeigte von Zahn recht viel Geduld: Er hatte selbst Sünden auf dem Gewissen.

Ob seine antikommunistische Einstellung von der NS-Zeit beeinflusst wurde oder unabhängig von diesem Abschnitt zu verstehen ist, kann nicht beurteilt werden. Das gleiche gilt für von Zahns Verständnis für die rassistischen und ethnischen Vorurteile, mit denen er in den USA konfrontiert wurde. Aber es erscheint als sehr wahrscheinlich, dass seine Bereitschaft, nach 1956 den Rassismus amerikanischer Art entschieden abzulehnen, wenigstens zum Teil als Reaktion auf seine eigenen Erfahrungen zwischen 1933 und 1945 anzusehen ist.

Ab Juni 1945, nach einigen Wochen britischer Kriegsgefangenschaft, begann von Zahn für Radio Hamburg, den Rundfunksender der britischen Besatzungsmacht, journalistisch zu arbeiten. Bereits einen Monat später avancierte er zum Leiter der Abteilung „Wort“. In dieser Position war er dafür verantwortlich, nicht nur das Programm des Senders zu organisieren, sondern auch deutsche Mitarbeiter zu finden und Sendungen zu produzieren. Die Ehe mit Christa, wie auch

von Zahns Englischkenntnisse, ferner die Tatsache, dass er nie Mitglied der NSDAP gewesen war, und seine Ablehnung des NS-Regimes waren verantwortlich für die Bereitschaft der Briten, ihm eine so verantwortungsvolle Stelle anzuvertrauen.<sup>15</sup> Aus Radio Hamburg wurde schließlich der NWDR, der die Britische Zone mit Rundfunk versorgte – Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Von Zahn sprach zu seinen Zuhörern „zivil, persönlich, von Mensch zu Mensch, mit Herz“, wie die Programmzeitschrift „Hör Zu“ es Ende 1946 pointiert formulierte.<sup>16</sup>

Dass von Zahn mit seiner Familie aus dem Nachkriegsdeutschland in die USA übersiedelte, ist vor allem auf seinen Sinn für Unabhängigkeit zurückzuführen. 1950 kritisierte er Konrad Adenauers Haltung in der Debatte um die betriebliche Mitbestimmung. Er selbst war ein Befürworter gewerkschaftlicher Mitbestimmung und hatte dies in einigen Sendungen deutlich zum Ausdruck gebracht. Ausführlich beschrieb er die negativen Konsequenzen, falls Regierung und Arbeitgeber ein solches Projekt innerbetrieblicher Demokratisierung verweigern sollten. Bundesinnenminister Robert Lehr verlangte daraufhin von Zahns Entlassung. Der NWDR hielt an ihm fest, zog ihn allerdings aus der vordersten Linie ab.<sup>17</sup>

## Rassismus und ethnische Hierarchie in den USA

Als erster Korrespondent des NWDR in den USA, so glaubte von Zahn, würde er mehr Freiheit genießen und Westdeutschlands Hauptbündnispartner aus der Nähe beobachten und interpretieren können. Von Zahns früheste Berichte aus den USA zeigen ein nur periodisch auftretendes Bewusstsein, dass ungefähr zehn Prozent der Bevölkerung schwar-

<sup>15</sup> Vgl. Walter Eberstadt, *When We Came, Where We Went: From the Rhine to the Main to the Elbe, from the Thames to the Hudson*, New York 2002, S. 334; Florian Huber, *Re-education durch Rundfunk. Die Umerziehungspolitik der britischen Besatzungsmacht am Beispiel des NWDR 1945–1948*, Hamburg 2006, S. 75 f.

<sup>16</sup> *Hör Zu! Die Rundfunkzeitung*, Nr. 1 (Dezember 1946), S. 2.

<sup>17</sup> Vgl. R. Steinmetz (Anm. 2), S. 51–55.

zer Hautfarbe war. Gleichzeitig war bei ihm die Neigung ausgeprägt, die unterlegene Stellung dieser Gesellschaftsgruppe zu rechtfertigen. So wird man in seinen Sendungen aus der ersten Hälfte der 1950er Jahre vergeblich danach suchen, dass er schwarze Amerikaner interviewte. Sie wurden lediglich beobachtet. In Berichten von 1952 und 1953 beschrieb von Zahn beispielsweise eine Reise durch Florida und erwähnte, wie er schwarzen Frauen beim Orangenpflücken zugesehen hatte.<sup>18</sup> In einem im April 1952 verfassten Bericht gab von Zahn die Bemerkung eines weißen Stahlarbeiters während eines Streiks wieder: „Nur die Negerfamilien [unter den Streikenden, E.N.] (...) sind immer tief in der Kreide. Anmerkung: In den amerikanischen Stahlwerken arbeiten viele Farbige. Und nicht nur ich, auch die Neger sind bekannt dafür, dass sie das Geld nicht beieinander halten können.“<sup>19</sup> Die Tatsache, dass von Zahn diese herabsetzende Bemerkung in den Mund eines Amerikaners legte, schaffte Distanz, wie auch der Vergleich mit seinem eigenen Verhalten vielleicht Verlegenheit zeigte. Aber die Stimme eines schwarzen Stahlarbeiters fehlte ganz.

Die ausführlichste Besprechung des Systems der Rassentrennung in seinen frühen Berichten lieferte von Zahn mit einem im Februar 1953 gesendeten Bericht über eine Gewerkschaft in Baltimore: „Die Neger (besuchen) andere Restaurants als die Weißen, mit denen sie tagsüber Schulter an Schulter vor den Hochöfen arbeiten. Ihre Kinder gehen in andere Schulen, ihre Frauen kaufen in anderen Läden. Ihrem Umzug von einem Stadtviertel ins andere sind unsichtbare, aber sehr fühlbare Grenzen gesetzt.“<sup>20</sup> Im Kontext dieser Bemerkungen war es der Hauptzweck des Berichts, zu zeigen, dass dank der Gewerkschaft schwarze Arbeiter immer mehr Rechte bekämen. Sie erhielten den gleichen Lohn wie weiße Arbeiter und hatten auch das gleiche Recht auf Beförderung. „Das alles ist bestimmt, zu bleiben und sich nach der Seite der völligen Gleichberechtigung hin zu entwickeln. Keine Allianz Konservativer mit reaktionären Kräften vermöchte daran etwas zu ändern“, erklärte von Zahn.<sup>21</sup>

<sup>18</sup> Vgl. P. v. Zahn (Anm. 10), S. 90.

<sup>19</sup> Ebd., S. 263.

<sup>20</sup> Ebd., S. 266.

<sup>21</sup> Ebd., S. 267.

Berichte aus den Jahren 1954 und 1955 enthielten weitere Einzelheiten und waren kritischer, wenn auch noch hauptsächlich defensiv im Ton. Die meisten dieser Berichte wurden nach der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs vom Mai 1954, die das Ende der Rassentrennung in den Schulen ankündigte, verfasst. Von Zahn hatte in seinen Berichten von 1952 und 1953 erwähnt, dass Schulen in Virginia nach Rassen getrennt waren, aber nun erfuhren seine Zuhörer, dass jeden Morgen zwei Busse in seine Nachbarschaft fuhren, um weiße und schwarze Kinder an ihre getrennten Schulen zu bringen.<sup>22</sup> Wähler mussten eine Kopfsteuer bezahlen, „ein (...) nicht mehr ganz zureichender Nachfahr des Versuchs, die Neger vom Wählen auszuschließen“.<sup>23</sup> In einem Kaufhaus in der Nähe seines Büros in Washington, D.C. „stößt doch immer noch eine Negerin, sollte sich eine hinein verirren, auf eine unsichtbare Wand. In aller Höflichkeit hat die Verkäuferin jeweils die Größe, die Farbe, das Modell gerade nicht (...).“<sup>24</sup> Von Zahn erklärte aber auch: „Wenn die Schwarzen in einem Block Fuß gefasst hatten, war es die Regel, daß die weißen Familien auszogen. Niedriger Bildungsgrad, weniger entwickelte Grundsätze der Hygiene, geringere Trennschärfe zwischen Mein und Dein – all diese Mitbringsel von dem halben Sklavendasein der Plantagen ließen es für die Weißen wünschenswert erscheinen, wegzuziehen (...).“<sup>25</sup>

Von Zahn war offenbar noch bereit, die ethnische Diskriminierung historisch zu rechtfertigen. Er zitierte großzügig die Bemerkungen des weißen Präsidenten eines Colleges in Louisiana, der erklärte, dass es die falsche Politik des Nordens nach dem Bürgerkrieg gewesen sei, welche die Rassentrennung verursacht habe: „Es hat unser Verhältnis zu unseren schwarzen Brüdern vergiftet, wir arbeiten immer noch daran, dieses Verhältnis zu normalisieren.“ Von Zahn fügte seine eigene Meinung hinzu, nach der „der Versuch der politischen Umerziehung, den die Militärregierung des siegreichen Nordens unternahm, eine Reaktion gerade herausforderte“. Nach dem Ersten Weltkrieg, als

<sup>22</sup> Vgl. ebd., S. 64; Peter von Zahn, *An den Grenzen der Neuen Welt*, Hamburg 1955, S. 14, S. 210.

<sup>23</sup> Ebd., S. 17.

<sup>24</sup> Ebd., S. 216.

<sup>25</sup> Ebd., S. 205 f.

schwarze Amerikaner allmählich aufhörten, ein reines Agrarvolk zu sein, „war allerdings der Zeitpunkt gekommen, wo die Bedingungen für weiße Kinder und schwarze auseinanderklafften.“ Von Zahn predigte Geduld.<sup>126</sup>

Von Zahns Berichterstattung über die Stellung von schwarzen Amerikanern in der amerikanischen Gesellschaft während der ersten Hälfte der 1950er Jahre war Teil seines Verständnisses auch des weißen Teils der amerikanischen Gesellschaft als ethnische Hierarchie. Es waren die angelsächsischen und deutschen „Alteinwanderer“ die über lange demokratische Erfahrung verfügten und den Grundpfeiler der amerikanischen Demokratie bildeten. Die positiven Eigenschaften der Einwohner von Kansas beispielsweise und deren hohes kulturelles Niveau spiegelten seiner Auffassung nach die guten deutschen Eigenschaften und Wurzeln wider.<sup>127</sup> Über den Südwesten berichtete von Zahn, dass „die herrschende Schicht (die stolz ist auf ihre angelsächsische Abkunft und ihre protestantischen Bekenntnisse) über eine lange Tradition demokratischer Selbstverwaltung verfügt, die einsickernde Unterschicht aber aus ebenso langer Tradition keine bürgerliche Initiative kennt“.<sup>128</sup> Von Zahn fand eine ähnliche Lage in den Großstädten des Nordens vor, wo „Hunderttausende von armen Emigranten“ ihre Wählerstimmen als Gegenleistung für Arbeit und „betäubende Vergnügen“ hergaben. Erst der Einwanderungsstopp der 1920er Jahre hat „das Ende dieser Parteimaschinen und der großen Bosse“ eingeleitet.<sup>129</sup> Von Zahns ethnische Hierarchie war nicht seine eigene Erfindung. Varianten waren in den USA wie auch in Deutschland weit verbreitet, gleichwohl mit verschiedenen Akzenten. Dass von Zahn die demokratische Erfahrung der Alteinwanderer und nicht allein ihre moralischen Qualitäten betonte, spiegelte mehr die amerikanische als die deutsche Auffassung dieser Hierarchie wider.<sup>130</sup>

<sup>126</sup> Ebd., S. 95, S. 211 f.

<sup>127</sup> Vgl. P. v. Zahn (Anm. 10), S. 154. Diese Sendung ist auch zu finden in: StA HH (Staatsarchiv Hamburg) 621–1/144. NDR. 1193, Sendung Nr. 60 (31. 3. 1953).

<sup>128</sup> P. v. Zahn (Anm. 22), S. 119.

<sup>129</sup> Ders. (Anm. 10), S. 160 f.

<sup>130</sup> Vgl. P. Gassert (Anm. 5), S. 238–241; Matthew Jacobson, *Whiteness of a Different Color: European Immigrants and the Alchemy of Race*, Cambridge, MA 1998, S. 38–90; Gary Gerstle, *American Crucible:*

Die Bürgerrechtsbewegung der zweiten Hälfte der 1950er Jahre stellte von Zahns stereotypisierte ethnische und rassistische Hierarchie auf den Kopf. Schwarze, denen er zuvor einen Mangel an demokratischer Erfahrung attestiert hatte, zeichneten sich durch wichtige demokratische Eigenschaften wie Mäßigung und Zivilcourage aus. Die Befürworter von Rassentrennung und Diskriminierung, die obendrein Gewalt übten oder duldeten und gleichzeitig die Entscheidungen der Gerichte missachteten, waren hauptsächlich, so von Zahn, die lang etablierten angelsächsischen Gemeinschaften des amerikanischen Südens. Auch machte er keinen Hehl daraus, dass dies von den örtlichen „Honora-toren“ des Südens mehr als geduldet wurde.<sup>131</sup> Trotz seiner Abneigung gegen „Weltverbesserer“ kam von Zahn zu dem Schluss, dass die Rassendiskriminierung aufhören müsse – und das nicht erst in ferner Zukunft.

Von März 1956 an nannte von Zahn die Gewalt, die gegen Bürgerrechtler geübt wurde, wiederholt beim Namen. Als eine schwarze Studentin den Versuch unternahm, an der Universität von Alabama zu studieren, sei sie „von aufgehetzten weißen Studenten um ein Haar erschlagen und von der Universität suspendiert (worden). (. . .) Kein Rädelsführer des Mobs wurde zur Rechenschaft gezogen.“ Als schwarze Amerikaner einen Boykott des getrennten Verkehrssystems in Montgomery, Alabama, organisierten, wurden „über hundert prominente Neger (. . .) angeklagt, darunter zwei Dutzend Geistliche“. Und „die Mörder eines Negerjungen in Mississippi (gehen) ungestraft und unverfolgt ihren Geschäften nach“.<sup>132</sup> Von Zahn pries mehrmals den gewaltfreien Charakter der Bürgerrechtsbewegung. Im Gegensatz dazu wurden die Befürworter der Rassentrennung nun als Geistes-kinder des Faschismus beschrieben: „Sie schreiben in dem beschränkten, krausen, widerwärtig-pseudowissenschaftlichen Stil, den wir aus der Zeit des Dritten Reichs noch in übler Erinnerung haben.“<sup>133</sup>

*Race and Nation in the Twentieth Century*, Princeton, NJ 2001, S. 83–95.

<sup>131</sup> StA HH 621/144. NDR. 1194, Sendungen Nr. 195 (6. 3. 1956), 197 (20. 3. 1956) und 272 (24. 9. 1957).

<sup>132</sup> Ebd., Sendung Nr. 195 (6. 3. 1956).

<sup>133</sup> Ebd., Sendung Nr. 197 (20. 3. 1956).

1958 kritisierte von Zahn die amerikanische Regierung unter Präsident Dwight D. Eisenhower scharf, weil sie nicht bereit war, die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, die das Ende der Rassentrennung verfügt hatte, zu akzeptieren, und weil sie schwarze Amerikaner nicht gegen die Gewalt von Weißen im Süden der USA verteidigte. „Eisenhower zeigte bereits während der Verfassungskrise von Little Rock [1957, E.N.], als der Gouverneur des Einzelstaates Arkansas laut und vernehmlich die Anordnungen des Bundes [die Entscheidung des Obersten Gerichts zum Ende der Rassentrennung in den Schulen] missachtete, bereits damals zeigte er mit seinem standhaften Ausharren auf dem Golfplatz eines Millionärskurorts, dass er dem Geschick der farbigen Minderheit wenig Beachtung schenkt (. . .). Weder Eisenhower noch Nixon zeigten sich, außer auf Golfplätzen und zur Jagd, im Süden zu offiziellen Besuchen; weder die Bombenexplosionen vor den Häusern von Negerführern in Alabama noch die nächtlichen flammenden Kreuze in Südcarolina, weder die Verwaltungsschikanen noch die Anrempelungen und polizeilich geduldeten Mordversuche an Negern in Georgia scheinen jemals einen besonderen Eindruck auf den Präsidenten gemacht zu haben (. . .).“<sup>34</sup>

Welche Entwicklung von Zahns Ansichten über die ethnischen Hierarchien innerhalb der weißen Gemeinschaft nahmen, ist schwerer nachzuzeichnen. Spätestens 1955 hörte er größtenteils auf, sich über Einwanderer aus Ost- und Südeuropa oder Lateinamerika herabsetzend zu äußern. Die Dokumentarfilme, die er für das Fernsehen gedreht hat, enthalten ab 1957 ausführliche Gespräche mit Mitgliedern verschiedener ethnischer Gruppen, was simplifizierende und abschätzigere Urteile erschwerte.<sup>35</sup> Ende 1959 bezeichnete er in einer Reihe von Radioberichten über Hawaii die ethnische und kulturelle Vielfalt der Inseln als – ein freilich nur selten erreichbares – demokratisches Ideal.<sup>36</sup>

Der Wandel in Peter von Zahns Berichterstattung über den amerikanischen Rassismus war hauptsächlich das Ergebnis moralischer Entrüstung, genährt von der Gewalt und den beobachteten Schikanen gegen schwarze Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler. Es gab sicherlich auch andere Ursachen, vom Einfluss der liberalen Meinung in den USA auf von Zahn bis hin zu seiner nachlassenden Angst vor einem möglichen Dritten Weltkrieg, die während des Kalten Krieges Anfang der 1950er Jahre noch sehr lebendig gewesen war und eine politische Kultur erschaffen hatte, die scharfe Kritik an den USA zunächst erschwerte hatte.

Die schädigenden Auswirkungen des amerikanischen Rassismus für das internationale Ansehen der USA, insbesondere in außereuropäischen Ländern, aber auch in Ländern des Ostblocks, waren Peter von Zahn sehr bewusst.<sup>37</sup> Aber die Sprache seiner Berichte impliziert, dass seine Reaktion im Kern moralische Ursachen hatte und nicht realpolitisch bestimmt war. In diesem Fall war von Zahns demokratische Sendung nicht ein Produkt des amerikanischen Beispiels, sondern im Gegenteil eine Ablehnung amerikanischer Praktiken.

<sup>34</sup> Ebd., Sendung Nr. 303 (1. 7. 1958).

<sup>35</sup> Siehe z. B. „Metaphysik“, in: Bundesarchiv Filmarchiv, N 1524, Nr. K269200, Nr. K269201. Hier wurde über die religiösen Praktiken der Amerikaner berichtet.

<sup>36</sup> StA HH 621/144. NDR. 1194, Sendungen Nr. 376 (1. 12. 1959) und 377 (8. 12. 1959).

<sup>37</sup> Vgl. ebd., Sendungen Nr. 299 (27. 5. 1958) und 302 (24. 6. 1958).

Stefan Creuzberger

# Das BMG in der frühen Bonner Republik

**K**eine politische Institution in der Bundesrepublik spiegelt in den Jahren der staatlichen Teilung das facettenreiche, von menschlicher Tragik, von Irrationalität und Widersprüchlichkeiten geprägte innerdeutsche Verhältnis so wider wie das im September 1949 gegründete Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG).<sup>1</sup> An seiner Geschichte lässt sich exemplarisch die wech-

**Stefan Creuzberger**

Dr. phil., geb. 1961; Privatdozent für Neuere Geschichte und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam. creuzber@uni-potsdam.de

selvolle Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen aufzeigen. Das gilt für die zahlreichen, auf Destabilisierung der DDR zielenden „Undercover-Aktivitäten“ des BMG wie vor allem für dessen nach innen gerichteten antikommunistischen Abwehrkampf. All diese Maßnahmen verstanden sich als Beitrag zur Überwindung der deutschen Teilung und fügten sich damit weitgehend in die während der 1950er Jahre praktizierte amerikanische „Befreiungspolitik“ ein.

Nicht zuletzt deshalb steht das gesamtdeutsche Ministerium stellvertretend für die Geschichte des Antikommunismus im Nachkriegsdeutschland. Seine Mitarbeiter, die in erster Linie persönliche Betroffenheit, ähnliche Biographien und Schicksale miteinander verbanden – sei es als Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten oder als politisch verfolgte und Dissidenten aus der SBZ/DDR –, hatten sich aus tiefer innerer Überzeugung dem Kampf für die staatliche Einheit verschrieben. Freilich wurde ihr politischer Auftrag in dem 1949 niedergelegten Gründungsdokument weitaus zurückhaltender – als Angehörige einer Art deutschlandpolitischer Informationseinrichtung – beschrieben. Das BMG sollte gesamtdeutsche Klammer und moralisches Gewissen in einem sein. Offiziell

oblagen ihm die „Aufklärung Westdeutschlands über die Verhältnisse Ostdeutschlands“, die „Pflege und Förderung einer Volksgesinnung (...) zur Einheit der Nation in Freiheit“, die „Vorbereitung für die Angleichung der ostdeutschen Verfassungs- und Rechtsverhältnisse an den Westen“ sowie die „Bereitstellung einwandfreien Tatsachenmaterials über die ostdeutschen Wirtschafts- und Sozialverhältnisse“.<sup>2</sup>

Gleichwohl stellte sich heraus, dass das Ministerium mit seinen Mitarbeitern nicht zu der erhofften Entscheidungs- und Nahtstelle werden sollte, die fortan für die zentralen politischen Fragen der Wiedervereinigung verantwortlich zeichnete. Denn in der frühen Bonner Republik war es Bundeskanzler Konrad Adenauer, der das wichtige Terrain der Außen- und Deutschlandpolitik als seine Domäne beanspruchte. Dem BMG wies er lediglich flankierende Aufgaben zu. Diese bestanden beispielsweise darin, nach außen zu demonstrieren, dass der Gedanke der staatlichen Einheit – ungeachtet der vom Kanzler entschlossen auf Westintegration der Bundesrepublik ausgerichteten Grundorientierung – keinesfalls abgeschrieben war.

Innerhalb dieser – quasi vom Kanzleramt begrenzten – Vorgaben suchten die Bediensteten des Ministeriums nach Kompensation für ihre enttäuschten Hoffnungen. Da in ihren Reihen Konsens darüber bestand, den Kommunismus als Urheber für die Teilung der Nation zu betrachten, war ein alternatives Exerzierfeld schnell gefunden. Man verlegte sich auf eine möglichst wirkungsvolle, operative antikommunistische Auseinandersetzung. Unter dieser Prämisse galt es, dem politisch-ideologischen Gegner nicht nur im Osten empfindliche Schläge zu versetzen. Weitaus gefahrloser und mitunter wesentlich effektiver erschien ihnen die antikommunisti-

<sup>1</sup> Dieser Beitrag beruht auf meiner Monographie: *Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969*, Düsseldorf 2008. Für ausführliche Fußnotenbelege sei auf diese Publikation verwiesen. In diesem Aufsatz werden lediglich wörtliche Quellenzitate belegt.

<sup>2</sup> *Dokumente zur Deutschlandpolitik*. II. Reihe. Bd. 2: *Die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik*. 7. September bis 31. Dezember 1949. 2. Unveröffentlichte Dokumente, München 1996, S. 453.

sche Frontstellung in der Bundesrepublik. Der durch sie seit den frühen 1950er Jahren in die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft hineingetragene staatliche Antikommunismus, der mitunter das Ausmaß eines „Kalten Bürgerkriegs“ annahm, richtete sich gegen politische Gruppierungen wie die KPD und deren Tarnorganisationen. Fortan wurde mit besonderer Priorität der Kampf gegen diesen inneren Feind geführt. Dessen zahllosen Versuchen, die westdeutsche Gesellschaft politisch zu unterwandern und die junge Republik politisch zu destabilisieren, wollte man sich energisch widersetzen.

Zugleich bemühte sich das Ministerium, mit publizistisch aufwändigen und öffentlichkeitswirksamen Kampagnen das staatspolitische Bewusstsein der Bundesbürger auf den deutschlandpolitischen Regierungskurs auszurichten. Durch die Vermittlung von Leitideen und Überzeugungen produzierte das BMG damit nicht nur politische Kultur, es prägte auch deren Wandel. All das erfolgte – wie nachfolgend anhand einiger Beispiele der politisch-operativen West-Arbeit des Ministeriums verdeutlicht werden soll – vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts und unter dem Eindruck, einer massiven kommunistischen Bedrohung ausgesetzt zu sein. Dabei standen freilich die perzipierte und die tatsächliche Gefährdung in keiner Relation zueinander.

## Im Angesicht der östlichen Bedrohung

Das in den Gründerjahren der Bundesrepublik weit verbreitete Gefühl, dem Zugriff Moskaus und seiner kommunistischen Helfershelfer schutzlos ausgesetzt zu sein, entsprang nicht allein der sich für jedermann sichtbar verschlechternden internationalen Lage seit dem Beginn des Koreakrieges. Der politische Alltag in Deutschland lieferte Argumente genug, die expansiven Absichten des Ostens nicht leichtfertig anzuzweifeln. Die Machthaber in der SBZ/DDR waren dazu übergegangen, ihr Regime zu stabilisieren. Sie eliminierten die Reste der bürgerlichen Parteien und stellten die Weichen für den „Aufbau des Sozialismus“. Im Deutschen Bundestag saß dagegen mit der KPD ein enger Verbündeter und ein willfähiges Sprachrohr Ost-Berlins, das auf unvergleichbare Weise das Parlament als politische Arena und Agitationsforum zu nutzen wusste.

Doch damit nicht genug. Die Anzeichen mehrten sich, dass es die SED nicht bei einem rhetorischen Schlagabtausch belassen wollte. Überzeugt von dem Anspruch, die stalinistische DDR zum Modell für das wiederzuerneuernde Deutschland zu machen, bedurfte es einer ganzen Palette praktisch-politischer und propagandistischer Maßnahmen. Eine hierfür konzipierte Westarbeit zielte darauf ab, den „Sturz des Adenauer-Regimes“ herbeizuführen. Sie stützte sich nicht allein auf die westdeutschen Kommunisten. Die SED bediente sich in diesem Zusammenhang ebenso der Unterstützung vermeintlich überparteilicher Organisationen wie der „Nationalen Front des demokratischen Deutschlands“. In dieser durch die SED gesteuerten Einrichtung waren ost- und westdeutsche Repräsentanten tätig, die sich unablässig in einer wahren Propagandaschlacht mit millionenfach aufgelegten Broschüren, Traktaten, Flugblättern, Zeitungen und Zeitschriften, über spezielle Korrespondenzkreise, Aufsehen erregende Pressekonferenzen, Diskussionsbeiträge und Auftritte in der Bundesrepublik darum bemühten, die dortige öffentliche Meinung zugunsten der deutschlandpolitischen Vorstellungen von DDR und Sowjetunion zu manipulieren. Es sollte nicht bei solchen Werbeversuchen bleiben. Die östlichen Aktivitäten hoben zugleich darauf ab, die SPD-Basis zu gewinnen, sie in einer Aktionseinheit mit der KPD gegen die antikommunistische Parteiführung eines Kurt Schumacher oder Herbert Wehner zu mobilisieren.

Selbst bürgerlich-konservative, mitunter sogar rechtsnationalistische Kreise in der Bundesrepublik gehörten zum Kreis der Adressaten. Dabei bediente man sich der Requisitenkiste kommunistischer Bündnispolitik. Konzepte aus den 1920er Jahren der Weimarer Republik oder der sowjetischen Deutschlandpolitik der frühen 1940er Jahre tauchten wieder auf, als Stalin zeitweise die bürgerlich-nationale Karte im Kampf gegen Hitler auszuspielen versucht hatte. All das war dem Ziel verpflichtet, das parlamentarisch-demokratische System der Bundesrepublik zu erschüttern und auf diese Weise, losgelöst von der großen Deutschlandpolitik, der Wiedervereinigung unter östlichen Vorzeichen mit Mitteln der Konspiration zu ihrem Durchbruch zu verhelfen.

Als bekannt wurde, welche immensen Geldsummen Ost-Berlin dafür zur Verfügung stellte, waren die Bonner Parteien und Regierungskreise beunruhigt. So lagen Anfang der 1950er Jahre dem BMG interne Informationen darüber vor, dass die SED für die politische Arbeit der KPD jährlich zwischen 20 und 25 Millionen DM illegal in den Westen transferierte. Angesichts solch besorgniserregender Entwicklungen zögerte die Bundesregierung nicht, die östliche Infiltration durch eine Reihe von Gesetzesinitiativen möglichst wirkungsvoll einzudämmen.

## „Säuberung“ des öffentlichen Dienstes und Staatsschutzgesetze

Zusammen mit dem Bundesinnenministerium (BMI) war das BMG die treibende Kraft für einen am 19. September 1950 herbeigeführten Kabinettsbeschluss, der die Entlassung von Angehörigen der KPD und ihrer nachgeordneten Tarnorganisationen aus dem öffentlichen Dienst anstrebte. Das BMG vertrat dabei eine ausgesprochen harte Linie. Es engagierte sich während der interministeriellen Abstimmungsprozesse erfolgreich dafür, möglichst umfassende und scharfe Maßnahmen einzuleiten. Wo manche Ressorts aus Sicht des Ministeriums noch nicht ausreichend für die Gefahren der kommunistischen Unterwanderung sensibilisiert waren, leisteten seine Mitarbeiter Überzeugungsarbeit. Sie setzten sich schließlich mit ihrer Forderung durch, von allen Angehörigen des öffentlichen Dienstes eine Erklärung abzuverlangen, in der versichert wurde, zu keinem Zeitpunkt nach dem 8. Mai 1945 der KPD oder einer dieser Partei nahestehenden Organisationen angehört zu haben. Als im Bundespostministerium Bedenken aufkamen, die sich gegen ein Entlassungsverfahren von vermeintlichen Kommunisten richtete, ohne zuvor eine umfassende Vorermittlung durchgeführt zu haben, boten die antikommunistischen Experten des BMG entschlossen Paroli. Ihr Appell an die Zivilcourage und den Ethos der Beamten, als „Dienstvorgesetzte im Bund die ersten Kämpfer für die Demokratie“ zu sein, schuf am Ende Konsens darüber, die vom Postressort artikulierten Zweifel nicht länger gelten zu lassen.<sup>13</sup>

<sup>13</sup> I 2, Bonn, 25. 10. 1950, Vermerk, S. 2–5, in: Bundesarchiv, Abteilung Koblenz (künftig abgekürzt: BAK), Akte B 137 (Bestand „Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“), Akte 1549.

Kaum war der Beschluss über die „Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung“ publiziert, entbrannte eine öffentliche Debatte darüber. Die rechtliche Tragweite der Verordnung war nicht unumstritten, wie manche Rechtsgutachten überaus deutlich machten. Doch vor den Arbeitsgerichten setzte sich zumeist die Auffassung durch, dass schon der Verdacht einer kommunistischen Betätigung als Grund für eine Entlassung gelten könne.

Ermutigt durch solche Erfolge, warfen sich die Vertreter des gesamtdeutschen Ministeriums mit Verve in die Debatte, als innerhalb des Regierungsapparats 1950/51 Überlegungen zur Formulierung so genannter Staatsschutzgesetze angestellt wurden. Ihr Interesse bestand in erster Linie darin, eine rechtlich wirkungsvolle Handhabe gegen die Flut von kommunistischem Agitationsmaterial zu erhalten. Als sie in dieser Angelegenheit im Dezember 1950 die Federführung übertragen bekamen, warteten sie sogleich mit einem unorthodoxen Vorschlag auf. So war es angesichts der nur wenige Jahre zurückliegenden Erfahrung mit dem NS-Regime überaus befremdlich, wenn die BMG-Unterhändler in ihren Gedankenspielen zeitweilig sogar so weit gingen, Postzensur oder gar ein Druckverbot von kommunistischen Propagandaschriften in der Bundesrepublik verhängen zu wollen. Gleichwohl verwarfen sie diese Position, kaum dass sie ausgesprochen war. Dabei schien sie weniger der antidemokratische Charakter als vielmehr die ungünstige psychologische Wirkung und die Gefahr davon abzuhalten, die DDR könnte aus solchen Maßnahmen propagandistisch Kapital schlagen.

Als am 30. August 1951 nicht zuletzt unter dem Einfluss des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts der strafrechtliche Staatsschutz die letzte parlamentarische Hürde genommen hatte, zeigte sich das gesamtdeutsche Ministerium überaus zufrieden. Denn unter den darin festgeschriebenen Paragrafen 88 bis 98, welche die „gewaltlosen Methoden des Kalten Krieges“ definierten und dafür das „mögliche Strafmaß speziell“ festlegten, befand sich ein Abschnitt, der – entsprechend vorangegangener BMG-Anregungen – künftig auch „verfassungsverräterische Publikationen“ ahndete.<sup>14</sup> Vorerst konnte man damit

<sup>14</sup> Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968, Frankfurt/M. 1978, S. 392 f.

gegen die Einfuhr östlicher Propagandaschriften vorgehen. Gut zwei Jahre später, nicht zuletzt nach eindringlicher Intervention von BMG, BMI und Bundespostministerium, die sich nach wie vor mit den – nun vermehrt mit SED-Geldern im Bundesgebiet gedruckten – Massen kommunistischer Kampfschriften herumschlagen hatten, brachte die 3. Novellierung der Staatsschutzgesetze aus Sicht der antikommunistischen Abwehrspezialisten endlich den entscheidenden substantiellen Durchbruch: Von nun an konnten sie auch rechtlich dagegen vorgehen.

## Mittel des Gegners anwenden

Im Kampf gegen den inneren kommunistischen Feind gab es zwar von Anfang an zwischen dem BMG, dem BMI und dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln eine klare Kompetenzabgrenzung. Doch in den ersten Jahren der Bonner Republik, vor allem zu jenem Zeitpunkt, als sich das BfV noch im Aufbau befand, nahm man es damit nicht immer so genau. Hier galt als oberstes Gebot der antikommunistische Konsens; dieser bestimmte die Wahl der Mittel und Methoden. Er rechtfertigte vieles, was der erfolgreichen Eindämmung der „kommunistischen Wühlarbeit“ im Bundesgebiet diene. Vor allem das BMG legte mitunter einen antikommunistischen Übereifer an den Tag, der unter der Vorgabe der freiheitlich-demokratischen Grundordnung überaus zweifelhaft war.

Die einzig am Erfolg ihrer Arbeit interessierten Akteure irritierte dies zumeist wenig. Es verwundert nicht, dass sie mit politisch Andersdenkenden, zu denen nicht nur Kommunisten, sondern auch Pazifisten oder so genannte Neutralisten zählten, keineswegs zimperlich umgingen. Überaus deutlich brachte dies Ewert von Dellingshausen, einer der im BMG für „Psychologische Kriegführung“ – so die in der internen Amtssprache übliche Bezeichnung für die politisch-operative Abwehrarbeit – federführend verantwortlichen Ministerialen auf den Punkt. Im Februar 1958 votierte er freimütig dafür, im Kampf gegen den Kommunismus die „Mittel, die der Gegner anwendet, für uns selbst nutzbar zu machen“.<sup>15</sup> Dass dies keineswegs graue Theorie

war, hatten bereits drei Jahre zuvor Vertreter des Bundesinnenministeriums moniert. Nichts anderes war es nämlich, wenn sie sich in einer interministeriellen Besprechung hinsichtlich der Praktiken ihrer Kollegen aus dem gesamtdeutschen Ressort zu der Bemerkung hinreißen ließen, die „Demokratie dürfe nicht bei der Abwehr des Kommunismus in Methoden verfallen, die in ihrer geistigen Uniformität der Kampffart der totalitären Weltanschauung entsprächen“.<sup>16</sup>

Anfang der 1950er Jahre hatte das BMG damit begonnen, für seine nach innen gerichtete antikommunistische Abwehrarbeit erste administrative Vorkehrungen zu treffen. Das Ganze lief auf eine Geheimkartei hinaus. Der generelle Charakter der Datenbank, ihre Inhalte, die Art, wie die entsprechenden Informationen beschafft und schließlich verwendet wurden, waren nicht unproblematisch. All dies war geradezu beispielhaft für die damals vorherrschende politische Mentalität des Kalten Krieges. Mit jenen Maßnahmen driftete das Ministerium in Arbeitsbereiche ab, die eigentlich den Nachrichtendiensten, allen voran dem BfV, oblagen.

Unter der Bezeichnung „Apparat Booch“, so benannt nach der gleichnamigen betreuenden Hilfssachbearbeiterin, wurden ab dem 1. April 1951 zwei vertrauliche Karteien aufgebaut. Sie erfassten sowohl Organisationen als auch Personen, die im Zusammenhang mit einer kommunistischen Betätigung aufgefallen waren, sich irgendwann öffentlich positiv über die DDR geäußert hatten, mit links stehenden oder neutralistischen Kreisen in Verbindung standen oder mit diesen sympathisierten. Diese ausgesprochen dubiose Angelegenheit war von vornherein als vertraulich konzipiert und damit der öffentlichen Kontrolle entzogen. Wer oder welche Institution mit welcher Charakteristik in jener ominösen Kartei landete, blieb allein der Willkür des BMG vorbehalten. Es wurde, so die offizielle Sprachregelung, von der jeweiligen „politische(n) Situation bestimmt“ – was immer das bedeuten mochte. In Zweifelsfällen verfuhr

kommunistische Infiltration – Fragen ihrer Bekämpfung, S. 4, in: BAK, B 137, Akte 1232.

<sup>16</sup> Vertraulich! Abschrift des Protokolls einer Besprechung zur Frage der Intensivierung des geistigen Impulses gegen den Kommunismus im Bundesministerium des Innern am 20. 10. 1955, S. 4, in: BAK, B 137, Akte 16428.

<sup>15</sup> Tagung der Länderreferenten für gesamtdeutsche Fragen im Bundeshaus Berlin am 12. 2. 1958, Ref.: MR Dr. Freiherr von Dellingshausen, Bonn, Thema: Die

man nicht nach dem alten Rechtsgrundsatz *in dubio pro reo*, sondern plädierte – frei nach der Lenin’schen Devise: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser – vielmehr dafür, sich „für eine Erfassung zu entscheiden“.<sup>17</sup>

Mit dem Ziel, möglichst schnell über eine Nachschlagekartei zu verfügen, um der anti-demokratisch-neutralistischen Umtriebe in der Bundesrepublik Herr zu werden, und mit dem ambitionierten Anspruch eines „sofortige(n), umfassende(n) Überblick(s) über die Tätigkeit der in Rede stehenden Organisation bzw. Person“<sup>18</sup> wurden zunächst die eigenen Unterlagen des Ministeriums ausgewertet. Nachrichten und vertrauliche Informationen über Agenten und Spitzel sowohl aus der DDR, der Bundesrepublik und aus West-Berlin erhielt das BMG darüber hinaus von den Ostbüros der SPD oder der CDU sowie von antikommunistischen privaten Organisationen wie beispielsweise die Berliner Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) – Institutionen, die durch das gesamtdeutsche Ministerium mitunter mit beträchtlichen Mitteln finanziell unterstützt wurden. Mitunter griff das BMG auch ungeprüfte anonyme Hinweise aus der Bevölkerung auf. Im Laufe der Zeit wurde die Sammelarbeit weiter perfektioniert. Abgesehen von KgU- und Ostbüro- Informanten sowie von ost- wie westdeutschen Zeitungen, die regelmäßig daraufhin ausgewertet wurden, kam eine enge Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten, dem BND in Pullach und den Kölner Verfassungsschützern, zustande.

Eine solche Kooperation beruhte auf Gegenseitigkeit. Als im März 1954 innerhalb des BMG darüber nachdacht wurde, die Datenkartei durch ein entsprechendes Bildarchiv zu ergänzen und das BfV um Amtshilfe zu bitten, begrüßten die Verfassungsschützer diesen Schritt außerordentlich. Sogleich wurde vereinbart, Materialien und Erkenntnisse künftig auszutauschen sowie einen Informationsabgleich vorzunehmen. Gut zehn Jahre später hatte die akribische Sammelleidenschaft des BMG ein respektables Ergebnis vorzuweisen:

<sup>17</sup> I 2, Bonn, 27. 3. 1951, I. Kartei zur Erfassung der Organisationen und Personen, die sich im Bundesgebiet im antikommunistischen Sinne betätigen, S. 1, in: BAK, B 137, Akte 5993.

<sup>18</sup> Betr.: Merkblatt-Sammlung von I 2, 1.) Erstellung der damaligen Kartei lt. Verfügung der Abteilung I vom 3. 3. 1951, in: BAK, B 137, Akte 5993.

Inzwischen waren rund 20 000 Personen und etwa 3000 Institutionen in speziellen – wegen ihrer Brisanz als Verschlussache deklarierten – Dossiers erfasst. Die antikommunistisch motivierte Erfassungswut hielt an. Und so überrascht es nicht, dass selbst in den frühen 1960er Jahren noch daran gedacht wurde, die Planstellen für diesen Bereich aufzustocken, um Rückstände aufarbeiten zu können.

Da es sich bei der Datensammlung nicht um eine rein interne Arbeitskartei handelte, die dem BMG als Entscheidungsgrundlage bei der Vergabe von Fördermitteln an Personen oder private Einrichtungen diene, war die ganze Angelegenheit höchst bedenklich. Das BMG sah sich durch das in seinem Hause angehäufte Wissen aufgewertet. Mit seinem eigenen „Nachrichtendienst“ erteilte es in Sachen Antikommunismus Auskünfte gegenüber den Anfragen von benachbarten Ministerien, aber auch von nichtstaatlichen Institutionen wie etwa dem „Industrie-Warndienst zur Abwehr wirtschaftsschädigender Tätigkeit“ oder dem „Volksbund für Frieden und Freiheit“ (VFF), mit dem es in der antikommunistischen Abwehrarbeit eng kooperierte. Das BMG zögerte nicht, Informationen weiterzuleiten, die zweifelhaften Charakter besaßen. Nichts anderes war es nämlich, wenn dabei auf sensible Daten von Personen zurückgegriffen wurde, „die Kommunisten waren oder von denen wir es annahmen“, wie ein früherer, mit Geheimenschutzfragen betrauter Mitarbeiter sich erinnert<sup>19</sup> – und das im Namen einer Regierungsbehörde, die nicht mit einem solch speziellen Verfassungsschutzauftrag ausgestattet war. Dass es dennoch dazu kam, war im Wesentlichen auf die antikommunistisch aufgeheizte Atmosphäre und auf die stellenweise ans Irrationale grenzenden Bedrohungsvorstellungen zurückzuführen, welche die politische Kultur der frühen Bundesrepublik nachhaltig prägten. Unter solchen Bedingungen überrascht es kaum, wenn die beteiligten Akteure den Blick dafür verloren, was unter demokratisch-rechtsstaatlichen Prinzipien tolerierbar war.

## Ambivalentes Demokratieverständnis

Dieses Grundproblem erstreckte sich auch auf viele andere Bereiche, in denen sich das BMG während der 1950er und frühen

<sup>19</sup> Interview des Verfassers mit Hans Georg Baumgärtel am 2. 8. 2004.

1960er Jahre im Sinne eines bundesdeutschen *Rollback* zu profilieren suchte. Nicht zuletzt mit Hilfe des durch das BMG alimentierten antikommunistischen VFF wurden westdeutsche politische Persönlichkeiten und Organisationen, die auf Dialog mit der DDR setzten, etwa die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) des späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann, als vermeintliche Antidemokraten und Kommunistenfreunde öffentlich verunglimpft. Dabei machte das BMG während der Hochphase des Kalten Krieges immer wieder von verdeckten Maßnahmen Gebrauch, welche die Kompetenzen eines Bundesministeriums weit überschritten. Während des niedersächsischen Landtagswahlkampfes 1951, aber auch im Bundestagswahlkampf 1953 mischte es sich in den Wettstreit von Parteien und Organisationen ein. Am 29. Juli 1953 etwa informierte der im BMG hierfür bekannte Abwehrspezialist Ewert von Dellingshausen den Verfassungsschutz über eine von seinem Fachreferat geplante Kampagne gegen ein aus Heinemanns GVP und Joseph Wirths neutralistisch orientiertem „Bund der Deutschen“ gebildetes Wahlbündnis. Im Zuge der Amtshilfe bat er um geeignete Unterlagen, um eine wirkungsvolle Flugschrift gegen diese politische Gruppierung auf den Weg bringen zu können. Das Projekt zerschlug sich bald, da sich das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bereits mit dem BfV auf ein ähnliches Vorhaben verständigt hatte.

Gleichwohl zog sich das BMG keinesfalls aus der wahlkampfpolitischen Arena zurück: Es griff weiterhin auf in seinem Auftrag verdeckt operierende antikommunistische, private Vereinigungen zurück, die politische Gruppierungen, die keinesfalls illegal waren, allein wegen ihrer von der Bundesregierung abweichenden deutschlandpolitischen Grundüberzeugungen diffamierten. Hier wurden Propagandakampagnen initiiert, die darauf zielten, die Wahlchancen jener Einrichtungen empfindlich zu reduzieren. Diese Aktivitäten verstießen nicht nur gegen alle Regeln der politisch-demokratischen Kultur, sie waren auch rein rechtlich betrachtet illegale Eingriffe.

Selbst in den 1960er Jahren lassen sich solche Praktiken des BMG noch nachweisen. In Hamburg beispielsweise bediente sich das Ministerium der privaten staatsbürgerlichen Bildungsorganisation „Der Ring e.V.“, um

dort 1961 bei Betriebsratswahlen in den dortigen Groß- und Dienstleistungsunternehmen den öffentlichen politischen Willensbildungsprozess zu beeinflussen. Das BMG stellte jener privaten Institution, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, Arbeiter, Angestellte und Beamte staatsbürgerlich zu schulen, um damit zur „Abwehr totalitärer Bestrebungen in Betrieben, Verwaltungen und Organisationen“ beizutragen,<sup>10</sup> erhebliche Mittel zur Verfügung. Allein zwischen 1961 und 1964 flossen aus den Kassen des gesamtdeutschen Ministeriums über 120 000 DM. Im Gegenzug engagierte sich „Der Ring e.V.“ dafür, linksorientierten und vermeintlich linksradikalen Gruppierungen im Rahmen der betrieblichen Mitbestimmung das politische Leben zu erschweren.

Während des im selben Jahr in der Hansestadt stattfindenden Bürgerschaftswahlkampfes engagierte sich der aus dem BMG-Etat finanzierte Verein gegen die Deutsche Friedens-Union (DFU). Diese heterogene Sammelbewegung aus Kommunisten, Sozialisten, Neutralisten und Nationalisten, welche die deutsche Frage durch eine Verständigung mit den östlichen Nachbarn zu lösen wünschte und nicht verboten war, sollte durch entsprechende Wahlkampfpropaganda daran gehindert werden, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Hier wurde den Vertretern des BMG zugesagt, die politischen Kundgebungen der DFU mit rhetorisch versierten Diskussionsrednern zu stören und die hier – in gewisser Weise nachrichtendienstlich – gewonnenen Beobachtungen unverzüglich an den Geldgeber weiterzuleiten.

All dies kam den seit geraumer Zeit geläufigen antikommunistischen Abwehrstrategien des gesamtdeutschen Ressorts sehr entgegen. Es erhielt vom Verfassungsschutz regelmäßig Listen mit genauen Orts- und Zeitangaben über politische Veranstaltungen linksradikaler Vereinigungen und Gruppierungen. In diese wurden dann gezielt Vertrauenspersonen des Ministeriums eingeschleust. Ähnlich wie im Vorfeld der Hamburger Bürgerschaftswahl übten sie verfassungswidrig gegenüber politisch legalen Organisationen Überwachungsfunktionen aus – quasi als verlängerter Arm

<sup>10</sup> Vereinssatzung „Der Ring e.V. – Vereinigung für staatsbürgerliche Schulung“, in BAK, B 137, Akte 1197.

des BMG und des BfV. Dabei ergab sich immer wieder die Gelegenheit, mittels präventiver Provokationsmaßnahmen ansonsten schwer angreifbare politische Gegner auf eine halbwegs legale Weise dem Zugriff der Polizeiorgane auszusetzen.

Diese Praktiken machten abermals deutlich, wie sehr die antikommunistischen Akteure im BMG Gefangene ihrer selbst waren. In dem Bewusstsein, der östlichen Bedrohung unter allen Umständen Paroli bieten zu müssen, fiel es ihnen offenbar nicht mehr auf – jedenfalls wurde dies nicht offen thematisiert –, wie sehr sie sich den Methoden ihrer politischen Gegner annäherten. Es mutet an wie eine ironische Fußnote in der Geschichte des Antikommunismus in Deutschland, wenn gerade jenes Ministerium, das zusammen mit dem BMI nachhaltig darauf gedrängt hatte, mit den im August 1951 verabschiedeten Staatsschutzgesetzen ein Instrumentarium an die Hand zu bekommen, um die verfassungspolitische Grundordnung der Bundesrepublik zu bewahren, Maßnahmen ergriff, die nicht in Einklang mit Teilen dieser Staatsschutzordnung standen.

Das galt besonders für den Paragraphen 88, der in dem Verstoß gegen das „Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen“, eine Staatsgefährdung erblickte. Und selbst hinsichtlich des Rechts „auf die verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition“<sup>1</sup> lässt sich wahrlich streiten, inwieweit dies angesichts der politischen Praxis des BMG stets uneingeschränkt sichergestellt war.

<sup>1</sup> 1. Strafrechtsänderungsgesetz, vom 30. 8. 1951, in: Reinhard Schiffers, Zwischen Bürgerfreiheit und Staatsschutz. Wiederherstellung und Neufassung des politischen Strafrechts in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1951, Düsseldorf 1989, S. 349.

Andreas Kötzing

# Zensur von DEFA-Filmen in der Bundesrepublik

Die Filmzensur ist so alt wie der Film selbst. In Deutschland war (und ist) die kommerzielle Aufführung von Filmen nur mit einer Genehmigung möglich. Vollständige Verbote oder Auflagen, bestimmte Szenen nicht zu zeigen, hat es immer gegeben – vom Kaiserreich bis in die Gegenwart.<sup>1</sup> Was sich jedoch permanent verändert, sind die Inhalte der Bilder, die einer Zensur unterliegen: Erotische Darstellungen beispielsweise, die vor 50 Jahren noch Zensurbehörden in Alarmbereitschaft versetzt hätten, gehören heute zum Standardrepertoire jedes Hollywood-Films. Außergewöhnlich brutale oder Gewalt verherrlichende Szenen können hingegen auch heute noch verboten werden.

**Andreas Kötzing**

M.A., geb. 1978; Doktorand am Historischen Seminar der Universität Leipzig, Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte, Beethovenstraße 15, 04105 Leipzig. [andreaskoetzing@gmx.de](mailto:andreaskoetzing@gmx.de)

Die Zensur von Filmen ist ein interessantes Indiz für die moralischen, religiösen und politischen Ansichten einer Gesellschaft und für ihre politische Kultur. Wird ein Film offiziell verboten, dann hat er entweder ein Tabu verletzt oder gegen eine Ansicht verstoßen, die in der jeweiligen Gesellschaft als „wahr“ oder „richtig“ gilt. Gerade vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs werfen Filmverbote viele interessante Fragen auf: Welche Filme aus dem jeweils anderen Machtblock durften dies- bzw. jenseits der Mauer gezeigt werden?

<sup>1</sup> Vgl. zur Filmzensur in Deutschland: Martin Loiperdinger, Filmzensur und Selbstkontrolle. Politische Reifeprüfung, in: Wolfgang Jacobsen/Anton Kaes/Hans Helmut Prinzler (Hrsg.), Geschichte des deutschen Films, 2. akt. und erw. Aufl., Stuttgart–Weimar 2004, S. 525–544.

Welche Bilder waren umstritten? Welche Inhalte waren verboten? Und welche Motive steckten hinter den Verboten?

Diesen Fragen soll im Folgenden am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er und 1960er Jahren nachgegangen werden. Im Mittelpunkt steht das deutsch-deutsche Sonderverhältnis und der Umgang mit einzelnen Filmen der Deutschen Film-AG (DEFA), dem volkseigenen Filmstudio der DDR.

## Interministerieller Ausschuss für Ost-West-Filmfragen

Neben der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK), die bis heute über die Freigabe von Filmen nach Altersgrenzen entscheidet, gab es in den 1950er und 1960er Jahren in der Bundesrepublik eine weitere Institution, die für die Überprüfung von Filmen zuständig war – den „Interministeriellen Ausschuss für Ost-West-Filmfragen“. Hinter dem sperrigen Namen verbarg sich ein Gremium der Bundesregierung, das sich aus Vertretern verschiedener Ministerien zusammensetzte. Seine Aufgabe bestand darin, alle Filme, die aus den sozialistischen Ländern importiert und in der Bundesrepublik vorgeführt werden sollten, vorab zu sichten.<sup>12</sup>

Die Initiative zur Gründung des Ausschusses ging vom Bundesinnenministerium (BMI) aus. Dort fand am 5. Januar 1953 eine Besprechung statt, an der Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Presse- und Informationsamtes, des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Innenministeriums teilnahmen. Auf der Tagesordnung stand das Thema „Import von Filmen aus sowjetisch dirigierten Ländern“. Das als „streng vertraulich“ eingestufte Protokoll der Sitzung gibt einen Einblick in die Motive, die zur Gründung des Ausschusses führten: In Zukunft sollten nur noch Filme zu sehen sein, „die inhaltlich politisch einwandfrei sind“.<sup>13</sup> Einstimmig wurde beschlossen, einen Prüfungsausschuss einzurichten,

<sup>12</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden: Stephan Buchloh, „Pervers, jugendgefährdend, staatsfeindlich“. Zensur in der Ära Adenauer als Spiegel des gesellschaftlichen Klimas, Frankfurt/M.–New York 2002, S. 218–249.

<sup>13</sup> Protokoll einer Sitzung im Bundesministerium des Innern am Montag, 5. 1. 1953, zur Frage des Imports von Filmen aus sowjetisch dirigierten Ländern, in: Bundesarchiv (BArch), B 102/34486.

dem die Kontrolle der Filme übertragen wurde. Auch die genauen Umstände des Filmimports wurden diskutiert. Unter anderem wurden Bedingungen für „nicht öffentliche, unentgeltliche“ Vorführungen von Filmen, zum Beispiel in Filmklubs, festgelegt. „Anträge von Organisationen, gegen die politische Bedenken bestehen“, sollten ausnahmslos abgelehnt werden. Dem Ausschuss wurde jedoch auch das Recht übertragen, „Filme politisch bedenklichen Inhalts zu einmaliger Vorführung in geschlossenem Kreis“ freizugeben. Den Vorsitz im Ausschuss hatte das Wirtschaftsministerium inne. Es war dafür zuständig, dem jeweiligen Antragsteller die Entscheidung des Ausschusses zu übermitteln – allerdings ohne sie inhaltlich zu begründen.

Seine eigentliche Tätigkeit nahm der Ausschuss im Dezember 1953 auf. In den folgenden Monaten und Jahren tagte das Gremium regelmäßig, meist ein bis zwei Mal pro Monat, mitunter auch häufiger. Wann genau der Ausschuss seine Tätigkeit eingestellt hat, lässt sich nicht mehr eindeutig ermitteln. Mit Beginn des Jahres 1967 wurde die Filmprüfung an das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft übertragen. Das Bundesamt übermittelte bereits seit 1961 anstelle des Wirtschaftsministeriums die Entscheidungen des Interministeriellen Ausschusses an die Antragsteller. Es sollte ab 1967 nur noch in besonders umstrittenen Fällen auf die Arbeit des Ausschusses zurückgreifen, was jedoch bei keinem Film mehr geschah. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass der Ausschuss seine Tätigkeit Ende des Jahres 1966 eingestellt hat.

Statistisch betrachtet hat der Ausschuss zwischen 1953 und 1966 etwa 3180 Filme geprüft und in ca. 130 Fällen keine Genehmigung erteilt.<sup>14</sup> Zu den Filmen, die zensiert wurden, zählen tschechische Spielfilme wie „Das Höhere Prinzip“, zahlreiche Dokumentar- und Spielfilme der DEFA, darunter „Du und mancher Kamerad“, „Thomas Müntzer“ oder „Der Untertan“, und sowjetische Filme wie zum Beispiel der Dreiteiler „Der stille Don“.

Die rechtlichen Grundlagen, auf die sich der Interministerielle Ausschuss bei seiner Arbeit stützte, waren von Beginn an umstritten. Im Mittelpunkt stand die Frage, inwiefern die Verbote im Einklang mit dem Zen-

<sup>14</sup> Vgl. S. Buchloh (Anm. 2), S. 225.

surverbot des Grundgesetzes standen.<sup>15</sup> Bis 1961 gab es in der Bundesrepublik de facto kein Gesetz, das die Arbeit des Ausschusses regelte. Er stützte sich bis dahin auf ein Militärregierungsgesetz vom September 1949, das allein wirtschaftliche Aspekte bei der Einfuhr von Filmen berücksichtigte. Zusätzlich diente seit Ende der 1950er Jahre Paragraph 93 des Strafgesetzbuches als Rechtfertigung für die Arbeit des Ausschusses: Er stellte die Verbreitung von verfassungsfeindlichen Filmen unter Strafe. Erst mit Inkrafttreten des „Verbringungsgesetzes“ vom September 1961, das die Einfuhr von Filmen aus bestimmten Ländern generell von einer Genehmigung abhängig machte und eine Prüfung der Filme vorsah, um Verstöße gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu ahnden, war der Interministerielle Ausschuss de jure abgesichert. In der Öffentlichkeit blieb er dennoch umstritten.<sup>16</sup> Die Zweifel am Verstoß gegen das Zensurverbot des Grundgesetzes waren durch das „Verbringungsgesetz“ nicht beseitigt. Warum sichtete der Ausschuss nur Filme aus den sozialistischen Ländern? Konnten verfassungsfeindliche Filme nicht auch aus einem demokratischen Land stammen? Durfte ein Ausschuss der Bundesregierung eigenmächtig die Verfassungsfeindlichkeit eines Films feststellen, ohne das Bundesverfassungsgericht zu konsultieren?

Unabhängig von den juristischen Aspekten, die mit der Existenz des Interministeriellen Ausschusses verbunden sind, stellt sich die Frage, wie der Ausschuss tatsächlich gearbeitet hat. Aufschlussreich sind dabei die überlieferten Kurzprotokolle der Filmprüfungen, die in vielen Fällen nicht nur die getroffene Entscheidung dokumentieren, sondern auch Rückschlüsse auf die Motive zulassen, warum einzelne Szenen oder gar ganze Filme nicht genehmigt worden sind. Im Folgenden sollen diese Motive anhand der vom Ausschuss begutachteten DEFA-Filme genauer untersucht werden.

## Der Ausschuss und die DEFA

Die Liste der DEFA-Produktionen, die durch den Ausschuss geprüft wurden und dabei nur

<sup>15</sup> Die rechtlichen Aspekte können hier nicht ausführlich geschildert werden; vgl. ebd., S. 235–249.

<sup>16</sup> Vgl. Reinhold E. Thiel, Zensur aus dem Hinterhalt – wie lange noch?, in: Die Zeit vom 30. 8. 1963, S. 9.

mit Schnittauflagen oder gar nicht für eine Aufführung in der Bundesrepublik zugelassen worden sind, ist lang. Bereits im Mai 1954 wurden vier von 13 Filmen, die von der DEFA für die Mannheimer Kultur- und Dokumentarfilmwoche angemeldet worden waren, nicht zugelassen. Interessant am Protokoll dieser Sitzung ist, dass sich der Interministerielle Ausschuss weitaus größere Kompetenzen aneignete als die rechtlich ohnehin umstrittene Prüfung der Filme. So wurde zum Beispiel über die Delegation der DEFA zum Mannheimer Festival diskutiert und die Frage aufgeworfen, wie man mit den Gästen aus der DDR umgehen solle. Der Vertreter des zuständigen Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen (BMG) betonte, dass die Aufführung der DEFA-Filme „davon abhängig gemacht werde, dass bei Empfängen und ähnlichen Anlässen im Laufe der Veranstaltung die DEFA-Abordnung nicht ausdrücklich begrüßt und ihr damit auch keine Gelegenheit gegeben werde, in ihrer Antwort auf die Begrüßung eine Art gesamtdeutsche Kulturpropaganda zu treiben“.<sup>17</sup>

Auch in anderen Fragen, die einen generellen Austausch von ost- und westdeutschen Filmen oder gemeinsame Produktionen betrafen, nahm der Ausschuss ein Mitspracherecht in Anspruch. So beantragte die DEFA 1955 beispielsweise eine Drehgenehmigung für die Bundesrepublik, um einen Dokumentarfilm über berühmte Orgeln anfertigen zu können. Angesichts des „völlig unpolitischen Charakters“ des geplanten Films schlug die DEFA eine „gesamtdeutsche Gemeinschaftsarbeit“ vor, da mit einer solchen Produktion „der gemeinsame Wille zur Verständigung selten eindrucklich vor aller Welt bezeugt werden“ könne.<sup>18</sup> Nach einer Diskussion im Interministeriellen Ausschuss und einer Rücksprache mit dem Innenministerium wurde der Antrag jedoch nicht genehmigt: „Ich halte es für unzumutbar“, so der Vertreter des Innenministeriums, „dem Antrag zuzustimmen, da die Gefahr besteht, dass damit ein Präzedenzfall für weitere Anträge dieser Art geschaffen würde. Dies könnte aber zu einer unerwünschten und nicht immer kontrollierbaren Betätigung von DEFA-Aufnahmestäben in

<sup>17</sup> Kurzprotokoll über die am 26. 5. 1954 stattgefundene Sitzung des Interministeriellen Prüfungsausschusses, in: BArch, B 102/34486.

<sup>18</sup> DEFA-Studio für Wochenschau und Dokumentarfilm an Ministerium für Wirtschaft, Referat Film, 5. 4. 1955, in: BArch, B 102/34486.

der Bundesrepublik führen.“<sup>9</sup> Auch in anderen Fällen, in denen gemeinsame Produktionen zwischen der DEFA und westdeutschen Produktionsfirmen geplant wurden, intervenierte der Interministerielle Ausschuss. Dabei wird deutlich, dass es ein generelles Interesse gab, Kontakte zwischen Filmemachern aus beiden deutschen Staaten gezielt zu unterbinden – in erster Linie, um der DEFA kein Podium zur Selbstdarstellung in Westdeutschland zu bieten.

In den folgenden Jahren boten DEFA-Filme – und insbesondere ihre Aufführung auf den Filmfestivals von Mannheim und Oberhausen<sup>10</sup> – immer wieder Anlass zu Diskussionen. Das Spektrum der verbotenen Filme reicht von ideologisch aufgeladenen Spielfilmen wie dem Zweiteiler „Ernst Thälmann“ oder „Der Rat der Götter“ bis zu Dokumentarfilmen wie „Du und mancher Kamerad“ oder „Der Lachende Mann“, die keine Vorführgenehmigung erhielten, weil sich der Ausschuss an der einseitigen Darstellung der nationalsozialistischen Vergangenheit stieß oder die gegen die Bundesrepublik gerichtete Propaganda nicht in westdeutschen Kinos zu sehen sein sollte.

Verboten wurden aber auch Filme, die weniger durch ihren propagandistischen Inhalt auffielen, so zum Beispiel Wolfgang Staudtes „Der Untertan“, eine Verfilmung des gleichnamigen Romans von Heinrich Mann, der dem Ausschuss im Dezember 1955 zur Prüfung vorlag. Er durfte „zunächst nur in studentischen Filmclubs vorgeführt werden, einen Einsatz im normalen Kinoprogramm untersagte der Ausschuss im April 1956 ausdrücklich. Im November 1956 gab das Gremium den Film schließlich in einer stark gekürzten Fassung auch für die kommerzielle Auswertung frei.“<sup>11</sup> Stein des Anstoßes war,

dass Staudtes Film angeblich zu viele „Parallelen zur Gegenwart“ enthielt, wie „Der Spiegel“ in einem Artikel über den Vorfall schrieb. Offenbar missfiel dem Ausschuss auch, „daß sich die sozialdemokratischen Arbeiter in der Papierfabrik Diederich Heßlings, des ‚Untertan‘-Titelhelden, untereinander als ‚Genossen‘ anreden“.<sup>12</sup>

Andere Verbote von DEFA-Filmen werfen ein skurriles Licht auf die Arbeit des Interministeriellen Ausschusses. So wurde 1957 zum Beispiel der DEFA-Märchenfilm „Das tapfere Schneiderlein“ verboten. Anders als im Grimm’schen Märchen wird am Ende des Films der König mit seiner Gefolgschaft vom Volk vertrieben und stattdessen das Schneiderlein auf den Thron gesetzt. Statt der Königstochter heiratet er eine Magd, die an seiner Seite zur neuen Königin wird.<sup>13</sup> Die propagandistische Verfremdung des Märchens reichte aus, dass der Interministerielle Ausschuss die Einfuhrgenehmigung verweigerte. Das Verbot wurde erst 1958, nach einer erneuten Prüfung des Films, aufgehoben.

Die geschilderten Beispiele werfen die Frage auf, ob die vom Interministeriellen Ausschuss verhängten Verbote tatsächlich dazu geführt haben, dass die beanstandeten Filme nicht von einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen wurden. Insbesondere die zeitgenössischen Pressestimmen lassen den Schluss zu, dass gerade die Verbote dazu führten, dass lange und ausgiebig über die Filme diskutiert wurde – ohne dass sich die Bevölkerung ein Bild von den Filmen machen konnte. Gerade wenn sich Prüfverfahren über Monate oder gar Jahre erstreckten, dürfte die Arbeit des Ausschusses zur Mystifizierung und Überhöhung der Filme beigetragen haben. Das Verbot machte die Filme umso interessanter. Das zeigt auch das Fallbeispiel des Umgangs mit dem Film „Berlin – Ecke Schönhauser“, anhand dessen die Motive für ein Verbot von DEFA-Filmen in der Bundesrepublik im Detail ersichtlich werden.

## „Berlin – Ecke Schönhauser“

„Berlin – Ecke Schönhauser“ gilt bis heute als einer der wichtigsten DEFA-Filme der

<sup>9</sup> Der Bundesminister des Innern an den Bundesminister für Wirtschaft, z.Hd. von Herrn Schattenberg, 3. 5. 1955, in: BAArch, B 102/34486.

<sup>10</sup> Die deutsch-deutschen Beziehungen auf den Filmfestivals werden vom Autor in einem Dissertationsprojekt am Historischen Seminar der Universität Leipzig untersucht. Vgl. Andreas Kötzing, Filmfestivals als historische Quelle, in: Deutschland Archiv, 40 (2007) 4, S. 693–699.

<sup>11</sup> S. Buchloh (Anm. 2), S. 226. Vgl. Ralf Schenk, Mitten im Kalten Krieg. 1950 bis 1960, in: Filmmuseum Potsdam (Hrsg.), Das zweite Leben der Filmstadt Babelsberg. DEFA-Spielfilme 1946–1992, Berlin 1994, S. 70 ff.

<sup>12</sup> Plädoyer für den Untertan, in: Der Spiegel vom 21. 11. 1956, S. 59–61, Zitat: S. 60.

<sup>13</sup> Vgl. Peter Morten, Ein marxistisches Schneiderlein, in: Die Zeit vom 25. 10. 1956.

1950er Jahre. Geprägt vom italienischen Neorealismus zeigten der Regisseur Gerhard Klein und der Drehbuchautor Wolfgang Kohlhaase 1957 ein für DEFA-Verhältnisse außergewöhnlich kritisches Bild der Lebenswirklichkeit in der DDR. Im Mittelpunkt von „Berlin – Ecke Schönhauser“ steht eine Gruppe von Berliner Jugendlichen, die wenig mit sich anzufangen weiß und ihre Zeit damit verbringt, orientierungslos unter den Brücken einer U-Bahnstation „herumzuhängen“. Auch die meisten Erwachsenen kommen im Film nicht als „sozialistische Heldenfiguren“ daher: Prügeleien, Heuchelei, Fremdgehen und Schwärmerei für den Westen – all das gehört zum Alltag der Menschen. Eine solche Schilderung der DDR-Gesellschaft stieß im Kulturministerium der DDR auf wenig Gegenliebe. „Berlin – Ecke Schönhauser“ wurde scharf angegriffen. Der Film sei geeignet, „den Feinden unserer Republik in ihrer Hetze zu helfen“, hieß es in einer Stellungnahme der Hauptverwaltung Film, die für die Abnahme zuständig war.<sup>14</sup> Nur knapp entging „Berlin – Ecke Schönhauser“ am Ende einem Verbot.

Doch anders als die SED-Funktionäre vermuteten, stieß der Film bei den politischen Gegnern auf keine große Gegenliebe. Schuld daran war die einseitige Darstellung des Westens. Unter anderem wird im Film ein Notaufnahmelager für Flüchtlinge in West-Berlin gezeigt, in dem Gewalt und Unterdrückung herrschen und einer der Jugendlichen auf tragische Weise ums Leben kommt. Szenen wie diese riefen die Ablehnung des Interministeriellen Ausschuss hervor, als „Berlin – Ecke Schönhauser“ im Herbst 1958 erstmals in der Bundesrepublik aufgeführt werden sollte. Ausschlaggebend für das Verbot des Films war, so die Begründung im Kurzprotokoll der Sitzung, „daß er in seiner kommunistischen Tendenz Institutionen der Bundesrepublik (z. B. die Notaufnahmelager) verächtlich macht und die Verhältnisse nicht wahrheitsgetreu schildert“. Außerdem würden „Freiheitsberaubungen (. . .) als im Westen übliche Delikte dargestellt“. Daher hätten sich „fast alle Mitglieder“ des Ausschusses dafür ausgesprochen, den Film nicht freizugeben. Während die Teilnehmer der Sitzung sich uneinig darüber waren, ob rechtliche Einwände gegen den Film geltend gemacht werden können,

<sup>14</sup> Zit. nach: R. Schenk (Anm. 11), S. 130.

sei er „aus politischen Gründen (. . .) in jedem Fall abzulehnen“.<sup>15</sup>

Drei Wochen später wurde „Berlin – Ecke Schönhauser“ dem Ausschuss erneut vorgeführt, diesmal in einer geschnittenen Fassung, in der die Szenen aus dem Notaufnahmelager fehlten. Der Ausschuss blieb jedoch bei seiner ablehnenden Haltung. Herbert Leitreiter, der Vorsitzende des Gremiums, erhielt den Auftrag, die Bedenken an die FSK zu melden – offenbar hoffte man, mit ihrer Unterstützung eine Aufführung des Films verhindern zu können.<sup>16</sup> Dieser Schritt brachte nicht den gewünschten Erfolg, so dass eine erneute Vorführung beschlossen wurde – diesmal vor einem vergrößerten Teilnehmerkreis. Im Vorfeld dieser Sitzung übten das Bundespresseamt (BPA) und das BMG unabhängig voneinander Druck auf Leitreiter aus. Das BPA kritisierte energisch den Plan, „Berlin – Ecke Schönhauser“ eventuell in einer geschnittenen Fassung für die Bundesrepublik zuzulassen. Die Politik der Bundesregierung und aller Parteien des Bundestages gehe davon aus, „dass es nur einen deutschen Staat gibt. Diese Auffassung wird untergraben, wenn zugelassen wird, dass ein deutscher Film in West- und Mitteldeutschland in verschiedenen Fassungen läuft.“ Unverblümt wurde der Ausschuss dazu aufgefordert, „in künftigen Fällen zur Wahrung der staatspolitischen Belange bei der Freigabe von Filmen aus Ostblockstaaten engere Maßstäbe in der Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen anzuwenden“.<sup>17</sup> Das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen schloss sich der Kritik an und bezeichnete die Aufführung des Films, auch in einer geschnittenen Fassung, als „politisch höchst unerwünscht“.<sup>18</sup>

<sup>15</sup> Der Bundesminister für Wirtschaft, Kurzbericht Nr. 15/58 über die am 6. 10. 1958 stattgefundene Sitzung des Interministeriellen Ausschuss für Ost-West-Filmfragen, in: BArch, B 102/34487; Hervorhebungen im Original als Unterstreichung.

<sup>16</sup> Vgl. Der Bundesminister für Wirtschaft, Kurzprotokoll Nr. 16/58 über die am 27. 10. 1958 stattgefundene Sitzung des Interministeriellen Ausschuss für Ost-West-Filmfragen, in: BArch, B 102/34487.

<sup>17</sup> Presse- und Informationsamt der Bundesregierung an den Bundesminister für Wirtschaft, z.Hd. von Herrn Dr. Leitreiter, 10. 11. 1958, in: BArch, B 102/144136.

<sup>18</sup> Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen an den Bundesminister für Wirtschaft, z.Hd. von Herrn Dr. Leitreiter, 4. 12. 1958, in: BArch, B 102/144136.

Die dritte Vorführung von „Berlin – Ecke Schönhauser“ fand am 13. März 1959 statt. Insgesamt nahmen 24 Beamte an der Sitzung des Interministeriellen Ausschusses teil, darunter Vertreter des Wirtschaftsministeriums, des Auswärtigen Amtes, des Innenministeriums, des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen, des Bundespresseamtes, des Bundeskanzleramtes und des Justizministeriums. Wieder gab es keine Freigabe. „Alle Ressorts waren der Auffassung, daß der vorgeführte Film ein typisches Produkt der Ostblockstaaten ist, und daß es wünschenswert wäre, wenn er im Bundesgebiet nicht gezeigt würde“, heißt es im Protokoll. Während die Vertreter des Justiz- und des Wirtschaftsministeriums darauf beharrten, dass es keinerlei rechtliche Grundlage für ein Verbot gebe, blieben die anderen Teilnehmer dabei, „daß die Einfuhr des Films (. . .) in jedem Fall verhindert werden müsse“.<sup>19</sup> Das Innenministerium plädierte besonders energisch für ein Verbot des Films und erklärte in einer schriftlichen Stellungnahme, dass der Film „mit Beziehung auf das Jugendproblem die Gesellschaftsordnung in West-Berlin“ kritisiere und eine deutliche Tendenz erkennen lasse, „die freiheitliche demokratische Ordnung herabzusetzen und die totalitäre sowjetzonale zu verherrlichen“.<sup>20</sup> Während der Konflikt zwischen den Ministerien in den kommenden Monaten andauerte und das Wirtschaftsministerium versuchte, das Innenministerium davon zu überzeugen, dass die rechtliche Basis für ein Verbot nicht ausreiche, erledigte sich die Sache vorerst von selbst: Der Filmverleih, der „Berlin – Ecke Schönhauser“ importieren wollte, hatte seinen Antrag – auf einen Vorschlag von Leitreiter hin – zurückgezogen.<sup>21</sup>

Doch fünf Jahre später beschäftigte der Film den Ausschuss erneut, nachdem der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) aus München den Film einmalig vorgeführt hatte, ohne vorher die entsprechende Genehmigung einzuholen. Daraufhin wurde die Kopie des

<sup>19</sup> Der Bundesminister für Wirtschaft, Kurzprotokoll Nr. 5/59 über die am 11. 3. 1958 stattgefundene Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für Ost-West-Filmfragen, in: BArch, B 102/34488.

<sup>20</sup> Der Bundesminister des Innern an den Bundesminister für Wirtschaft, z.Hd. von Herrn Dr. Leitreiter, 3. 4. 1959, in: BArch, B102/144136.

<sup>21</sup> Vermerk von Dr. Leitreiter an den zuständigen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, 3. 9. 1959, in: BArch, B 102/144136.

Films angefordert, um gegebenenfalls ein Verfahren gegen den SDS einzuleiten. Dem Interministeriellen Ausschuss wurde der Film erneut vorgeführt – einmal im September und ein weiteres Mal im Oktober 1964. Erneut gab es keine Freigabe für den Film. Die beteiligten Ministerien betonten wiederum ihre politischen Bedenken, waren sich aber uneinig, ob der Film gegen das inzwischen geltende Verbringungs-gesetz verstoße.<sup>22</sup> Das Innenministerium sprach sich abermals dafür aus, den Film zu verbieten, denn er verfolge die Absicht, „Jugendliche aus der SBZ und ihre Eltern vor Kontakten mit West-Berlin oder gar vor Fluchtversuchen abzuschrecken“. West-Berlin werde generell als „Hort des Verbrechertums“ dargestellt. Zusammenfassend hieß es: „Durch die Idealisierung der östlichen und gleichzeitigen Diffamierung der westlichen Staatsordnung soll in dem unkritischen Betrachter die Überzeugung genährt werden, daß nur ein totalitäres Regime mit seiner Staatsjugend in der Lage ist, dem Halbstarken-Problem Herr zu werden, während die freiheitliche Grundordnung des Westens die Verführung der Jugend bis hin zum Verbrechen fördert.“ Die Stellungnahme des BMI ging so weit, den DEFA-Film auf eine Stufe mit nationalsozialistischer Propaganda zu stellen: „Da der Nationalsozialismus mit ähnlichen Argumenten und mit einer ähnlich verzerrenden Gegenüberstellung der totalitären und der demokratischen Gesellschaftsordnung bei weiten Kreisen des Deutschen Volkes durchaus Erfolg hatte, kann im gegenwärtigen Zeitpunkt auch nicht gesagt werden, daß eine derartige Argumentation als Propagandamittel ungeeignet ist, zumal dann nicht, wenn sie, wie hier, auf direkte politische Argumente verzichtet und die angeblich gesellschaftliche Situation nur realistisch darzustellen scheint.“<sup>23</sup>

Die rigorose Stellungnahme des Innenministeriums war umstritten. Ob sie überhaupt ausreichte, um ein erneutes Verbot zu begründen, sollte das Justizministerium prüfen. Da der zuständigen Referent den Film bislang jedoch noch nicht gesehen hatte, wurde eine weitere Vorführung im Interministeriellen Ausschuss ins Auge gefasst – inzwischen die sechste. Zu

<sup>22</sup> Vgl. Vermerk an das Referat ZR, 12. 11. 1964, in BArch, B 102/144136.

<sup>23</sup> Der Bundesminister des Innern an den Bundesminister für Wirtschaft, z.Hd. von Herrn Dr. Leitreiter, 23. 10. 1964, in: BArch, B 102/144136.

dieser kam es jedoch nicht mehr, weil der Münchner Studentenbund seine Kopie längst in die DDR zurückgeschickt hatte.

## Fazit

Der Interministerielle Ausschuss für Ost-West-Filmfragen war ein Produkt des Kalten Krieges. In der Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Block schreckte die Bundesregierung nicht davor zurück, Filme aus sozialistischen Ländern politisch zu überprüfen, bevor diese eine Vorführgenehmigung erhielten. Dass eine derartige Zensur durch das Grundgesetz verboten war, spielte bei der Arbeit des Ausschusses nur eine untergeordnete Rolle. Kommunistische Propaganda, positive Darstellungen der Lebenswirklichkeit in den sozialistischen Ländern, Kritik an der nationalsozialistischen Vergangenheit und Verweise auf personelle Kontinuitäten vom „Dritten Reich“ zur Bundesrepublik – das waren die zentralen Themenfelder, die der Interministerielle Ausschuss von der Leinwand verbannen wollte. Speziell bei der Überprüfung von DEFA-Filmen wendete der Ausschuss strenge Richtlinien an. Nicht nur politische Propagandafilme wurden verboten, auch Produktionen, in denen unterschwellig Kritik an der Bundesrepublik geäußert oder einseitig Partei für das politische System der DDR ergriffen wurde, durften nur mit Schnittauflagen, vor einem ausgewählten Zuschauerkreis oder gar nicht aufgeführt werden.

Betrachtet man die Verbote in einem größeren Kontext, fallen zwei Aspekte ins Auge, die bezeichnend sind für die politische Kultur des Kalten Krieges: *Einerseits* hatten die Regierungsvertreter großen Respekt vor dem Medium Film. Ihm wurde ein meinungsprägender Einfluss auf die politischen Ansichten des Publikums zugesprochen. Selbst Märchenfilmen wurde unterstellt, dass sie die politische Meinung der Zuschauer beeinträchtigen können. *Andererseits* zeigen die Filmverbote, welche geringe Urteilsfähigkeit den Bürgerinnen und Bürgern zugetraut wurde. Die Mitglieder des Interministeriellen Ausschusses nahmen für sich in Anspruch, als einzige die von den sozialistischen Staaten betriebene Propaganda auch als solche zu erkennen – den Zuschauern wurde die Fähigkeit dazu abgesprochen.

Roland Cerny-Werner ·  
Rainer Gries

# Der Vatikan und der Ostblock im Kalten Krieg

Im Jahr 1958 wurde Angelo Giuseppe Roncalli, der 77-jährige Patriarch von Venedig, zum Bischof von Rom und damit zum Papst der katholischen Kirche gewählt. Der ebenso füllige wie freundliche Mann galt den Kardinälen als Übergangskandidat; das Konklave wollte mit seiner Wahl offensichtlich Zeit gewinnen. Doch der Sohn eines armen Landarbeiters aus der Nähe von Bergamo brach noch im Moment seiner Wahl mit der Tradition: Er setzte sich von der Mehrzahl seiner unmittelbaren Vorgänger bewusst ab, indem er den Namen Johannes XXIII. würde die Politik der letzten Päpste nicht fortsetzen.

„Papa Giovanni“ galt als Mann aus dem Volke, der es bis zum Stellvertreter Christi

gebracht hatte. In wenigen Tagen und Wochen schien sich im Vatikan nun manches zu wandeln. Das nicht einmal fünf Jahre andauernde Pontifikat Johannes' XXIII. zeitigte imposante und ungeahnte Wirkungen innerhalb und außerhalb der Kirche. Seit dem Tag seiner Wahl hatte sich Johannes XXIII. wie keiner seiner Vorgänger in das kommunikative Gedächtnis seiner Zeitgenossen eingeschrieben. Nicht nur für die Katholiken, die nach Erneuerung strebten, sondern für die ganze Welt vermochte die sympathische Vaterfigur auf dem Stuhle Petri mit einem

### Roland Cerny-Werner

Dr. phil. des., geb. 1975; wissenschaftlicher Projektmitarbeiter an der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora sowie an der Università degli Studi di Siena/Italien.  
Roland.Cerny-Werner@gmx.at

### Rainer Gries

Prof. Dr. phil., geb. 1958; lehrt Historische Anthropologie an der Sigmund Freud PrivatUniversität in Wien/Österreich und Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, Fürstengraben 13, 07743 Jena.  
rainer.gries@univie.ac.at

Schlag das Charisma seines Amtes mit dem seiner Persönlichkeit aufzuladen: Person und Politik gingen ineinander auf. Johannes gelang es, sinnfällig und glaubwürdig „Bewegung“ und „Reform“ als Paradigmen seines Pontifikats zu postulieren. Er vermochte es, Veränderungen zu initiieren und durchzusetzen, allen Obstruktionen der Kurie zum Trotz. Und er verstand es, diese in der öffentlichen Inszenierung seiner selbst und seines Amtes überzeugend darzustellen.

Sein größtes Werk war die Einberufung des Zweiten Vatikanischen Konzils, das grundlegende Reformen im Selbst- und im Weltverständnis der Kirche in Gang brachte.<sup>1</sup> Das Zweite Vatikanum war erstmals kein Lehrkonzil, das Dogmen verteidigte oder gar Häretiker brandmarkte, sondern ein Pastoralkonzil, das Fragen der Beziehung der Kirche zu ihrer Umwelt thematisierte. Dem Papst und den Konzilsvätern lag das Programm einer erfolgreichen seelsorgerischen Kommunikation am Herzen.

Johannes XXIII. verdichtete das Leitmotiv seines Pontifikats und des Konzils in der italienischen Vokabel *aggiornamento*. Das „Auf-den-Tag-Bringen“ der Kirche wurde zum Imperativ und zeichnete sich durch drei Strukturelemente aus:

**Geschichtlichkeit:** Mit dem Kirchenhistoriker Roncalli wurde ein Verständnis von Geschichtlichkeit anerkannt, das bereits seit der Jahrhundertwende in theologischen Diskursen zum Durchbruch gelangt war. Die Historizität der Kirche, vor allem die Zeitgebundenheit der Verkündigung des *depositum fidei*, des Glaubensschatzes, waren für diesen Papst selbstverständlich. Die Form der Verkündigung sollte den jeweiligen Zeitumständen angepasst werden, während der Inhalt für ihn unwandelbare Substanz darstellte. Mit diesem Verständnis der kirchlichen Heilsbotschaft war Johannes XXIII. ein verschiedener Reformers der Modalitäten – er blieb jedoch zugleich ein konservativer Geist, der durch

<sup>1</sup> Vor allem in der italienischen Geschichtsforschung hat die Beschäftigung mit dem Zweiten Vatikanum Tradition, siehe zum Beispiel Alberto Melloni, *L'altra Roma – Politica e S. Sede durante il concilio vaticano II*, Bologna 2000. Die Dokumente des Zweiten Vatikanums in: Peter Hünemann (Hrsg.), *Herders theologischer Kommentar zum Zweiten Vatikanischen Konzil*, Freiburg i. Br. 2004–2006.

die Theologie der Neuscholastik geprägt worden war.

**Selbstreflexion:** Der Papst wollte am Beginn der 1960er Jahre „das Fenster zur Welt öffnen“. Die Kirche akzeptierte nun den Grundsatz der Pluralität – sowohl im Verhältnis zu anderen christlichen Kirchen und Gemeinschaften wie auch mit Blick auf den modernen liberalen Verfassungsstaat. Diese spektakuläre Wendung der Kirche zur Welt, ihre historische wie kulturelle Neupositionierung, machte einen zuweilen schmerzhaften Prozess der Selbstreflexion notwendig. Das Selbstbild der Mehrheit der Konzilsväter war daher nicht mehr die von der Welt abgewandte „triumphierende Kirche“, sondern eine unaufhörlich zu beobachtende und zu reformierende Gemeinschaft – die *ecclesia semper reformanda*.

**Pastoral und Kommunikation:** Johannes XXIII. beendete die Sakralisierung und Überhöhung des Papsttums ins Übermenschliche, die unter seinem Vorgänger Pius XII. noch kennzeichnend gewesen war. Der Papst wollte „Mensch unter Menschen“ sein. Er sah sich nicht als Dogmatiker, sondern als Pastor des Globus, als „Seelsorger der Welt“. Die Idee des dialogischen Gottes machte auch seinen Stellvertreter auf Erden zu einem Mann des Dialogs.

Diese neue pastorale Kultur ging mit einer neuen politischen Kultur einher: Johannes XXIII., der ehemalige Diplomat des Vatikans im orthodoxen Bulgarien, in der muslimischen Türkei und im laizistischen Frankreich, veränderte folgerichtig auch die hundertjährige, unversöhnliche Frontstellung gegen Sozialismus und Kommunismus. „Ein neues Klima ist im Kommen, und ein Klima ist eben nicht aufzuhalten“,<sup>2</sup> schrieb damals Titular-Erzbischof Bolesław Kominek, der Weihbischof und Kapitularvikar von Breslau. In diesem neuen pastoralen wie politischen Klima spiegelten sich tragende Gedanken und Gefühle der 1960er Jahre, des Jahrzehnts der Neupositionierung, der Reform und der Revolution. Das galt auch für die katholische Kirche. Die große Akzeptanz dieses Papstes und seiner Politik bei seinen Zeitgenossen

<sup>2</sup> Brief Kominek an Rappich vom 18. 12. 1965, in: Archivio di Stato Parma (ASP), Fondo Casaroli, Serie: Paesi dell'Est, Sottoserie: Polonia (unpag).

dürfte nicht zuletzt auch darin begründet sein, dass in seinem Pontifikat gleich drei Zeithorizonte der Kirchengeschichte zusammenfielen. Mit dem Reformpapst kam erstens eine vierhundertjährige historische Amplitude zu ihrem Ende. Grundlegende Prinzipien der nachtridentinischen, gegenreformatorischen Kirche des 16. Jahrhunderts wurden endgültig zu Grabe getragen. Der Eckpfeiler dieser Periode war das Tridentinum (1545–1563), ein Konzil, das die Reorganisation der Römischen Kirche als eigene Konfession im Widerstreit mit Luthertum und Calvinismus gebracht hatte. Im 19. Jahrhundert hatte die römische Kurie unter Pius IX. das antimodernistische Profil der Kirche erheblich verschärft. Insofern kam zweitens auch eine einhundertjährige Ära zu ihrem Ende, die mit der ultramontanen Kirche des 19. Jahrhunderts begründet worden war. Ihr Eckpfeiler war das Erste Vatikanum (1869/70). Hinzu kamen drittens die Herausforderungen, die Fragen und Probleme der Gegenwart und der Zukunft: Die Kirche müsse, so Johannes XXIII., die „Zeichen der Zeit“ erkennen.

Die Theologie der Öffnung befruchtete nicht nur Pastoral und Liturgie. Das neue Selbst- und Weltverständnis bestimmte fortan auch den Stil der Außenpolitik des Vatikans inmitten der bipolaren Welt des Kalten Krieges. Die überkommene Kultur des Dogmas und der Belehrung wurde durch eine Kultur der Kommunikation und des Dialogs abgelöst.

## „Aggiornamento“ in der Außenpolitik

Mehr als 51 Millionen Katholiken lebten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in kommunistischen Staaten und damit im Machtbereich der Sowjetunion. Dies stellte eine grundlegende Herausforderung für die Führung der katholischen Kirche dar. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war die Politik kommunistischer Regierungen gegenüber den so genannten Ostkirchen und dem Vatikan von massiven Anfeindungen und sogar von einem deutlich erkennbaren Willen zur Zerstörung geprägt. Die mit Rom unierte Griechisch-Katholische Kirche der Ukraine zum Beispiel wurde seit 1944/45 von den Sowjetbehörden unterdrückt, verfolgt und schließlich mit der Russisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats zwangsvereinigt;

ebenso erging es der katholischen Kirche in Rumänien, die in die dortige autokephale (selbstbestimmte), orthodoxe Kirche eingegliedert wurde.

Bis in die frühen 1950er Jahre hinein ließen die scharfen und existenziellen Konfrontationen nicht nach. Seelsorge war auf ein Minimum beschränkt oder gar unmöglich. Doch damit nicht genug. Sogar in West- und Südeuropa mehrten sich Anzeichen für kommunistische Machtübernahmen. In Frankreich rollte eine Welle politischer Gewalt durchs Land, die ganz offensichtlich von Moskau gelenkt wurde. Im unmittelbaren Umfeld des Petersdoms, in Italien, stellten die Kommunisten nach dem Krieg die dritte politische Kraft. 1947/48 kam es hier zu einer Kraftprobe der sich herausbildenden politischen Lager – nicht militärisch, sondern in einem legendären Wahlkampf, in dem das katholische Italien mit Unterstützung aus den USA gegen die Kommunisten Partei bezog. In beiden Ländern befürchtete man einen Bürgerkrieg. Auf diese Bedrohungen reagierte der Vatikan unter Papst Pius XII. mit Härte. Das Heilige Offizium dekretierte 1949, dass Katholiken, die sich mit kommunistischen Organisationen einließen, mit der schlimmsten Kirchenstrafe, der Exkommunikation, zu rechnen hätten.

Nach dem Tod Stalins 1953 und mit Beginn eines langsam einsetzenden Tauwetters war es innerhalb der kommunistischen Staatenwelt nicht nur zu Aufständen gekommen, sondern auch zu Ereignissen, die im Vatikan und bei den Christen vor Ort ein gewisses Maß an Hoffnung verbreiteten.<sup>13</sup> So konnten in Litauen 1955 erstmals im sowjetischen Machtbereich zwei neue Bischöfe ordiniert werden. Und die Moskauer Akademie der Wissenschaften lud demonstrativ den Grazer Theologieprofessor Marcel Reding nach Moskau ein. Er hatte in seiner Antrittsvorlesung Thomas von Aquin und Karl Marx in Beziehung gesetzt. Diese Aufsehen erregende Einladung darf als Versuch des Kreml gewertet werden, mit der Kurie ins Gespräch zu kommen.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Vgl. *Pensiero della Santa Sede dal 1917 ad oggi circa i rapporti con l'URSS*, in: ASP, Fondo Casaroli, Serie: Paesi dell'Est, Sottoserie: Relazioni tra la Santa Sede e l'URSS (unpag).

<sup>14</sup> Siehe dazu jetzt Victor Conzemius, *Kurier des Papstes? Die Moskaureise des Luxemburger Theologen Marcel Reding im Jahre 1955*, in: *Kirchliche Zeitgeschichte*, 28 (2008) 1, S. 133–185.

Pius XII. erhob keine Einwände gegen diese Anbahnungsversuche aus Moskau, denn in der Endphase seines Pontifikats wurde dem Papst immer deutlicher, dass der Kommunismus nicht bloß „ein Augenblick in der Geschichte“ bleiben würde.

Im Januar 1958 erklärte der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko, dass Moskau mit dem Heiligen Stuhl durchaus im Einverständnis sei, wenn es darum gehe, den Frieden zu wahren und einen atomaren Krieg zu ächten.<sup>15</sup> Hier verfolge man Ziele, die zu expliziten Vereinbarungen führen könnten. Solcherart Rhetorik gehörte natürlich zum wohlfeilen propagandistischen Arsenal der sowjetischen Führung im Kalten Krieg, gleichwohl ließen sich zwischenzeitlich Gesten gegenüber dem Vatikan erkennen, die nicht mehr von der Kompromisslosigkeit der vorangegangenen stalinistischen Dekade gekennzeichnet waren. Auf der anderen Seite hatte sich die katholische Kirche auch infolge des Prozesses der Entkolonialisierung zur Weltkirche im Wortsinne entwickelt. Allein von Kriegsende bis Mitte der 1960er Jahre waren 50 neue Staaten entstanden. Sie stellten nicht nur das Territorium für die politischen Rivalitäten der beiden Vormächte des Kalten Kriegs. Die neuen Ortskirchen in der „Dritten Welt“ bildeten überdies den Nährboden für die selbstreflexive und selbstbewusste Konzilskirche. Die veränderte Position der Kirche in der Welt, die Theologie einer Öffnung zur Welt und eine spürbare Bewegung in der Auseinandersetzung mit den Staaten des Ostblocks kumulierten schließlich im Pontifikat Johannes' XXIII. Die defensive Phase einer bloßen Selbstverteidigung wurde von dem Versuch abgelöst, erweiterte Handlungsspielräume zu gewinnen – gerade auch mit Blick auf die Staaten unter kommunistischer Herrschaft.

Einer der bedeutendsten Protagonisten dieses Paradigmenwechsels, der Wiener Erzbischof Franz Kardinal König, erinnert sich: „Die Wende (...) kam mit Papst Johannes XXIII. Nicht, dass er vielleicht etwas, was früher gesagt wurde, aufhob. (...) Er war eine Persönlichkeit von besonderer Ausstrahlung in der persönlichen Begegnung. Er hat in diese menschliche Begegnung auch die Kommunisten mit einbezogen.“<sup>16</sup> Kommuni-

kation und Dialog galten fortan als Instrumente apostolischer Diplomatie und Politik – auch und gerade gegenüber den Exponenten des feindlich gesinnten Ostblocks. Die Bereitschaft zum Gespräch markiert eine Wende in der Wahrnehmung der kommunistischen Welt und ihrer Führer. Mit dem dialogischen Prinzip wurde deren Alterität nicht mehr in Frage gestellt, sondern anerkannt. Durch die allseits wahrnehmbare öffentliche Anerkennung als Partner zollte der Vatikan dem Gegner Respekt – ein Konzept, das auf lange Sicht Vertrauen schaffen sollte. Neu war nämlich nicht nur der politische Stil, sondern auch, dass die Bereitschaft zur Auseinandersetzung nicht vor der Welt verheimlicht, sondern aktiv kommuniziert wurde. Die neue Offenheit ging mit einem neuen Verständnis von Öffentlichkeit Hand in Hand.

Während der dramatischen Zuspitzung der Kubakrise im Oktober 1962 bestand das „Aggiornamento“ päpstlicher Außenpolitik seine erste Bewährungsprobe. Auf dem Höhepunkt der Konfrontation griff Johannes XXIII. mit einem Friedensappell in das Geschehen ein und ermöglichte Wege zu einem Kompromiss ohne Gesichtsverlust für beide Seiten. Durch die aktive Rolle des Vatikans eröffnete sich ein Gesprächskanal für die Supermächte, indem sie auf Einlassungen eines Dritten reagierten. Auf diese Weise wurde ein vom Vatikan vermittelter Dialog möglich. Die italienische Vokabel *mediazione* bezeichnet diese vermittelnden diplomatischen Interaktionen. Die Mediation von gegensätzlichen Interessen und Parteien wird von der vatikanischen Diplomatie bis heute in Krisensituationen angewandt: Gemeint ist die aktive Vermittlung seitens des Heiligen Stuhls, die im Idealfall zu einem Ausgleich der Gegensätze führt.

Am Beispiel der Kubakrise offenbart sich die Bedeutung des Paradigmenwechsels in der vatikanischen Außenpolitik für die politische Kultur des Kalten Kriegs. Das beiderseits gepflegte, simple Freund-Feind-Schema jener Jahre enthielt nicht nur ein ebenso einfaches politisches Handlungsmuster, sondern auch ein dichotomes Wahrnehmungsmuster von der Welt. Dieses gab überdies einen festgezurrten Rahmen für Kommunikation vor, den selbst die Vormächte der beiden Lager nur mit großem Aufwand und unter zeitraubenden Umwegen überwinden konnten. In diese Situation brachte sich der Heilige Stuhl

<sup>15</sup> Vgl. *Pensiero della Santa Sede* (Anm. 3).

<sup>16</sup> Franz König, *Haus auf festem Grund*, Wien 2004<sup>2</sup>, S. 274.

als aktiver (Über-)Mittler ein. Das System und die Sprachlosigkeiten des Kalten Kriegs eröffneten einer intermediären vatikanischen Diplomatie Freiräume zwischen den Blöcken. Nach dem Kuba-Schock wurden solche Blockaden wenigstens technisch abgebaut; es kam zu Entspannungsbemühungen und 1963 zur Einrichtung des berühmten „Roten Telefons“, einer direkten Fernschreibverbindung zwischen Washington und Moskau.

## Epochenjahr 1963

Das Jahr 1963 machte die Wende in der Vatikanischen Ostpolitik offenbar. Anfang März empfing der Papst erstmalig einen Repräsentanten aus der Sowjetunion im Vatikan in Privataudienz: Alexej Adschubej, Chefredakteur der Regierungszeitung „Iswestija“. Adschubej war auf Geheiß seines Schwiegervaters Nikita Chruschtschow in den Vatikan gekommen. Im Verlauf dieser Unterredung wurde ein geradezu dramatischer Wandel deutlich. Adschubej bot dem Papst die Neuordnung der Kontakte und damit diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion an. Johannes XXIII. äußerte sich auf diese Avance nicht ablehnend, bremste aber. Der Papst wollte die Konservativen auf beiden Seiten nicht verprellen. Der Pontifex riet vielmehr, im Interesse beider Seiten „in Etappen“ vorzugehen. Damit war der Weg für einen neuen Anfang gebnet.

Im April jenes Jahres lancierte Papst Johannes XXIII. sein wohl wirkmächtigstes Rundschreiben. Mit Bedacht und ganz im Sinne der neuen pastoralen wie politischen Kultur richtete er seine Friedenszyklika „Pacem in Terris“ nicht mehr nur an die katholischen Bischöfe, sondern an alle Menschen auf der Erde. Der Papst forderte Respekt und Achtung vor der Schöpfung Gottes, die es angesichts einer potentiellen globalen Vernichtung zu schützen gelte. Er sprach sich ferner dafür aus, zwischen der Bewegung des Sozialismus und deren ideologischem Überbau, mithin zwischen „dem Irrtum“ und „den Irrenden“, zu unterscheiden. Die politischen Bewegungen für soziale Gerechtigkeit hätten ihren Daseinssinn. Das sei die Rehabilitierung des Sozialismus, kritisierten aufgebrachte Konservative; der Papst solle die Beschwichtigungspolitik gegenüber dem linken politischen Spektrum unterlassen. Doch in den

Machtzentralen der Ostblockstaaten setzte man sich nun erstmals fundiert mit diesem Papst und seinem Ansinnen auseinander. „Pacem in Terris“ erreichte Adressaten, die gewöhnlich keine Verlautbarungen des Vatikans lasen. Die Enzyklika avancierte in der Folgezeit zu einem gerne zitierten und tragenden Fundament für Gespräche zwischen dem Vatikan und Staaten des Moskauer Glacis.

Es war Agostino Casaroli, der die Strukturen vatikanischer Politik im Kalten Krieg entwickelte und diese im Sinne der Päpste ins Werk setzte. Er war seit Anfang der 1940er Jahre im päpstlichen Staatssekretariat tätig und schon früh mit den Gepflogenheiten dieser Schaltstelle vatikanischer Macht vertraut. Kurz nach Erscheinen der Enzyklika war Casaroli von einer Reise nach Ungarn und in die Tschechoslowakei in den Vatikan zurückgekehrt. Er bekleidete zu diesem Zeitpunkt die Position des Untersekretärs im Rat für die außerordentlichen Aufgaben der Kirche, der Funktion eines stellvertretenden Außenministers vergleichbar. Mit dieser Reise hatte sich erstmals ein ranghoher vatikanischer Diplomat offiziell hinter den Eisernen Vorhang begeben. Im Auftrag des Papstes hatte er dort über das Schicksal der beiden bekanntesten repressierten katholischen Kirchenfürsten verhandelt: Josef Beran, der Erzbischof von Prag, kam 1963 aus der Gefangenschaft frei, aber József Kardinal Mindszenty, der Primas der ungarischen Kirche, verblieb noch bis 1971 in seinem Asyl in der Budapester Botschaft der USA.

Das dialogische Prinzip wurde nicht nur als Agens der vatikanischen Außenpolitik zu Grunde gelegt, sondern sogar in der römischen Kurie institutionalisiert. Ebenfalls seit 1963 diskutierten Kardinal König und der deutsche Augustin Kardinal Bea, der Präsident des „Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen“, über die Aufgaben eines „Sekretariats für die Nichtglaubenden“. Dieses neue Beratungsgremium wurde 1965 tatsächlich gegründet; es sollte die Beziehungen zu atheistischen Regimes im globalen Maßstab begleiten.<sup>17</sup>

<sup>17</sup> Vgl. Brief König an Bea vom 24. 3. 1964, in: ASP; Fondo Casaroli, Serie: Paesi dell'Est; Sottoserie: Ateismo (unpag).

## Mediation als Mission

Johannes XXIII. starb am Pfingstmontag des Jahres 1963. Die Politik des Gesprächs wurde von seinem Nachfolger, Paul VI., fortgesetzt. Der aus Brescia stammende Erzbischof von Mailand und kurienerfahrene Giovanni Battista Montini setzte auch das Konzil fort. Im Rahmen der Vatikanischen Ostpolitik stimmte Paul VI. unter gewissen Voraussetzungen sogar einer Audienz für Nikita Chruschtschow zu, die allerdings durch die Entmachtung des KPdSU-Chefs im Jahr 1964 nicht mehr zustande kam.

Den Beziehungen zur Sowjetunion, der Führungsmacht des sozialistischen Lagers, wurde von den vatikanischen Verantwortlichen mit Recht eine herausragende Bedeutung beigemessen. Die Kontakte mit der sowjetischen Führung entwickelten sich weiter und wurden regelmäßig von beiden Seiten gepflegt. Zuweilen wurden sie auch auf hoher politischer Ebene geführt. Ende Januar 1967 kam es erstmals zu einem Treffen der beiden formalen Staatsoberhäupter im Vatikan. Nicht der Generalsekretär, aber immerhin der Vorsitzende des Obersten Sowjet, Nikolai Podgorny, wurde von Paul VI. in Privataudienz empfangen.<sup>18</sup> Bei diesem Gespräch wurde die Konzeption der Vatikanischen Ostpolitik deutlich. Paul VI. wollte der katholischen Kirche, ihren bedrängten Gläubigen und bedrohten Geistlichen, zu Hilfe kommen und überdies Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte übernehmen, der existenziellen Bedrohung des Weltfriedens entgegentreten und die moralische Macht des Vatikans zur Moderation und Mediation zwischen den Blöcken nutzen.

Zwar wurden die Kontakte zwischen der Sowjetunion und dem Vatikan zu keinem Zeitpunkt institutionalisiert, dennoch rissen sie nie ab. Anfang der 1970er Jahre besuchte Erzbischof Casaroli, seit 1967 faktisch „Außenminister“ des Vatikans, Moskau. Anlass war die Unterschrift des Vatikans unter den Atomwaffensperrvertrag. In einer Unterredung mit dem Präsidenten des Rats für religiöse Angelegenheiten Wladimir Kudojerow stellte der vatikanische Chefdiplomat einen

<sup>18</sup> Vgl. Niederschrift Gespräch Paul VI. – Podgorny vom 30. 1. 1967, in: ASP, Fondo Casaroli, Serie: Paesi dell'Est, Sottoserie: Visite di personalità (unpag).

Konnex zwischen der Lösung religiöser Fragen und psychologischer Entspannung weltweit her.<sup>19</sup> Religionsfreiheit zähle zu den Menschenrechten. Erst wenn dieses Recht gewährt sei, gebe es die Möglichkeit eines weltweiten Dialogs der Religionen und damit auch der Kulturen. Auch diese Argumentation verdeutlicht den mit dem Zweiten Vatikanum verknüpften Wandel der vatikanischen Politik. Zuvor hatte Rom unter „Religionsfreiheit“ nur die Freiheit der katholischen Kirche verstanden – danach öffnete die Kurie den Bedeutungshorizont im Sinne einer freien Ausübung von Religion überhaupt.

Spätestens Anfang der 1970er Jahre konnte der Vatikan als moralische Instanz einen bemerkenswerten Zuwachs an Bedeutung in der internationalen Politik verzeichnen. Diese Entwicklung wurde im Kreml auf der einen Seite kritisch gesehen, schließlich trat Leonid Breschnew die Bürger- und Menschenrechte im eigenen Lande mit Füßen: Gerichtsprozesse gegen Andersdenkende und langjährige Haftstrafen und Psychiatrisierungen waren an der Tagesordnung. Auf der anderen Seite konnten Kontakte nach Rom aus Moskauer Perspektive auch nützlich sein.<sup>10</sup> Denn mit der vatikanischen Offerte eröffnete sich ein Kommunikationskanal zum Westen, der nicht zuletzt für eine wirtschaftliche Stabilisierung vonnöten war.

Das Konzept vatikanischer Ostpolitik wurde durch die Rolle Roms bereits im Vorfeld der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) bestätigt. Dort fungierte der Vatikan seit Mitte der 1960er Jahre in der Diskussion um das Zustandekommen einer internationalen Sicherheitskonferenz wiederum als ein von beiden Machtblöcken gefragter Mediator. Die Teilnahme des Vatikans am KSZE-Prozess stellte ein entscheidendes Ereignis in der Geschichte des Vatikans dar: Seit mehr als 150 Jahren nahm der Kirchenstaat wieder mit Stimm-

<sup>19</sup> Vgl. Niederschrift Gespräch Kudojerow – Casaroli vom 26. 2. 1971, in: ASP, Fondo Casaroli, Serie: Paesi dell'Est, Sottoserie: Relazioni tra la Santa Sede e l'URSS (unpag).

<sup>10</sup> Zur Ostpolitik des Vatikans bis Anfang der 1970er Jahre vgl. Roland Cerny-Werner, „Ich sehe diesem Dialog nicht ohne Hoffnung entgegen.“ Vatikanische Ostpolitik am Beispiel der DDR, Diss. phil., Friedrich-Schiller-Universität Jena 2008, S. 50–82.

recht an einem internationalen Gipfeltreffen teil.<sup>11</sup>

Das wirft nicht nur ein Licht auf den Erfolg, sondern auch auf ein Dilemma vatikanischer Politik. Einerseits wollten die Gesandten des Papstes Mediatoren sein, ausgestattet mit einer besonderen moralischen Aura. Andererseits aber waren sie in den internationalen Auseinandersetzungen unweigerlich auch Partei. Sie standen auf der Seite des Westens und seiner Werte. Der apostolische Pronuntius in Helsinki und Delegationsleiter des Vatikans bei den Vorbereitungstreffen zur KSZE diskutierte in einem Bericht an das römische Staatssekretariat Ende 1972 diesen wesentlichen Punkt. Er mahnte Rom, es sei dringend geboten, den Anschein zu vermeiden, dass die Politik des Heiligen Stuhls von der Politik der westlichen Staatengemeinschaft abhängen: „Es wäre gefährlich, den Eindruck zu erwecken, es gäbe irgendwelche Verbindungen zwischen dem Los der Katholiken in den kommunistischen Ländern und den Entscheidungen“ des Westens.<sup>12</sup> Die vatikanische Diplomatie schaffte es gerade im Rahmen der KSZE, dieses Dilemma zu entschärfen: Inhaltlich blieb man ohne Wenn und Aber den Werten des christlichen Abendlandes verpflichtet. Der Heilige Stuhl verwies auf den Kern dieses Wertekanons und reklamierte für sich, den göttlichen Urheber dieser Grundwerte zu repräsentieren – und verneinte zugleich, bloß Parteigänger zu sein. Der Vatikan verstand diese Werte als von Gott gegeben, überzeitlich und universell, weshalb sie für den Osten wie für den Westen gleichermaßen zu gelten hätten.

Der Imperativ des „Aggiornamento“ hatte sich endgültig nicht nur als Reformimpetus der Kirche, sondern auch als Konzept der vatikanischen Diplomatie durchgesetzt. Diese dynamische Veränderung der politischen Kultur der katholischen Kirche basierte auf dem Wandel ihrer pastoralen Kultur: Sie bewertete Gesellschaft neu und betrachtete sie als zu gestaltendes Lebensumfeld der Menschen – als zu gestaltende Umwelt der „Ge-

schöpfe Gottes“. Indem der Vatikan Berührungspunkte gegenüber kommunistischen Regimes öffentlich sichtbar ablegte, beglaubigte er die Bereitschaft zu einem „neuen Dialog“ auf einem gemeinsamen kulturellen Fundament.

Dieser war nicht nur darauf ausgerichtet, eigene Interessen durchzusetzen, sondern im Rahmen der Möglichkeiten als Partner im Entspannungsprozess der späten 1960er und der ersten Hälfte der 1970er Jahre wahrgenommen zu werden. Die besondere Stellung in der internationalen Arena, die der Vatikan nicht aus seinem völkerrechtlich anerkannten Status als Staat herleitete, sondern aus der Gesamtverantwortung für alle „Geschöpfe Gottes“, machte seine Einlassungen und Interventionen zu moralisch beglaubigten Stellungnahmen, über die keine Regierung in Europa hinwegsehen konnte. Dem Vatikan war es gelungen, sich als nicht blockgebundene moralische Großmacht im internationalen Gefüge zu etablieren.<sup>13</sup>

Der Grundsatz „Mediation als Mission im Kalten Krieg“ blieb auch über den Tod Pauls VI. hinaus wirksam. Johannes Paul II. stützte sich auf diese Grundlagen und intensivierte die vatikanische Ostpolitik mit dem Fokus auf sein Heimatland, der Volksrepublik Polen. Im Juni 1988 weilte Erzbischof Casaroli erneut in Moskau, nunmehr als Kardinalstaatssekretär. Dort kam es dazu, dass der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion der „Nummer Zwei“ im Vatikan im Vertrauen eingestand, dass sowohl er selbst, Michail Gorbatschow, als auch der amtierende Außenminister Eduard Schewardnadse getauft seien. Darauf antwortete ihm der Legat des Papstes ebenso erfreut wie listig: „Dann haben wir ja wohl den fünfzigsten Jahrestag der Taufe des Generalsekretärs zu feiern und nicht das Millennium der Taufe der Kiewer Rus!“<sup>14</sup>

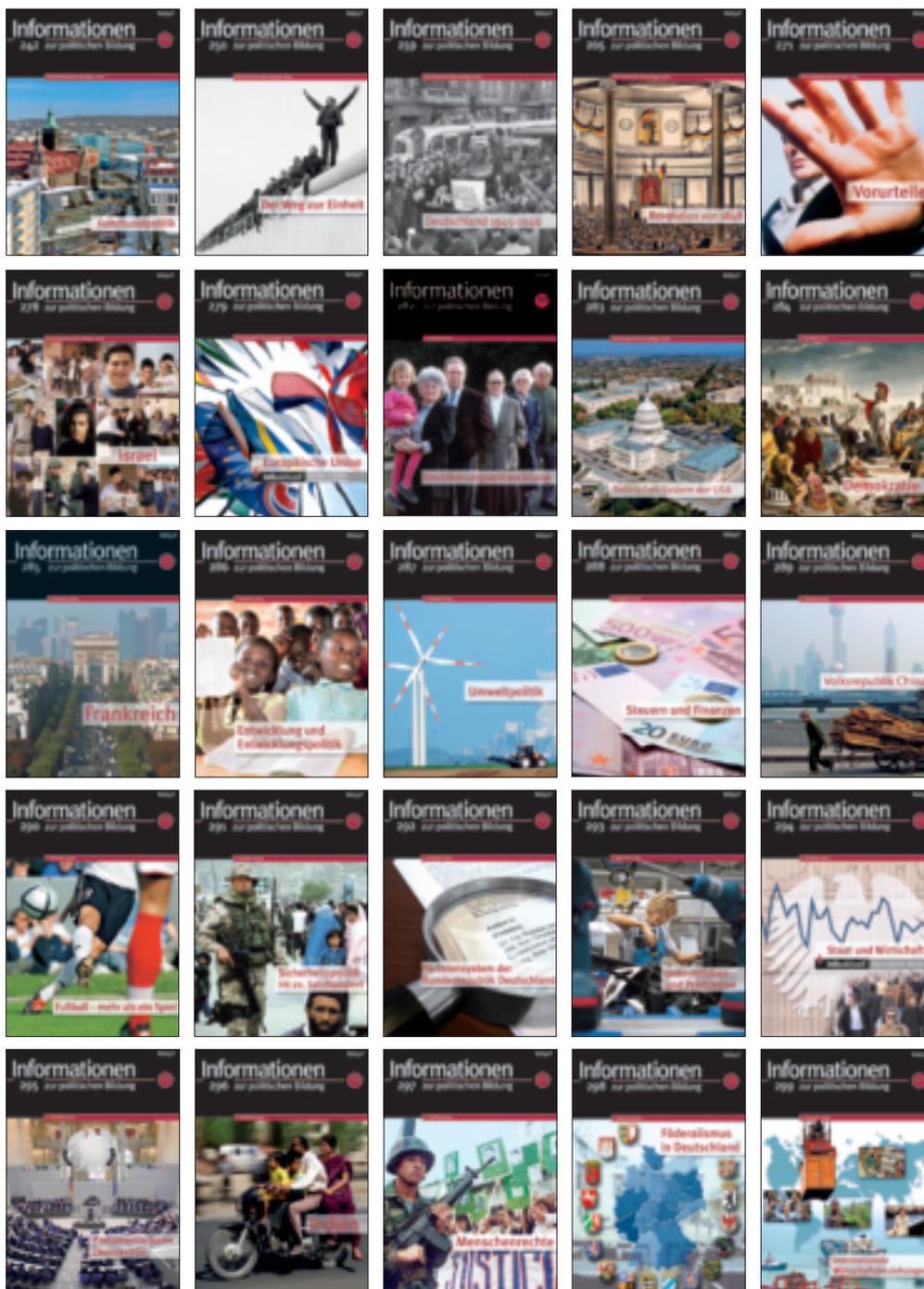
<sup>11</sup> Zur Rolle des Vatikans im KSZE-Prozess vgl. Katarina Kunter, *Die Kirchen im KSZE-Prozess 1968–1978*, Stuttgart u. a. 2000.

<sup>12</sup> Nuntiaturreport (Helsinki) vom 29. 11. 1972, in: ASP, Fondo Casaroli, Serie: Paesi dell'Est, Sottoserie: Germania Orientale (Cartella 12/4) (unpag).

<sup>13</sup> Zum Vatikan als moralischer Weltmacht vgl. R. Cerny-Werner (Anm. 10), S. 379–387.

<sup>14</sup> Niederschrift Gespräch Casaroli – Gorbatschow vom 13. 6. 1988, in: ASP, Fondo Casaroli, Serie: Paesi dell'Est, Sottoserie: Relazioni tra la Santa Sede e l'URSS (1988) (unpag).

# ... besser, man hat sie alle!



Unsere Antwort auf Wissenslücken: Die Informationen zur politischen Bildung.  
Recherchieren und bestellen: [www.bpb.de/publikationen](http://www.bpb.de/publikationen)

# APuZ

Nächste Ausgabe 3–4/2009 · 12. Januar 2009

## Korruption

*Hans Leyendecker*

Korruption: Spiegel der politischen Kultur

*Wolfgang Hetzer*

Kapitulation vor der Korruption?

*Angelos Giannakopoulos · Dirk Tänzler*

Kulturelle Unterschiede in der Wahrnehmung von Korruption

*Lotte Beck · Johann Graf Lambsdorff*

Korruption als Wachstumsbremse

*Tanja Rabl*

Der korrupte Akteur

*Konstadinos Maras*

Lobbyismus in Deutschland

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn.



### Redaktion

Dr. Katharina Belwe  
Dr. Hans-Georg Golz  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Manuel Halbauer (Volontär)  
Johannes Piepenbrink  
Telefon: (0 18 88) 5 15-0  
oder (02 28) 9 95 15-0

### Internet

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)  
[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

### Druck

Frankfurter Societäts-  
Druckerei GmbH  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main.

### Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift  
*Aus Politik und Zeitgeschichte*
- Abonnementsbestellungen der  
Wochenzeitung einschließlich  
*APuZ* zum Preis von Euro 19,15  
halbjährlich, Jahresvorzugspreis  
Euro 34,90 einschließlich  
Mehrwertsteuer; Kündigung  
drei Wochen vor Ablauf  
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der  
Wochenzeitung **Das Parlament**  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main.  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
[parlament@fsd.de](mailto:parlament@fsd.de)

Die Veröffentlichungen  
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*  
stellen keine Meinungsäußerung  
der Herausgeberin dar; sie dienen  
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen  
Kopien in Klassensatzstärke herge-  
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

*Nikolaus Katzer*

**3-10 Ideologie und Pragmatismus in der sowjetischen Außenpolitik**

Die Dynamik des Kalten Krieges verlangte jeder Sowjetführung nach 1945 eine Entscheidung darüber ab, welchen Preis sie für die Systemstabilisierung in Europa und für ihre offensive Weltpolitik zu zahlen bereit war. Eine Antwort auf die Frage nach dem Erfolg der jeweiligen Strategie steht vielfach noch aus.

*Wolfgang Mueller*

**11-19 Kalter Krieg, Neutralität und politische Kultur in Österreich**

Sowohl der Kalte Krieg als auch die mit dem Staatsvertrag verbundene Neutralität haben Spuren in der politischen Kultur Österreichs hinterlassen. Hierzu zählen nicht nur die „große Koalition“, sondern auch die einseitige Opferthese und eine „Verschweigerung“ des Nationalbewusstseins.

*Eli Nathans*

**20-26 Peter von Zahn über Rassismus in den USA**

Die anfängliche Bereitschaft des westdeutschen Radio- und Fernsehjournalisten Peter von Zahn, dem Rassismus in den USA während des Kalten Krieges mit Verständnis zu begegnen, wurde im Laufe der 1950er Jahre durch eine immer kritischere Berichterstattung ersetzt.

*Stefan Kreuzberger*

**27-33 Das BMG in der frühen Bonner Republik**

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen kämpfte während der 1950er und frühen 1960er Jahre gegen die kommunistische Unterwanderung. Anhand von Beispielen werden Einblicke in die politische Kultur des Antikommunismus und die politische Bewusstseinslage der jungen Bundesrepublik gegeben.

*Andreas Kötzing*

**33-39 Zensur von DEFA-Filmen in der Bundesrepublik**

Zwischen 1953 und 1966 überprüfte der „Interministerielle Ausschuss für Ost-West-Filmfragen“ der Bundesregierung alle Filme aus den sozialistischen Ländern – trotz Zensurverbot im Grundgesetz. Zahlreichen Produktionen der DEFA wurde die Aufführung in der Bundesrepublik untersagt.

*Roland Cerny-Werner · Rainer Gries*

**39-45 Der Vatikan und der Ostblock im Kalten Krieg**

Mit Papst Johannes XXIII. und dem Zweiten Vatikanischen Konzil begann ein fundamentaler Reformprozess in der katholischen Kirche. Pastoral und Politik Roms folgten fortan dem Imperativ des „Aggiornamento“. Seit der Kubakrise diente der Vatikan als vertrauenswürdiger Vermittler zwischen West und Ost.